fredrum

nummer 16
winter 86/87
3,- märker

BERICHTE
AUS
DEUTSCHLAND

ZU DIESER AUSGABE

Nach vielen Monaten, viel später als geplant, ist es uns endlich gelungen, wieder eine Nummer dieser Zeitung herauszubringen. Es gab und gibt immer noch jede Menge Schwierigkeiten zur Erstellung einer Nummer, und immer noch müssen wir fast alles selbst machen, d.h. Artikel schreiben, setzen, layouten, Vertrieb organisieren. Zudem sind jede Menge Sicherheitsvorkehrungen für uns und für Euch, vor allem die Wiederverkäufer nötig. Durch die neuen Gesetze, durch die verbreitete Pogromstimmung gegen radikalen Widerstand usw. müssen wir noch subversiver und vorsichtiger werden. Von dem wiedereingeführten § 130a sind vor allem Zeitungen betroffen, d.h. mensch kann, wenn es den Herrschenden genehm ist, nun praktisch gar nichts mehr schreiben, ohne belangt zu werden. Nach den Erfahrungen bei RADIKAL, wo es den Bullen in Zusammenarbeit mit der Bundespost gelang, annähernd das gesamte Wiederverkäufernetz aufzudekken, wollen wir alle Wiederverkäufer dazu auffordern, sich soweit wie möglich zu schützen, d.h. z.B. Verwendung von Postlagerkarten, Deckadressen usw. Zumindest sollten Zeitungen, Verpackungsmaterial und Rechnungen nie dort zu finden sein, wo die Päckchen hingeschickt werden. Alles Klar?! Bei Zuschriften an die vermutlich von den Bullen überwachte Postlagerkarte Nr.073396 A, 8000 München 34 reicht es künftig, seine Wiederverkäufernummer (siehe jeweils in den beigefügten Rechnungen) anzugeben, dann haben es die Bullen nicht ganz so einfach. Nenenbei bemerkt, auch die Nr.15 wurde wie fast alle vorherigen Nummern beschlagnahmt, diesmal "nur" wegen § 111 (Aufruf zu Straftaten). Trotz der allgemeinen Verschärfung der Repression gibt es auch erfreuliches zu vermelden, das § 129a-Verfahren bzgl. Nr.12 wurde, soweit wir es wissen, gegen alle Verdächtigen eingestellt. Wir freuen uns mit den Betroffenen. Gegenstände, die im Zuge von Hausdurchsuchungen und Ermittlungen bzgl. Nr.13 beschlagnahmt wurden, wurden ebenfalls mehreren Betroffenen wieder ausgehändigt, also auch hier kann man mit Einstellungen rechnen.Dafür wurden allerdings bei den letzten Nummern vor allem Wiederverkäufer, d.h. Buchläden, von den Bullen belästigt. Nachdem sie keinen der Verdächtigen konkret etwas nachweisen können, wollen sie es jetzt wahrscheinlich über das Vertriebsnetz versuchen, und da eben halten sie sich an die Buchläden. Der sicherste Weg zu einem regelmäßigen Genuß dieser Zeitung zu kommen, ist das Abonnent. Versucht außerdem den Vertrieb unter der hand in jeder Stadt zu organisieren, so sind wir nicht auf Buchläden angewiesen und die Bullen haben nichts greifbares.

In dieser Nummer finden sich zu den verschiedensten Themen Artikel. Allerdings werden auch einige Themen nicht oder nicht ausreichend behandelt, z.B. die Widerstandstage in der Oberpfalz, 4.10.-Demo in München usw. Das liegt ganz einfach daran, daß wir es nicht schaffen, genügend selbst zu schreiben und jede Menge an Arbeit haben. Wir fordern deshalb alle Leser/innen auf, uns tatkräftig zu unterstützen. Je mehr Materialzusendung, je schneller Rechnungen bezahlt werden, je mehr Wiederverkäufer es gibt, desto öfter und besser können wir vieleicht diese Zeitung produzieren. Bzgl. des Abdruckes von Erklärungen wollen wir noch sagen, daß wir wegen der (erfreulichen) Vielzahl davon natürlich nicht alle abdrucken können. Diese Zeitung soll zwar Erklärungen dokumentieren (die zuständigen Staatsanwälte werden dieses Wort sicher wieder überlesen), aber es soll keine Zeitung von Erklärungen werden. Deshalb müssen wir nach bestimmten Kriterien eine Auswahl treffen, d.h. wir schauen, ob die Erklärung inhaltlich interessante Aspekte bietet, ob die Aktion selbst beispielhaft oder besonders interessant war, ob die Erklärung schon durch andere Zeitungen verbreitet worden ist...

Das wäre nun erstmal das wichtigste. Bis zur nächsten Nummer.

INHALT

Kampf um Endor
Science-Fiction-Märchen nach George Lucas

Rhea-M – es begann ohne Warnung
Steven King hinter der Kamera

Diese zwei sind nicht zu fassen
Gregory Hines einmal anders

Aliens – die Rückkehr
„Rambolina" im Weltall

8 Millionen Wege zu sterben
Alkoholiker im Kampf gegen Rauschgift

Für immer: Lulu
Hanna Schygulla mit „Blondie" Debbie Harry

Macaroni
Tragikomödie mit Jack Lemmon und Marcello Mastroianni

Hitcher – der Highway-Killer
Psycho-Thriller in der Wüste von Texas

Starporträt
Sean Connery

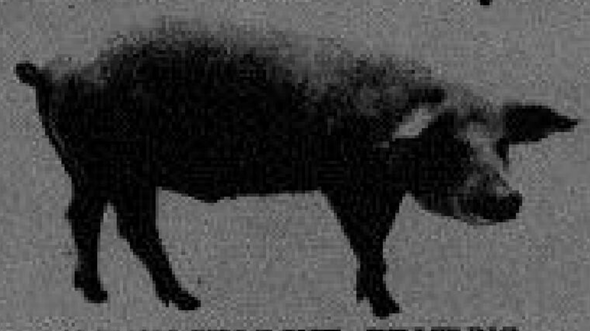
Extremities
Farrah Fawcett – eine Frau schlägt zurück

Psycho III
Anthony Perkins als Regisseur und Hauptdarsteller

Filmsplitter/Buch/Soundtrack

Impressum

Mit den besten Empfehlungen



Impressum

FREIRAUM - ANARCHISTISCHE ZEITUNG
Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Oskar Matzerath, Osterodestr.6,
8000 München 40
Sämtliche Artikel geben nur in Ausnahmefällen die Meinung des Herausgebers wieder.
Eigendruck im Selbstverlag
Anschrift: c/o Postlagerkarte Nr.073396 A
8000 München 34
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen oder Insasen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Bei Zuwiderhandlungen erfolgt automatisch Anzeige bei den zuständigen Gerichten.
Abonnement:
6 Nummern kosten 20.-DM
bitte im vorraus bezahlen
Wiederverkäufer:
2,30 DM pro Stück
auf Rechnung, mit Rückgaberecht
Gefangene und Insassen von Anstalten, sowie weitere mögliche Bedürftige erhalten kostenlose Abos.

Vermittlung

Du bist begeistert, du hast Mut –
Auch das ist gut!
Doch kann man mit Begeisterungsschatzen
Nicht die Besonnenheit ersetzen.

Der Feind, ich weiß es,
kämpfet nicht
Für Recht und Licht –

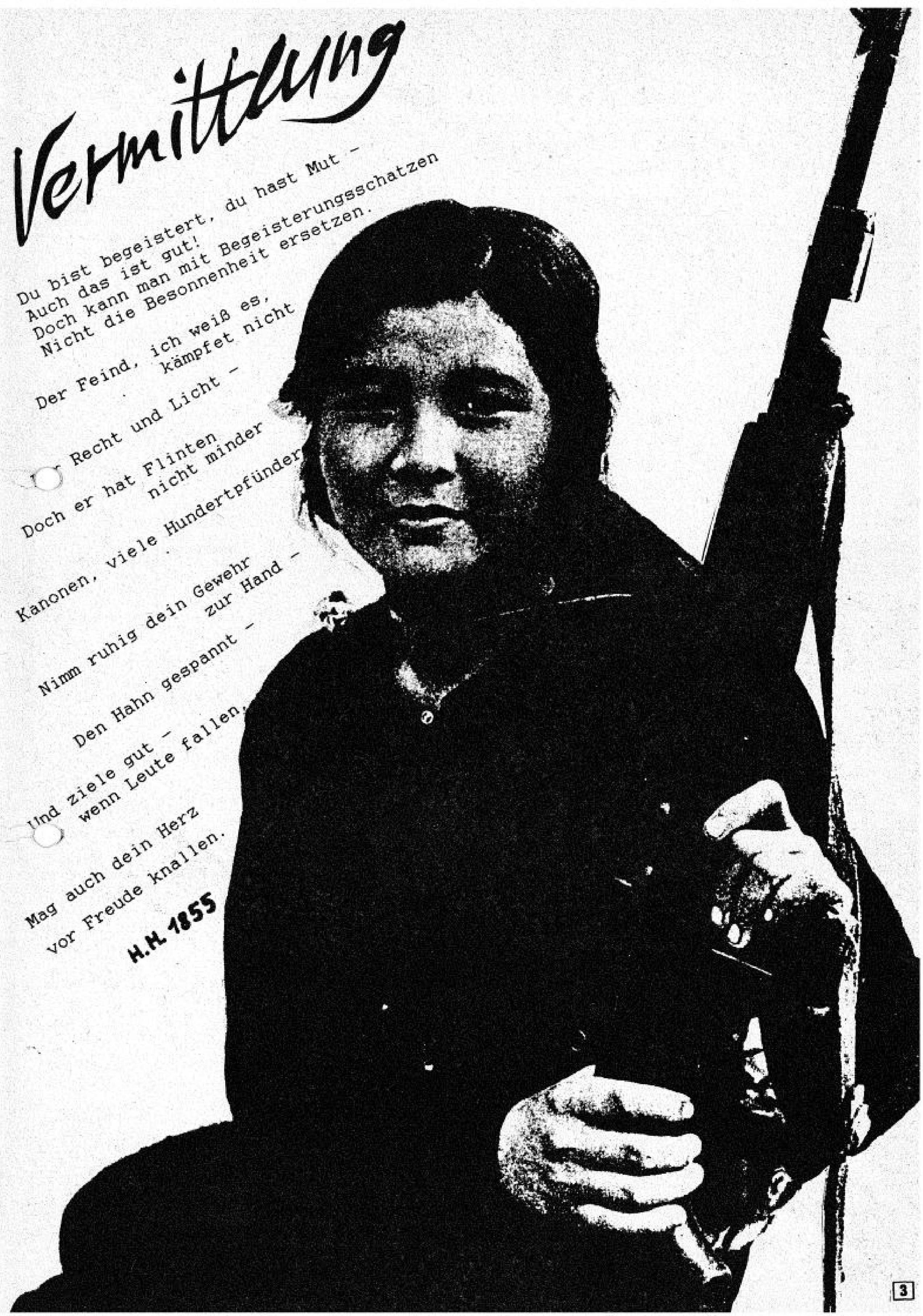
Doch er hat Flinten
nicht minder
Kanonen, viele Hundertpfünder.

Nimm ruhig dein Gewehr
zur Hand –
Den Hahn gespannt –

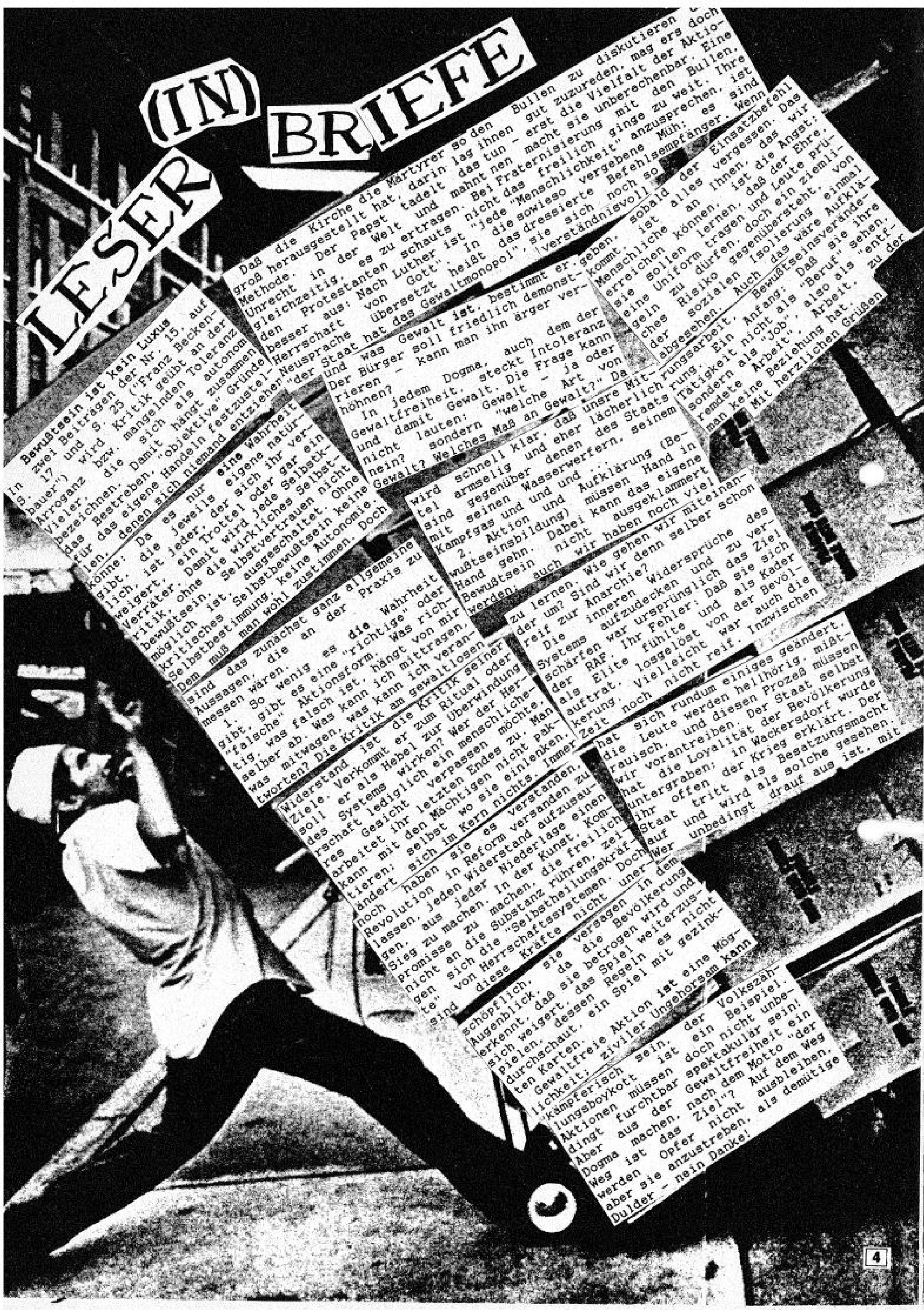
Und ziele gut –
wenn Leute fallen,

Mag auch dein Herz
vor Freude knallen.

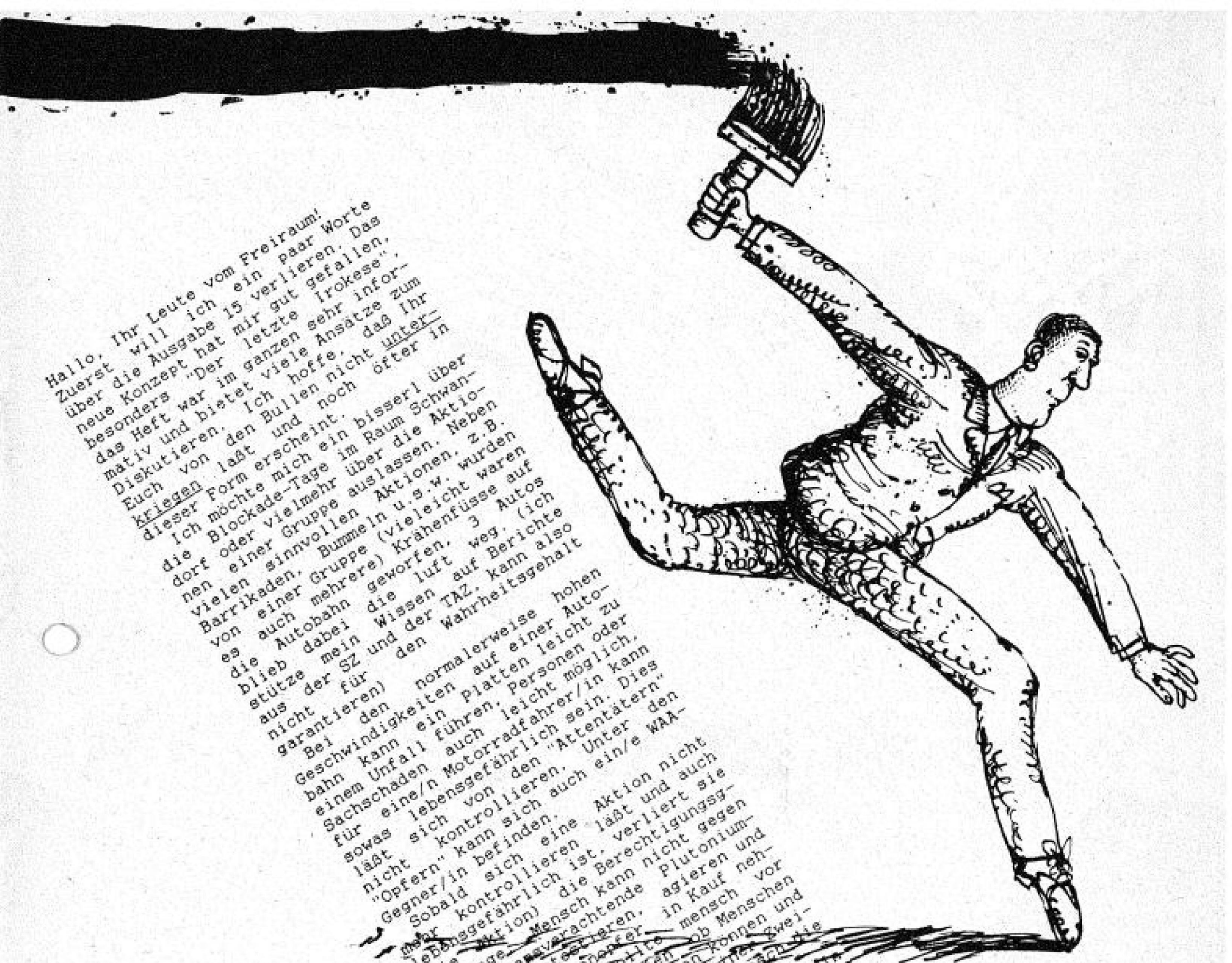
H.M. 1855



LESER (IN) BRIEFE



Fatale Enthaltsamkeit



Hallo, Ihr Leute vom Freiraum!
Zuerst will ich ein paar Worte über die Ausgabe 15 verlieren. Das neue Konzept hat mir gut gefallen, besonders "Der letzte Irokese", das Heft war im ganzen sehr informativ und bietet viele Ansätze zum Diskutieren. Ich hoffe, daß Ihr Euch von den Bullen nicht unterkriegen laßt und noch dieser Form erscheint. Ich möchte mich ein bisserl über die Blockade-Tage im Raum Schwandorf oder vielmehr über die Aktionen einer Gruppe auslassen. Neben vielen sinnvollen Aktionen, z.B. Barrikaden, Bummeln u.s.w. wurden von einer Gruppe (vielleicht waren es auch mehrere) Krähenfüsse auf die Autobahn geworfen, 3 Autos blieb dabei die luft weg. (ich stütze mein Wissen auf Berichte aus der SZ und der TAZ, kann also nicht für den Wahrheitsgehalt garantieren) Bei den normalerweise hohen Geschwindigkeiten auf einer Autobahn kann ein Platten leicht zu einem Unfall führen, Personen oder Sachschaden auch leicht möglich, für eine/n Motorradfahrer/in kann sowas lebensgefährlich sein. Dies läßt sich von den "Attentätern" nicht kontrollieren. Unter den "Opfern" kann sich auch ein/e WAA-Gegner/in befinden. Sobald sich eine Aktion nicht mehr kontrollieren läßt und auch lebensgefährlich ist, verliert sie (die Aktion) die Berechtigung. rundlage Mensch kann nicht gegen die lebensverachtende Plutoniumfabrik protestieren, agieren und dabei Menschenopfer in Kauf nehmen. Deshalb sollte ob Menschen jeder Aktion prüfen vor dabei gefährdet werden können und sobald auch nur ein kleines Zweifel auftaucht, sollte meiner Meinung nach die Aktion abblasen. Es würde mich freuen, wenn in der nächsten Ausgabe über diesen Problemkreis was drin stehen würde....

Bayern-Info

INFOLADEN-KONZEPT

Eine "ganz normale" Geschichte: INFOLADEN

Januar 1985: Nichts geht mehr. Die Kommunikation zwischen den sogenannten verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen aus der sogenannten Szene sprich aus Anti-AKW, Anarcho, Punk und sonstigen bunten Kreisen ist gleich null. Es gibt keine Zeitung (damals gabs doch noch den freiraum??? der säzzer), kein Zentrum, nichts, wo man/frau sich treffen, Informationen austauschen, eben aktiv werden kann. Das "Blatt" und das ZOFF sind tot und der Frust regiert: eine Situation, die einigen zuviel wurde und sie beschlossen in den Keller zu gehen. Im April 85 richteten so um die 6-8 Leute den Infoladen in der Breisacher Str. 12 "im Keller" ein. Natürlich hätten sie sich gern ein ganzes Zentrum eingerichtet, doch solche Probleme scheitern in München seit Jahren an der Raumfrage.

Der Infoladen entstand faktisch zu Beginn des immer größer werdenden Widerstandes gegen die WAA in Wackersdorf; eben aus der Notwendigkeit heraus in der bayrischen Landeshauptstadt wenigstens einen Treffpunkt und Informationsbörse für den außerparlamentarischen, radikalen "sogenannten autonomen" Widerstand gegen die WAA zu haben. Die Arbeit des Infoladens konzentrierte sich bisher auf die Auseinandersetzungen um die WAA. Logischerweise kamen die Auseinandersetzungen und Diskussionen anderer wichtiger Themen (Ausländer, Knast, 3.Welt, Frauen, Gentechnologie.....) etwas zu kurz. Jetzt nach dem Umbau will man/frau versuchen, die Inhalte etwas breiter zu streuen...

Eine andere "ganz normale" Geschichte : München allgemein

Seit Jahren gibt es immer wieder ein Aufflackern von Gruppen zu verschiedenen politischen Inhalten. Mit dem Bau der WAA in Wackersdorf ist das Thema des Anti-AKW-Widerstands wieder aktuell geworden, alte Gruppen haben sich neu gebildet. Nach Tschernobyl sind zusätzlich neue Inis und Gruppen entstanden, die bisher völlig unbeteiligte Gesellschaftsschichten mit einschlossen (Elterninis, Stadtteilinis...)

Jetzt ist der Tschernobyleffekt abgeklungen und die, die im Juni gemeint haben, daß gerade jetzt die Chance besteht, das Atomprogramm zu kippen sind eines besseren belehrt worden. Viele entstandene Inis stehen kurz vor der Auflösung. Frust und Perspektivlosigkeit gehen um. Es gibt sicher auch Gruppen, von denen wir noch gar nichts wissen. Jedenfalls ist die Situation in München in lauter kleine Gruppen zersplittert. Wenn wir dem etwas entgegensetzen wollen (und nicht vom nächsten Ereignis überrollt werden), müssen wir uns zusammenschließen in langfristige Strukturen und die Gruppen miteinander vernetzen.

Aus dieser Situation heraus: einerseits das Abflauen der einzelnen Gruppen und die Nichtnutzung des Infoladen andererseits entstand die Idee eines gemeinsamen Projektes. Da sich der Infoladen im letzten Jahr wie alle anderen Inis etc. auf den WAA-Widerstand konzentriert hat, wäre ein Nebenherlaufen von zwei Projekten (Anti-AKW-Plenum) mit ähnlicher Zielsetzung ein großer Arbeits- und Energieverschleiß und auch eine Isolierung des politischen Widerstands.

Ein gemeinsames Projekt ermöglicht einmal die kontinuierliche, konzentrierte Arbeit der Anti-AKW-Bewegung, zum anderen können Leute und Gruppen, die in anderen Teilbereichen kämpfen, wieder ihre Energie darauf konzentrieren. Wir sehen die Zusammenarbeit zwischen Gruppen der Anti-AKW-Bewegung und anderen Bewegungen nicht als funktionales Verhältnis, sondern als notwendigen Zusammenschluß angesichts der Tatsache, daß bisher immer wieder Ein-Punkt-Bewegungen eingeschlafen sind. Außerdem finden wir es wichtig, daß wir alle Bereiche verknüpfen, weil sich alle Bereiche einander bedingen und nur so die gesamtpolitischen Verhältnisse in ihrer Gesamtheit bekämpft werden können.

2.Was wir wollen im Infoladen

-Vernetzung und Koordinationsstelle für außerparlamentarische Gruppen (können ihre Infos, Termine reingeben und sie dort abholen)
-Vernetzung mit anderen Städten : Informations- und Terminaustausch
-Informationen, die verfälscht

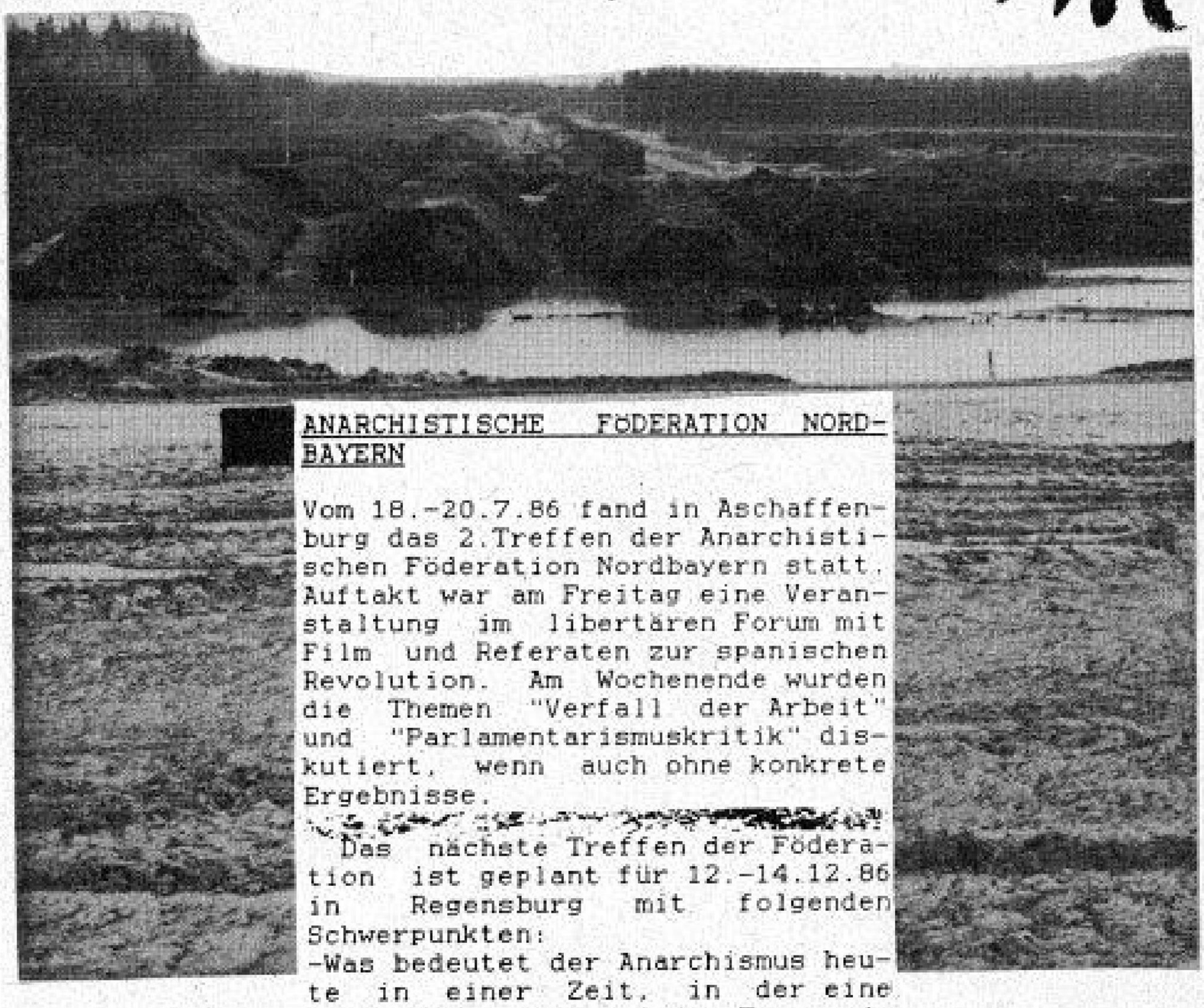
oder unterdrückt werden, sammeln und weitergeben
-Veranstaltung zu aktuellen Themen
-monatlicher ID(Informationsdienst)
-Broschüren und Dokumentationen rausgeben (z.B. Verhalten auf Demos)
-ständiger EA zu Bürozeiten
-Rechtsberatung und Prozeßvorbereitung
-umfangreiches Archiv, das für jeden zugänglich ist
-Untergrundcafe: Treffpunkt für Gruppen...

Wir verstehen uns als Kollektiv, d.h. jeder von uns ist gleichberechtigt. Informationsunterschiede müssen ausgeglichen werden, jede muß sich bemühen, Informationen weiterzugeben. Die Arbeit soll auch für Leute oder Gruppen, die weniger mitarbeiten, durchsichtig sein. Der Infoladen soll Anlauf- und Austauschstelle sein.: auf keinen Fall will er delegieren. Die Gruppen und Einzelpersonen müssen ihre eigenen Interessen und Energien hineinstecken. Wir tragen all diese Sachen zusammen, damit sie in breiten Umlauf kommen. Aber auch das liegt an dem Interesse der einzelnen.

3.Kriminalisierung

Die Kriminalisierung von Personen und Einrichtungen (siehe Infoladen), die sich radikal gegen Atomstrom, Atomwaffen, Polizeistaatsmethoden... gegen das allgegenwärtige und von oben herab verordnete Koma wehren, ist nichts Neues. Neu ist höchstens die Art und Weise wie sie derzeit läuft (Hausdurchsuchungen bei einer Frau aus der BI, in Burglengenfeld, Ponholz, Razzias bei Versammlungen, Verbot von Demos und Versammlungen...). Das diese Kriminalisierung für Rebmann und Kollegen am einfachsten funktioniert, wenn sie die Devise ausgeben "alles RAF=Knüppel frei und Knarren raus" ist ebenfalls nichts neues. Zumindest was das Prinzip betrifft. Daß natürlich die neuen Regelungen im Sicherheitsbereich wie z.B. die Kronzeugenregelung darauf abzielen, den bisher noch mühsam erhaltenen Quasi-Freiräumen endgültig den Garaus zu machen ist deutlich zu erkennen. Friedhofsruhe ist das Ziel. Jede/r soll ein braver Bürger/in werden. Wir müssen und werden damit umgehen. Das wichtigste ist, daß der Infoladen als Kommunikationsbörse, Forum, als Ideentankstelle und Frustzerstäuber funktioniert - weiterfunktioniert, ob nun das BKA regelmäßig Bekennerbriefe sucht und findet, weil es sie selbst mitgebracht hat, oder nicht●

WAA-Nie

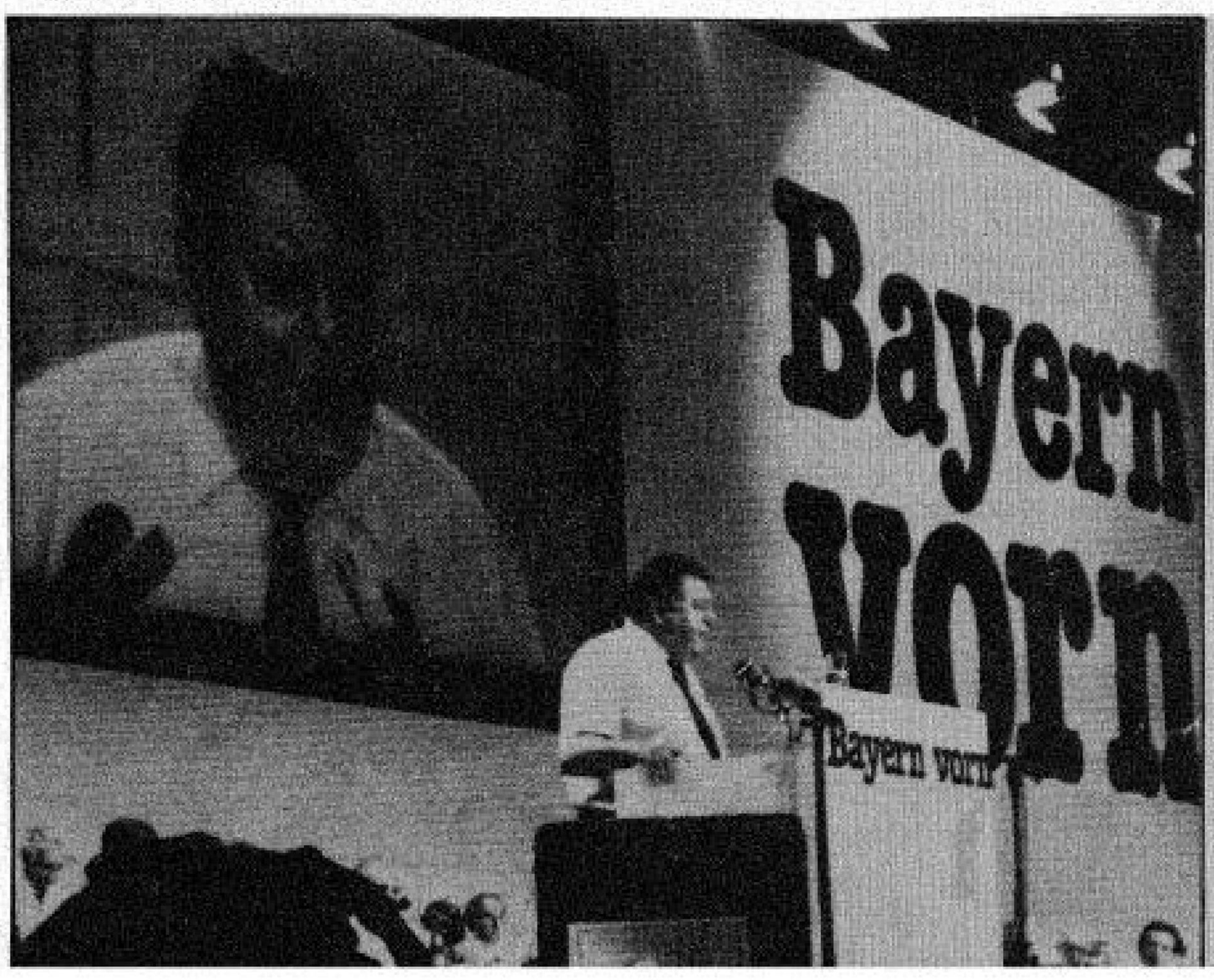


ANARCHISTISCHE FÖDERATION NORDBAYERN

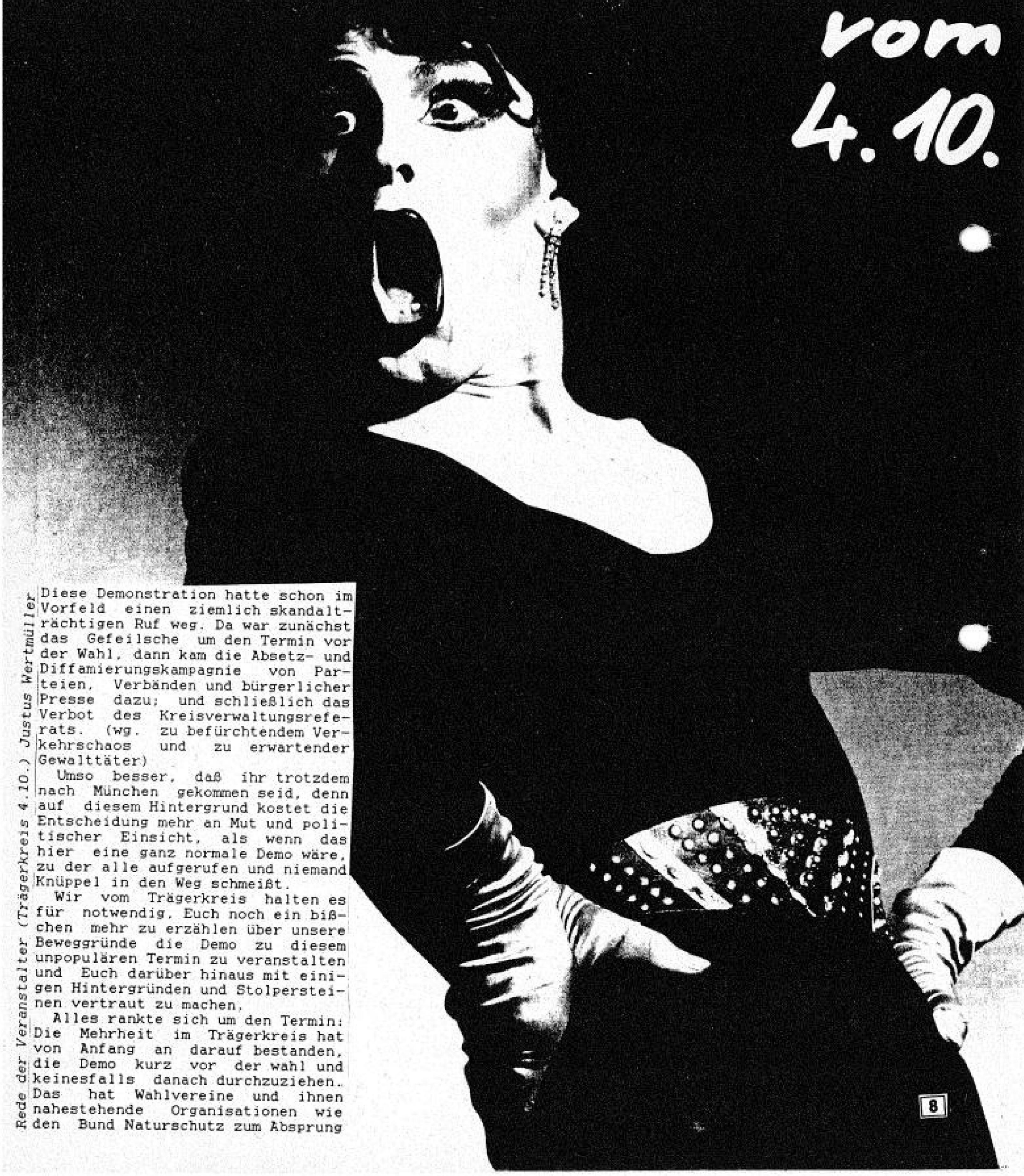
Vom 18.-20.7.86 fand in Aschaffenburg das 2.Treffen der Anarchistischen Föderation Nordbayern statt. Auftakt war am Freitag eine Veranstaltung im libertären Forum mit Film und Referaten zur spanischen Revolution. Am Wochenende wurden die Themen "Verfall der Arbeit" und "Parlamentarismuskritik" diskutiert, wenn auch ohne konkrete Ergebnisse.

Das nächste Treffen der Föderation ist geplant für 12.-14.12.86 in Regensburg mit folgenden Schwerpunkten:
-Was bedeutet der Anarchismus heute in einer Zeit, in der eine Revolution nicht auf der Tagesordnung steht und keine sozialrevolutionäre Massenbewegung absehbar ist. Welche konkreten Perspektiven haben wir, was können wir hier und heute erreichen, in der konkreten Situation in der wir uns befinden.
-Ergebnisse der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung, die kurz vorher in Regensburg stattfindet.
-Verstärkte staatliche Repression - wie gehen wir damit um?

Kontaktadresse
Libertäres Forum Regensburg
Postlagerkarte 086644A
8400 Regensburg 1



Gefangene Worte vom 4.10.



Rede der Veranstalter (Trägerkreis 4.10.) Justus Wertmüller

Diese Demonstration hatte schon im Vorfeld einen ziemlich skandalträchtigen Ruf weg. Da war zunächst das Gefeilsche um den Termin vor der Wahl, dann kam die Absetz- und Diffamierungskampagnie von Parteien, Verbänden und bürgerlicher Presse dazu; und schließlich das Verbot des Kreisverwaltungsreferats. (wg. zu befürchtendem Verkehrschaos und zu erwartender Gewalttäter)

Umso besser, daß ihr trotzdem nach München gekommen seid, denn auf diesem Hintergrund kostet die Entscheidung mehr an Mut und politischer Einsicht, als wenn das hier eine ganz normale Demo wäre, zu der alle aufgerufen und niemand Knüppel in den Weg schmeißt.

Wir vom Trägerkreis halten es für notwendig, Euch noch ein bißchen mehr zu erzählen über unsere Beweggründe die Demo zu diesem unpopulären Termin zu veranstalten und Euch darüber hinaus mit einigen Hintergründen und Stolpersteinen vertraut zu machen.

Alles rankte sich um den Termin: Die Mehrheit im Trägerkreis hat von Anfang an darauf bestanden, die Demo kurz vor der wahl und keinesfalls danach durchzuziehen. Das hat Wahlvereine und ihnen nahestehende Organisationen wie den Bund Naturschutz zum Absprung

bewogen, leider auch die Oberpfälzer BIs.

Die Begründung ist Euch bekannt: Mögliche Auseinandersetzungen mit der Polizei würden die Wahlchancen der sogenannten Anti-Atom-Parteien verschlechtern.

Wir haben trotzdem auf diesen Termin bestanden und zwar aus folgenden Gründen:

- Tatsache ist, das Wahlkampfzeiten Zeiten relativ erhöhter politischer Sensibilisierung und Diskussionsbereitschaft in der Bevölkerung sind. Das allein ist schon Grund genug für die Anti-Atom-Bewegung, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Das umso mehr, als wir zum bayerischen Wahlkampfschlager WAA in der Tat was zu sagen haben.
- Tatsache ist aber auch, daß das Thema "Kampf den Atomanlagen" keineswegs in den Händen der Parteien gut aufgehoben ist. So sehr wir es begrüßen, daß hunderttausende Anti-WAA-Plakate herumhängen und ein Teil der Diskussionen von Parteien geleistet wird, so sehr befürchten wir, daß Teile der Bevölkerung sich nun durch ein Kreuzchen der Verpflichtung entledigen, weiter auf der Straße, an den Info-Tischen, oder in Versammlungen, oder ganz heimlich... aktiv gegen die Atompolitik zu arbeiten. In der fatalen Hoffnung, nun werde ihr Anliegen in den Parlamenten "ordentlich" vertreten. Natürlich verspricht die SPD Initiativen gegen die WAA zu unternehmen - aber keineswegs gegen die Atompolitik insgesamt. Der Verdacht, daß es sich beim SPD-Widerstand gegen die WAA in erster Linie um ein populäres Mittel handelt, die besorgter werdende Basis bei Laune zu halten und mehr Wähler und Mandate zu bekommen, drängt sich allerdings immmer stärker auf. Besonders, wenn die SPD ihren Mitgliedern rät, nicht zur Demo am 4.10. zu gehen, weil ein Kreuzchen am rechten Ort am 12.10. die beste Demo gegen die WAA sei. Wer sowas sagt, verscheißert die Leute. Denn selbst wenn wir versuchen, in der parlamentarisch-staatstragenden Logik der SPD zu denken, kommen wir nicht an der Tatsache vorbei, daß die CSU die absolute Mehrheit bekommen wird. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Aber auch mit jener anderen Mehrheit würde sich an der Atompolitik so gut wie nichts ändern, wie uns das hessische Beispiel eindrucksvoll lehrt. Das müssen wir immer ganz klar im Auge haben: Wenn wir wirkliche Veränderungen in diesem Land wollen - also für uns konkret: einen schnellen Ausstieg aus der Atompolitik - dann dürfen wir uns nicht auf die Parlamente verlassen. Gesellschaftliche relevante Entscheidungen werden nicht in den Parlamenten getroffen, sondern in den Chefetagen des Kapitals. Und das ist nicht abwählbar. Das hat kürzlich die SPD offen zugegeben, als sie in ihr sogenanntes Ausstiegskonzept sinngemäß hineinschrieb, daß dieser Ausstieg nur mit einem umfassenden Konsens im Lande durchgesetzt werden könne. Gemeint war: Ohne Zustimmung der Atomwirtschaft geht halt nichts.

Für uns kann daraus nur eins folgen: Wir müssen unsere außerparlamentarischen Aktivitäten nicht nur weiter fortsetzen, sondern auch massiv verstärken. Das ist das einzige, was denen noch imponiert. Das ist aber nur möglich, wenn wir den eigenständigen Charakter der sozialen Bewegungen stärken und uns nichts von den Interessen der Wahlbewegungen beeindrucken lassen. Deshalb lassen wir uns auch von keiner Partei die Termine diktieren, wann ihnen eine Demonstration in den Kram paßt und wann nicht.

Die Versuche von SPD und Mehrheits-Grünen, aus wahltaktischen Erwägungen heraus diese Demonstration zu verhindern, markieren auf deutlichste die Bruchlinie zwischen den parlamentarischen und dem außerparlamentarischen Teil der Bewegung.

Für die Parteien steht und fällt der Sinn einer Demonstration mit den Zehntelprozenten, die bei den nächsten Wahlen draufzuschlagen sind, bzw. verloren gehen könnten. Momentan sind das aufgeheizte Klima, die massive staatliche Repression und der nahe Wahltermin die Gründe, bloß keine Demo mit diesen unberechenbaren Chaoten durchzuziehen.

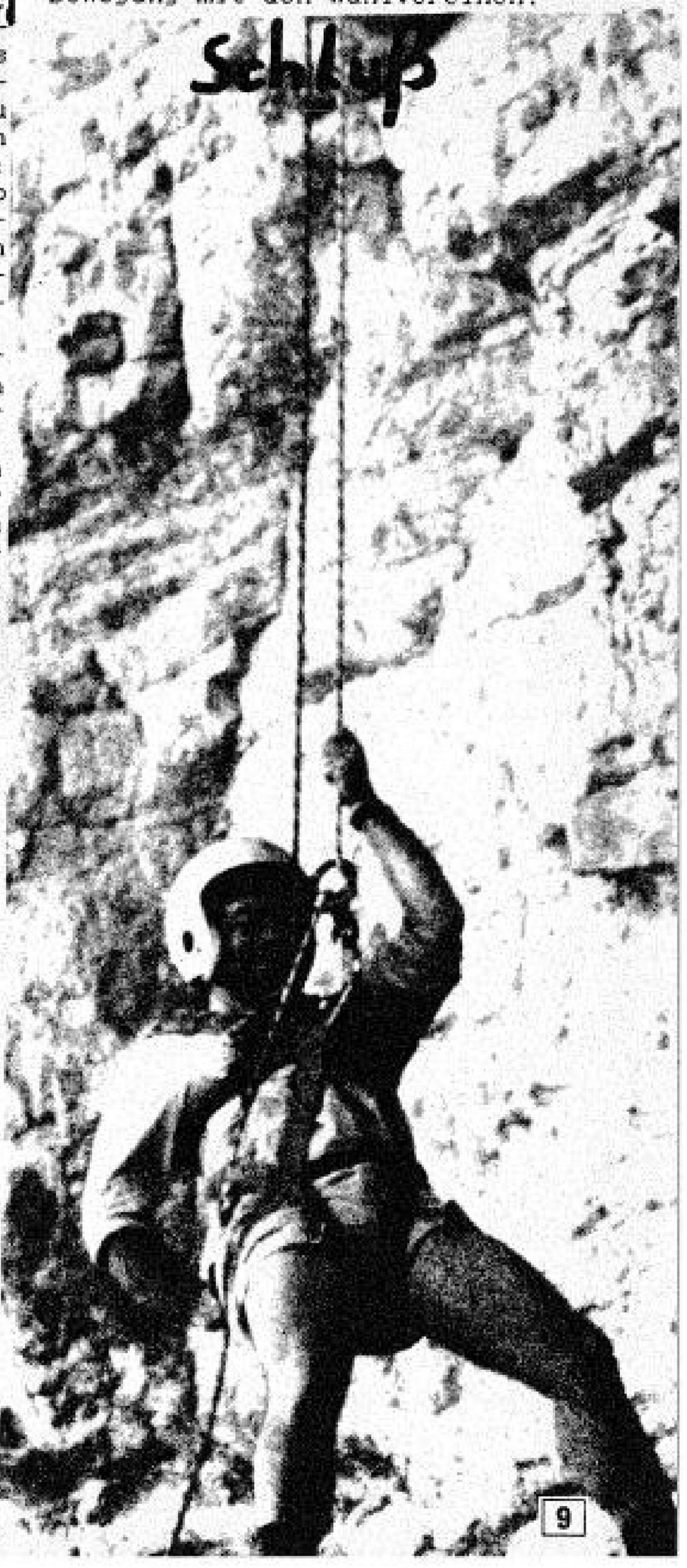
Neben diesem allein rechnerischen Grund gibt es natürlich einen tieferen politischen: Es geht um die Loyalität zum System, die (von den sozialdemokratischen Parteien seit kleinen Ewigkeiten und von deren grüner Variante seit dem letzten Wochenende) immer dann besonders heftig bekundet wird, wenn die Reaktion besonders ekelhaft in der Offensive ist, und das ist sie gerade jetzt. Dieses Nichtaufrufen zur Demo ist eben zu verstehen als ein Signal an den Staat und seine Repräsentanten: Seht her wir heben uns deutlich ab von denen, die nicht nur in diesem, sondern auch im erhofften rot-grünen Staat keine nennenswerte Möglichkeit sehen, ihre politischen Ziele zu verwirklichen.

Der Versuch einer Spaltung der Bewegung ist eindeutig gefahren worden, ob sie mit dieser Tour durchkommen wird von uns abhängen. Gespalten wird ganz konkret durch die Nicht-Unterstützung einer schon partiell kriminalisierten Demo und zwar in gute Demonstranten, die sich den Forderungen und Reglementierungen der Wahlvereine unterordnen, und in die Bösen, die sich bei ihren politischen Bemühungen dem Primat des Parlamentarismus nicht unterordnen, sondern Politik von unten machen wollen. Die sollen von den Guten - auf die Parteien Hörenden - isoliert werden. Und das bedeutet im Herbst 1986 auch so etwas wie zum Abschuß freigegeben.

Erst auf diesem Hintergrund sind die Reaktionen zum Demo-Verbot richtig zu verstehen. Es ist ja schon merkwürdig, daß gerade die, die alles drangesetzt haben, um diese Demonstration zu verhindern und die Betreiber zu diffamieren, sich nun ganz schrecklich empören, weil der Staat die Demo verbietet. Dabei haben sie durch ihr Verhalten gerade diesen Eingriff in ihr geliebtes Demonstrationsrecht massiv gefördert. Indem sich SPD und nun auch die Grünen auf den parlamentarischen als den einzigen oder mindestens vorrangigen Weg, Politik zu machen, festgelegt haben und beide ganz offen diese Politikschiene gegen die Demo am 4.10. ausgefahren haben, haben sie dem Staat und seiner Justiz so richtig freie Hand gelassen. Mehr noch, sie haben die Argumente geliefert. Ich zitiere zur Verdeutlichung aus der Urteilsbegründung des Münchner Verwaltungsgerichts zum Demoverbot vom 1.10.: "Bei der Beurteilung der Sicherheitslage mißt die Kammer dem Umstand, daß sich die Bundesversammlung der Grünen sowie die SPD und der Bund Naturschutz von einer Teilnahme an der vom Antragsteller geplanten Demonstration distanzieren besonderes Gewicht bei."

So ist das mit den Grundrechten: Sie existieren oder nicht je nach den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Diese Kräfteverhältnisse sind für so ein Gericht in der Regel durch bestimmte staatstragende Organisationen und Parteien repräsentiert. Im Fall 4.10. hat das Gericht erkannt, daß die gesellschaftlichen Kräfte, die für einen positiven Bescheid wahrscheinlich den Ausschlag gegeben hätten, nämlich SPD und Grüne, kein Interesse an der Wahrnehmung des Demonstrationsrechts zu diesem Termin hatten. Dem mißt der Staat besonderes Gewicht bei. Dem Demonstrationsverbot und damit einhergehend der Kriminalisierung großer Teile der Bewegung, wurde objektiv - wenn auch ungewollt (?) - durch das Verhalten von SPD und Grünen Vorschub geleistet.

Es folgten einige freigesprochene Sätze über die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit der Anti-Atom-Bewegung mit den Wahlvereinen.



VS' ler „Walter Kerger"

Neues vom VS

Es war einmal ein junger Mann, der wurde aus heiterem Himmel von einem Menschen angerufen, der sich Josef Rauscher nannte. Er arbeite für den Verfassungsschutz, hat er gesagt, und würde den jungen Mann gerne einmal "unverbindlich" sprechen. Der junge Mann, total verwirrt, stammelte daß er keine Zeit habe, und er möge eine Woche später noch einmal anrufen. Pünktlich, wie Beamte nun einmal sind, rief er an und erzählte dem jungen Mann alles was dieser wissen wollte. Der junge Mann stellte sehr dämliche Fragen und der Verfassungsschützer erklärte ihm bis ins Detail, was er von dem jungen Mann wollte. Sehr günstig, da ein Kassettenrecorder mitlief. Und da der VS'ler ein netter Mensch sein wollte, lud dieser den jungen Mann zu einem Bier ein. Dieser stimmte zu und war sehr erstaunt, als man ihm sagte, er brauche nur aus dem Haus zu gehen und würde dort abgeholt. Sie fuhren in einen Biergarten und der VS'ler erzählte dem jungen Mann ein schönes Märchen von Rechtsstaat, freiheitlich demokratischer Grundordnung, Demokratie und ähnlichen Dingen. Die Bösen in diesem Märchen hießen "Rote Armee Fraktion", "Revolutionäre Zellen", "Autonome", "Anarchisten" und "Antiimperialisten".

Und da an dieser Geschichte überhaupt nichts märchenhaftes ist, sondern bis jetzt alles knallharte Realität, wird ab jetzt normal weiterberichtet.

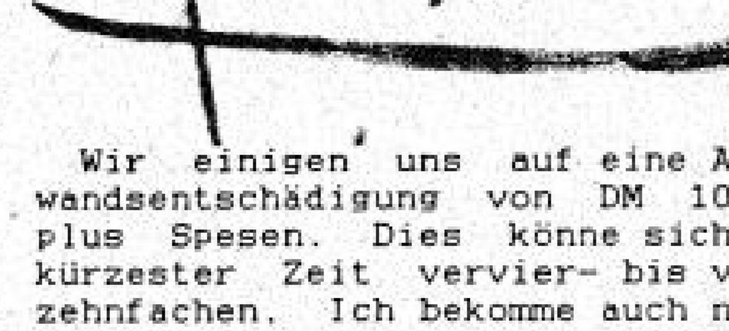
Nachdem Rauscher mir die Ohren vollgelabert hatte, bat ich mir Bedenkzeit aus. Eine Woche später trafen wir uns unter ähnlichen Konspi-Bedingungen. Er holte mich Zuhause ab, und erzählte mir im Auto die große Story, Beckurts hatte gerade das Zeitliche gesegnet. Rauscher redete sehr viel, unterbrochen von total unmotiviertem Kichern, grundlegendes über die Arbeitsweise des VS. Außerdem sollte ich den Spiegel lesen, es stünde eine lustige Geschichte über ihn drin, allerdings alles erlogen. Dann gab er mir seine Büronummer und bat mich, ihn anzurufen. Für das nächste Treffen wurde ich von der Arbeit abgeholt. Er fragte mich nach meinen Kontakten von früher, und ich nannte ihm einige Kneipen, die eh jeder kennt.

Rauscher redete etwas von "in die Scene zurückkehren, von der Nichtteilnahme an strafbaren Handlungen" und hielt sich streng an die bestehende Gesetzgebung. Zusätzlich müßte ich einen "Vertrag" unterschreiben, das einzige Schriftstück, was ich mit meinem eigenen Namen unterschreiben müßte, alle weiteren mit meinem Decknamen. Den konnte ich selbst wählen. In Anlehnung an - ihr wißt schon wen - nannte ich mich *Hoelz*. Neues Treffen vereinbart.

Rauscher holt mich von meiner Wohnung ab. Wir fahren in eine Pizzeria. Dort treffen wir seine "Urlaubsvertretung", die sich als Walter Kerger vorstellt. Nach einigem Blabla und einer Unterweisung in konspirativem Verhalten, stimme ich endgültig zu und unterschreibe den "Vertrag", der eigentlich nur eine Rechtsbelehrung ist.

Es war einmal

Wir einigen uns auf eine Aufwandsentschädigung von DM 100,- plus Spesen. Dies könne sich in kürzester Zeit vervier- bis verzehnfachen. Ich bekomme auch noch eine Telefonnummer von Kerger privat. Somit war ich angeworben (Zeitraum: 4 Wochen). Im Laufe der nächsten Treffen wird klar, daß ich auf den FREIRAUM und die AAU (Anarchistische Arbeiter Union) angesetzt werden soll. In den nächsten Wochen erzähle ich haarsträubende Geschichten über Treffen mit Leuten aus der Scene, allerdings von Anfang bis Ende erfunden. Mit wachsender Selbstsicherheit standen auch Fahrten nach Wackersdorf, Passau und Frankfurt auf dem Programm, mit lauter erfundenen Leuten im Auto.



Aufhören?

Der Zeitpunkt zum Aufhören; daran ersichtlich, daß alles routiniert abläuft, schien uns Ende September gekommen.

Am 2.10.86 rief ich Kerger an und sagte ihm, daß ich nicht mehr mitmache, weil es den Charakter verdirbt. Erst zu diesem Zeitpunkt roch er den Braten und war dementsprechend enttäuscht, rein menschlich, wie sonst!

Resumee:

Die psychische Belastung ist enorm, da man sich mit Freunden nur unter ziemlich konspimäßigen Bedingungen treffen sollte, und somit jegliche Gruppenbindung unterbrochen ist. Bei den Treffen steht man ständig im Streß, da man, trotz Absprache mit dem Betreuer aus der Gruppe, ständig jeden Satz auf seine Folgen abchecken muß. (Kennzeichen: triefend nasses Unterhemd)

Obwohl das Geld nicht in die eigene Tasche gewandert ist, sondern der Gruppe zugute gekommen ist, fühlt man sich mit den Scheinen in der Tasche total beschissen. Der Zeitraum der in Kurzform beschriebenen Ereignisse umfaßt 15 Wochen. Da dies in die sog. politische Sommerpause fiel, konnte dementsprechend häufig berichtet werden, was alles nicht los war. Sehr wichtig ist, daß ein paar Leute für einen mitdenken, da man sehr schnell das Augenmaß verliert.

Arbeitsweise

Versorgen den Angeworbenen mit Polit-Lektüre (würg) um den Spitzel glaubwürdig zu machen, arbeiten ohne Hektik (in meinem Fall bis zu einem Jahr Anlernzeit), stellen verdeckte Kontrollfragen bei der Berichterstattung, wie mehrmaliges Nachfragen nach Merkmalen bei einer Personenbeschreibung, heucheln dem Spitzel Progressivität vor ("Ich hab auch schon mal Grün gewählt!") um sich selbst verdaulicher zu machen, werden nach längerer Zeit vertrauensselig bis leichtsinnig. Die Zusammenarbeit zwischen VS und Bullen ist beschissen. Außerdem äußerten sie sich abfällig über den MAD. Konkurrenz belebt das Geschäft, unseres!

Bleibt festzustellen, daß ihnen sehr aktive Personen namentlich so bekannt sind, daß sie anhand von Fotos die Namen auswendig wissen, die Fotos sind allerdings total veraltet. Observationsfotos hingegen sind von erschreckend guter Qualität.

Zu den VS'lern

Josef Rauscher: Ist mit dem Job total überfordert, hat keinen politischen Hintergrund, ist reif für den Psychoanalytiker, hat nach der Spiegel-Story intern ziemlich Ärger bekommen, ist scheinbar auf ein Provinzabstellgleis geschoben worden, Spezialist(?) für Autonome.

Walter Kerger: Der Gefährlichere von beiden, enormes Hintergrundwissen, vernünftige Gedankengänge, nur mit der Schlußfolgerung hapert's, da wird die FDGO verteidigt, sehr ruhig und unauffällig, Idealbesetzung für den Scheißjob, Spezialist(!) für RAF und Umfeld, macht jetzt scheinbar Rauschers Job auf Münchner Ebene mit.

Abschließend bliebe zu sagen, daß das Risiko für den Pseudo-Spitzel doch erheblich ist, andererseits zeigt das Ravensburger Beispiel, daß ein bißchen Öffentlichkeit uns nur nützen und ihnen nur Schaden kann.

In diesem Sinne
Hoelz

Presse Erklärung

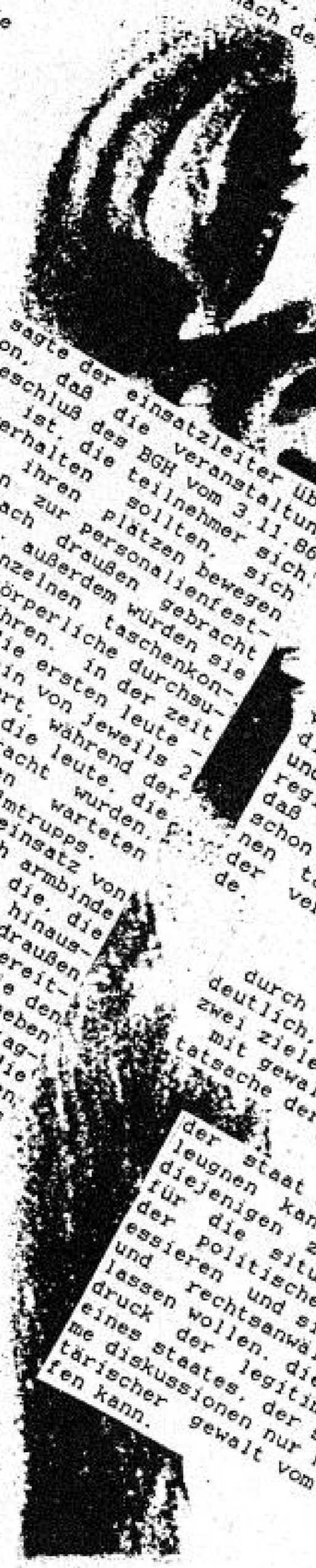
zum großeinsatz "zur gegen polizeilichen die veranstaltung situation der politischen gefangenen in der brd" die am 4.11.86 in der gaststätte "zunfthaus" in münchen stattfinden sollte. die veranstaltung hatte folgende themen:

-situation und kampf der politischen gefangenen in der brd und in westeuropa

-zur entwicklung des kampfs um die forderung nach zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand

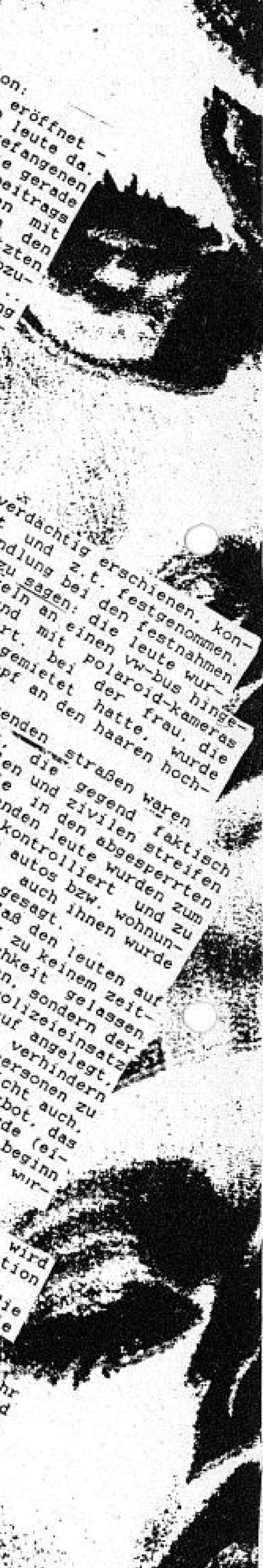
-zum hungerstreik 84/85 seit dem prozess gegen mareille schmegner und ingrid barabass in frankfurt

zur veranstaltung eingeladen waren der politischen gefangenen ein rechtsanwalt, die über die aktuelle situation bei einzelnen gefangenen berichten wollten.



ablauf der polizeiaktion: eröffnet - leute da. die veranstaltung wurde ungefähr 120 einem gefangenen es waren die ihres beitrags eine frau, schreibt, hatte gerade aus der raf schreibt. sätze die bullen die ersten als die mit vorgelesen, photoapparaten den kameras und stürmten. den saal besetzten raum sofort anfingen. alles abzufilmen: alle leute den infostand... erst nachdem durch die besetzung des raums schon tatsachen gesch- fen waren, wurde das offizielle verbot ausgesprochen. zeitpunkt zu keinem wurden veranstaltungsteilnehmern grund für das verbot und die räumung mitgeteilt. sondern ungefähr minuten nach der besetzung des

raums sagte der einsatzleiter über megaphon, daß die veranstaltung durch beschluß des BGH vom 3.11.86 verboten ist. die teilnehmer sich verhalten sollten, sich ruhig platzen bewegen und nicht zur personalienfest- einzeln von ihren gebracht werden sollen. draußen würden sie nach einzelnen taschenkon- durchführen. in der zeit bereits die ersten leute - ausgeführt. während der wurden die leute, die raum gebracht wurden, warteten draußen filmtrupps. und der einsatz von gleich die durch armbinde gekennzeichnet waren. für die, die aus dem veranstaltungsraum hinaus- geführt wurden, wartete schaft- draußen ganzen und über 500 bereit- liegendes vorplatz und bgs-bullen, die dem hell ausgeleuchtet ein daneben einzelnen wurden zu den grundstück tag- "kontrollstellen"(bestehend hatten. dort lief aus vw-bussen und wannen) gebracht. lung und die personalienfeststel- taschendurchsuchung. aus 8 die körperliche und darunter leute wurden. für die frau, festgenommen, hatte. die veranstaltung die den raum wohnung parallel wurde gemietet durchsucht in ihrer abwesenheit fahren und ein ermittlungsver- raf." wegen "unterstützung der (§129a) gegen sie eingelei- bullen schon am 3.11. versuchten die stalten, daß in dem raum "eine veran- sei. der raf." (zitat) geplant und außerdem wurde der normale wirtschaftsbetrieb unterbrochen einzelne junge leute, die den



bullen verdächtig erschienen. kontrolliert und z.t. festgenommen. zur behandlung bei den festnahmen ist noch zu sagen: die leute wurden einzeln an einen vw-bus hingestellt und mit polaroid-kameras fotografiert. bei frau, die den raum gemietet hatte, wurde dazu der kopf an den haaren hochgerissen. alle umliegenden straßen waren abgesperrt, die gegend faktisch von normalen und zivilen streifen besetzt. die in den abgesperrten straßen wohnenden leute wurden zum großen teil kontrolliert und zu ihren parkenden autos bzw. wohnungen eskortiert. auch ihnen wurde kein grund dafür gesagt. daß den leuten auf der veranstaltung zu keinem zeitpunkt gelassen wurde, sondern der ganze ablauf möglichkeit, sondern der war von anfang an darauf angelegt, die veranstaltung zu verhindern und möglichst viele personen zu registrieren. dafür spricht auch, daß schon am 3.11. (ei- tag vorher) erlassen wurde (ei- veranstaltungsverbot. das nicht vor beginn der veranstaltung mitgeteilt wird.

durch den ganzen ablauf wird deutlich, daß die ganze aktion zwei ziele verfolgt: die diskussion um die mit gewalt die diskussion um die tatsache der isolationsfolter, die der staat schon längst nicht mehr leugnen kann, zu verhindern und zu erfassen, die sich für die situation und den kampf derjenigen der politischen gefangenen interessieren und sich von angehörigen und rechtsanwälten informieren lassen wollen. die aktion ist ausdruck der legitimationslosigkeit eines staates, der sich unangenehme diskussionen nur noch mit militärischer gewalt vom halse schaffen kann.

... Bullenterror ... Bullenterror ... Bul

Vom 13.11 - 15.12.86 läuft die Revision gegen die beiden türkischen Antifaschisten Birol Akin und Sahin Yüksel. Die beiden wurden im Herbst 85 wegen versuchten Totschlags bzw. Beihilfe zum versuchten Totschlag zu 8 bzw. 4 jahren verknackt.

Bei einer Flugblattaktion von deutschen und türkischen Antifaschisten gegen die Grauen Wölfe vor den Toren der BMW-Werke wurden sie von einer Gruppe von Grauen Wölfen provoziert und angegriffen. Ein türkischer Faschist soll dabei durch Messerstiche verletzt worden sein. Es ist anzunehmen, daß diese Auseinandersetzung zwischen deutschen Staatsschutz und türkischen Faschisten abgesprochen wurde, um aktive linke türkische Genossen zu kriminalisieren und einzuschüchtern. Mehrere türkische Genossen bekamen Schwierigkeiten mit der Ausländerbehörde wegen ihrer Aufenthaltsgenehmigung. Ihre Namen wurden vom deutschen Staatsschutz an die türkische Botschaft weitergegeben. In der Propaganda und Hetze wurde dann dieser faschistische Angriff vom Staat als weiterer Beweis für die "kriminelle Gefährlichkeit türkischer linker Extremisten " dargestellt. Das hohe Urteil gegen türkische Genossen soll eine Drohung an alle ausländischen Genoss/inn/en sein.

Sie sollen in ihr Heimatland abgeschoben werden, was für sie Folter und Mord bedeutet.

Der Prozeß läuft bis einschließlich 15.12.86.

Sofortige Freilassung und keine Abschiebung der beiden türkischen Genossen!

wir zitieren aus dem durchsuchungsbeschluss: "die veranstaltung (im vorkommende) und hochtechnologie, ziviles und militärisches atomprogramm," würde beinhalten, daß sich die veranstalter mit den angeklagten und der raf identifizierten und gegen sie der vorwurf insgesamt sei "im rahmen der veranstaltung offensive der raf zu werben," das heißt, daß schon information über projekte und diskussion des staates als werbung für die raf mit 129a kriminalisiert und unterdrückt werden kann. der ist auch ein teil des inhalts neuen gesetze, die gerade durchgepeitscht werden:

die offene kriegsführung gegen den widerstand. dazu gehört die zerschlagung von informationsstrukturen und kommunikationsstrukturen beispiele dafür aus den letzten wochen sind, die durchführung von 129a-verfahren und teilnahme an politischen veranstaltungen zur situation der politischen gefangenen wie in detmold und kaiserslautern

-die räumung der hafenstrasse in hamburg und die teilweise durchsuchung von fast 50 wohnungen in düsseldorf der vor kiefernstrasse in düsseldorf woche einer bullenaktion als (dort wurde die fahndung nach der aktion gegen teil der braunmühl) in den medien und der -zig durchsuchungen und tlungsverfahren wegen schrift "radikal", -die räumung des kölm letzte woche, chungen bei emmaus und weil beim info-ladens in innen info-laden die durchsuaktion in stuttgart schickt erklärung der raf in münchen, worden gegen braunmühl) zugesein soll.

5.11.86 teilnehmer der veranstaltung zur situation der politischen gefangenen in der brd

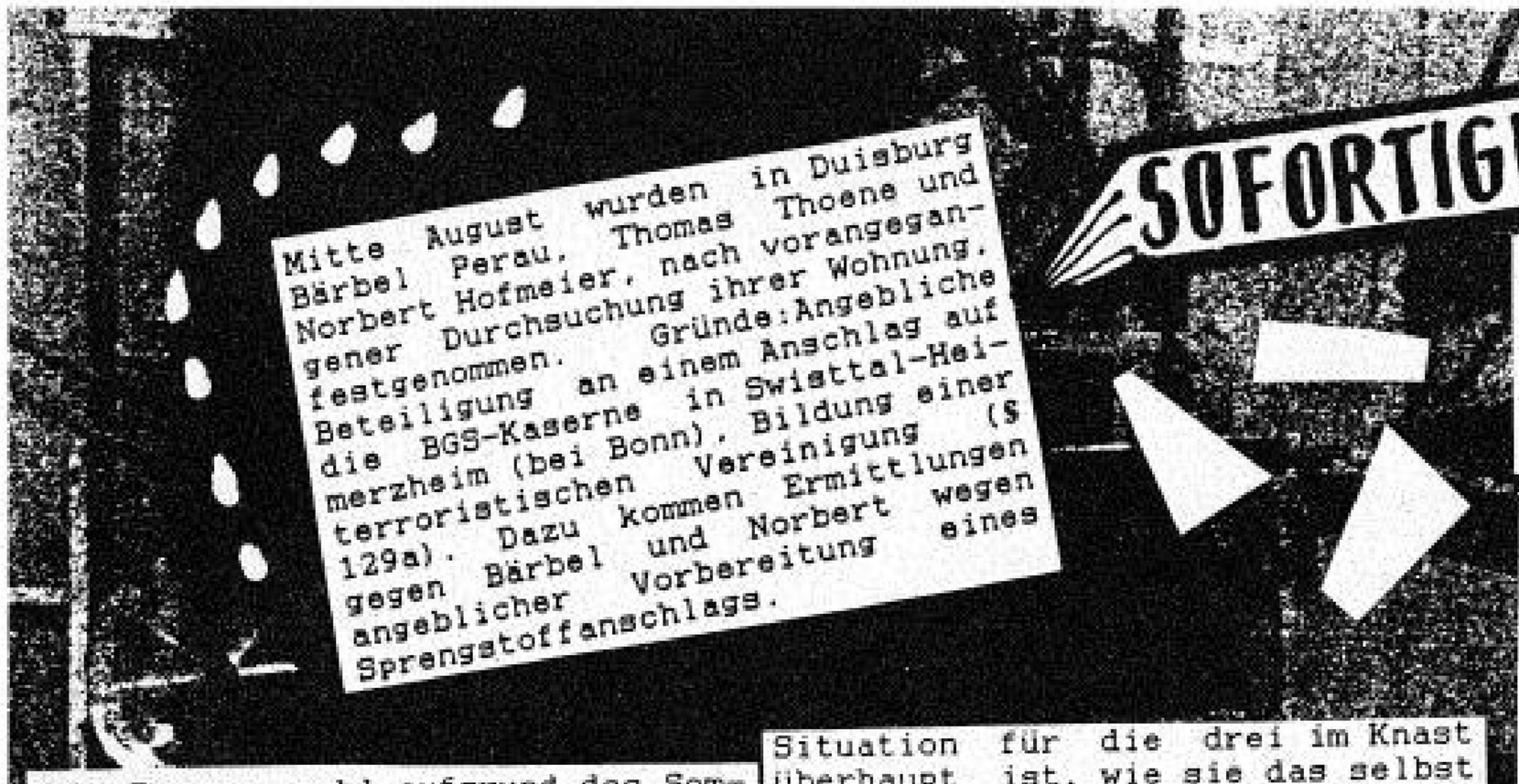
AN ALLE, DIE AN DER VERANSTALTUNG "ZUR SITUATION DER GEFANGENEN IN DER BRD" AM 4.11 IM "ZUNFTHAUS" TEILGENOMMEN HABEN BZW. DORT KONTROLLIERT WURDEN.

Wir haben bereits erfahren, daß einige jetzt Ladungen vom LKA bekommen haben (telefonisch bzw. per Postkarte). eoll sich die/der bitte JEDE/R unbedingt mit anderem Bullenterror in oder sowas gekriegt hat in dem Zusammenhang konfrontiert wurde. im Infoladen, Breisacherstr.12 München 80, Tel.4489638. mel-

unregelmäßig besetzt, Laden de. - deshalb bitten. (Tel. wird z.Z. renoviert - 8000 versuchen) VON BULLEN (d.h. LADUNGEN LKA, BKA) MUSS BEI Polizeipräsidium, MAN NICHT HINGEHEN! wollen nicht, daß die Bullen wir Einzelterror/druck durchkommen, deshalb ist es wichtig, daß wir uns da zusammen verhalten und voneinander mitkriegen!

Einige Veranstaltungsteilnehmer

SOFORTIGE FREILASSUNG



Mitte August wurden in Duisburg Bärbel Perau, Thomas Thoene und Norbert Hofmeier, nach vorangegangener Durchsuchung ihrer Wohnung, festgenommen. Gründe:Angebliche Beteiligung an einem Anschlag auf die BGS-Kaserne in Swisttal-Heimerzheim (bei Bonn), Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a). Dazu kommen Ermittlungen gegen Bärbel und Norbert wegen angeblicher Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags.

Die Presse, wohl aufgrund des Sommerlochs, warf sich sofort begierig auf diesen, vom BKA servierten, fetten Brocken.

"Großteil der Anschläge geht auf das Konto dieser Leute", "Sprengstoffanschlag aufgeklärt", "Nach Festnahme von Bombenlegern..." und ähnliches mehr war in allen Tageszeitungen zu lesen.

Als zum Schluß der "Geistesblitz eines Polizeibeamten" dazu kam (er hatte kombiniert, auf dem Nummernschild eines bei Heimerzheim beobachteten VW-Busses, könnte statt SU/Siegkreis - DU/Duisburg gestanden haben), war das Maß schon mehr als voll. Der Fall schien aufgeklärt, der Bissen für die Öffentlichkeit gut gekocht und zubereitet - schnell geschluckt und dann verdaut.

Wer fragt da noch nach der Glaubwürdigkeit von Beweisen, erinnert sich an andere Fälle, in denen sich dann der "Fahndungserfolg" zum Schluß dann doch noch als Irrtum herausstellte.

Zunächst mal wird der Erfolg gefeiert - Endlich sind wieder Unruhestifter und Bombenleger gefaßt. Die Polizei tut etwas zur allgemeinen Sicherheit!

Nach dem WIE und WARUM wird nicht gefragt und nachdem alles schnell in die Schublade RAF gepackt ist, ist das Thema keinen weiteren Artikel wert. Aber auch die "andere Seite" bleibt nichts schuldig. Gleich nach den Verhaftungen gaben die Genossen/innen die mit den dreien arbeits/freundesmäßig verbunden sind, ein Flugblatt heraus, das erste Informationen bringen und Solidarität mit dem politischen Hintergrund der eingeknasteten schaffen sollte. Umso ärgerlicher war es, daß dieses Flugblatt nichts als Wortgeklingel enthielt und unangenehm war die Arroganz und Einschätzung, die den Lesern serviert wurde.

"Die Ansätze entschlossenen Widerstandes in Duisburg entwikkeln sich für die Herrschenden immer mehr zu einem unkontrollierbaren Faktor..." Wundert man sich: Waren dann die Verhaftungen mehr zufällig denn aus Kenntnis der Szene. Oder: "Es gibt keine Perspektive mit dem System, sondern nur den Kampf dagegen. Diese Entwicklung läßt sich nicht mehr zurückdrehen. Da ist nichts mehr zu spalten oder zu integrieren..." Muß man sich dabei nicht fragen, warum die Genossen/innen so begeistert etwas eingestehen was ihnen, bzw. den dreien im Knast vorgeworfen wird. Warum werden gleich so große Sprüche geklopft, ohne vorher abzuwarten, wie die Situation für die drei im Knast überhaupt ist, wie sie das selbst einschätzen. Stattdessen gewinnt man den Eindruck, als wäre man froh, daß die Staatsorgane endlich mal einem die angemessene Gefährlichkeit zusprechen.

Wie reagiert die linke Öffentlichkeit auf diese Situation

Mittlerweile ist es Mitte September. Der parlamentarische Teil der Szene, die Grünen und deren Symphatisanten, neutralisieren sich selbst indem sie ihre Solidarität von der Schuldfrage abhängig machen. Da hört man von Duisburgs grüner Rathausfraktion schier Unglaubliches: Waren sie's, dann sollen sie bleiben, wo der Pfeffer wächst, waren sie's nicht, dann unterstützen wir sie auch. Verboten ist eben für die Grünen (auch angesichts anstehender Wahlen, da steht Militanz schlecht zu Gesicht), was der Staat verbietet und die Frage, ob man eine Aktion etwa gut heißen kann, obwohl man selbst eine andere politische Praxis vertritt, wird gar nicht mehr zugelassen.

Neben den Grünen und den Hard-Linern gibt es ein relativ breites Spektrum von Leuten, die sich in dieser Sache aus den verschiedensten Gründen engagieren .wollen. Die die Frage, ob die Drei, die ihnen zur Last gelegten Taten begangen haben oder nicht, hinten anstellen und denen es zunächst ausschließlich um Solidarität mit den dreien im Knast geht. Da geht es um Verbundenheit mit Genossen, die seit Jahren jenseits der traditionellen, dogmatischen Linken zu aktuellen und tagespolitischen Themen Diskussionen geführt und darüber hinaus für sich praktische Handlungskonzepte entwickelt haben.

Wenn auch viele sich nicht in das Gesamtkonzept ihrer politisch-ideologischen Strategie einordnen können/konnten, so bleibt die Verbundenheit über die Themen, die allen wichtig waren/sind - angefangen beim Kampf gegen AKW's über Hausbesetzungen, Fragen der Militanz.... Ebenso die Anerkennung, daß sie mit ihrer Arbeit zu einem wichtigen politischen Faktor in Duisburg geworden sind.

Die Funktion der Medien in diesen Zusammenhang noch einmal kurz zu beleuchten scheint uns wichtig, nicht um die abstrusen Konstrukte a la Bild ad absurdum zu führen, sondern um die gleichgeschaltete Berichterstattung zu dokumentieren, der sich auch die linke öffentlichkeit nicht völlig entziehen kann.

So scheint es uns doch auffällig, wie einhellig, zeitgleich und nahezu wortgetreu die gesamte Presse, von Bild bis TAZ, ihre Leser durch die Konstruktion zwischen Eva-Sybille Haule-Frimpong zu den drei inhaftierten Duisburger Genossen, zielsicher auf die falsche Spur lockte. Zwar dementierte das BKA später eine Verbindung zwischen beiden Verhaftungen, aber die Einordnung zur RAF war in das öffentliche Bewußtsein eingesickert und hatte sich festgesetzt.

Zeitgleich mit den angeblichen Kontakten zu E.-S. Haule Frimpong wird auch erstmals der Begriff "illegale Militante" im Zusammenhang mit dem Duisburger Verhaftungen in der Presse verwendet. Denn die These des BKA von den "illegalen Militanten", dem sog. "legalen Arm der RAF" läßt sich vor der öffentlichkeit glaubhafter belegen, wenn eine offensichliche Kommunikationsstruktur zwischen der RAF und deren "Legalem Arm" aufgezeigt werden kann.

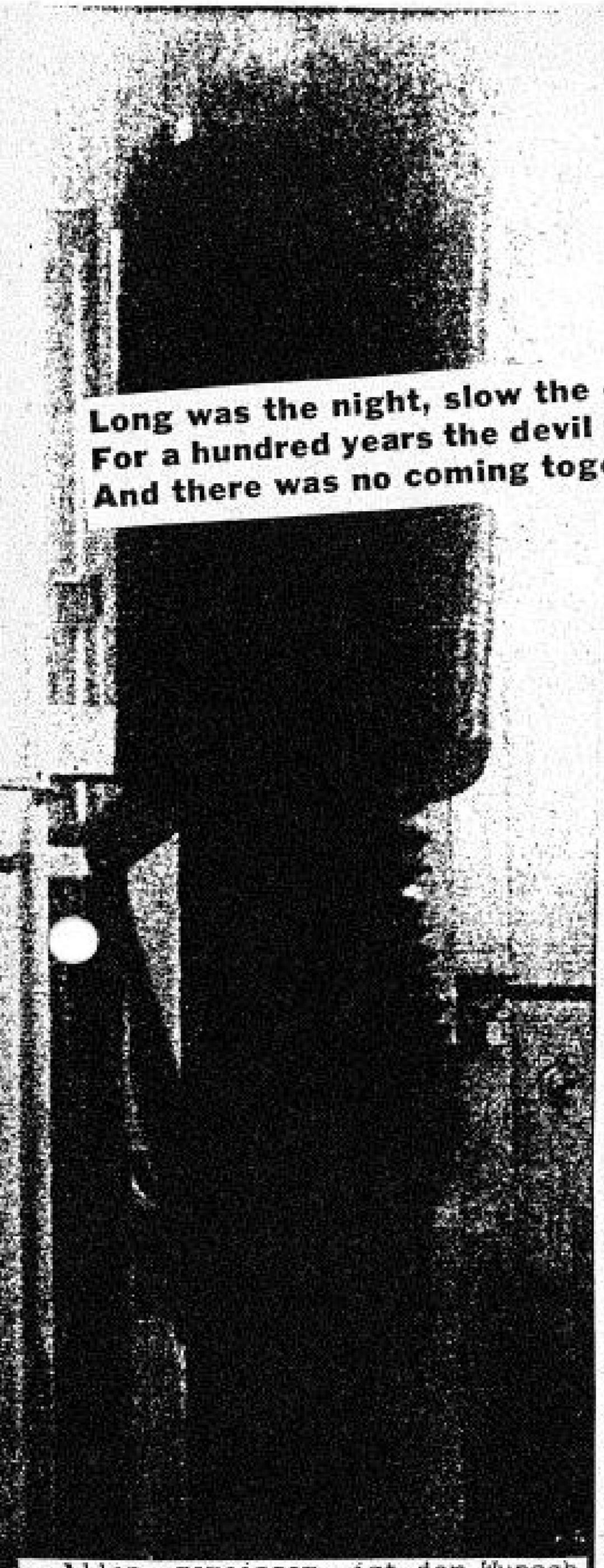
Die reale Verbindung zur R[illegible] aber sind letzendlich von sekundärer Bedeutung, da die These primär zu einer verschleierten, systematischen Ausweitung der RAF-Fahndung, auf alle Gruppen, die militanten Widerstand leisten, gilt. Diese Unterordnung, auch solcher Gruppen, die nicht mit Theorie und Strategie der RAF übereinstimmen, unter dem Oberbegriff RAF, erleichtert es BKA und BWA den § 129a anzuwenden. So werden für das BKA nicht faßbare Strukturen in einen neuen Sinnzusammenhang gestellt, wird die Beweisnot durch den §129a aufgehoben, der allemal dafür ausreicht, die militanten Teile des Widerstands für ein paar Jahre in den Knast zu bringen.

Die Biographie, die in der Presse von den drei Duisburgern nachgezeichnet wird, verweist auf ihre Herkunft aus den Sozialbewegungen der 70er und 80er Jahre. Die persönlichen und politischen Berührungspunkte in der Vergangenheit waren vielfältig und vielschichtig. Eine Basis für eine breite Solidaritätsbewegung schien gegeben. Aber die Berührungsängste mit RAF-Positionen, die Abkoppelung politischer Inhalte zugunsten der Verurteilung der Form des Widerstandes, verhindern eine breite Solidarisierung.

Unter den Gruppierungen und Individuen am "grünen" Tisch, die sich mit den drei Genossen solidarisch erklären, ist die Unfähigkeit eine gemeinsame Veranstaltung und Solidaritätsbewegung zu organisieren, augenscheinlich.

An der einen Seite des Tisches eine in den letzten Jahren durch kontinuierliche Diskussionen und durch eine gemeinsame Praxis gewachsene Gruppe, in die auch die drei eingeknasteten Genossen eingebunden waren.

An der gegenüberliegenden Seite des Tisches eine lose Ansammlung von Individuen, ohne gemeinsame, verbindliche Diskussionsstrukturen, deren Sammelbasis das EH (Eschaus, autonomes Zentrum in Duisburg, die Red.) ist und die sich noch am ehesten dem Begriff "Autonome" unterordnen lassen würden.



Now the cock crows, dawn breaks over the world.
And from a thousand places arises a swelling music.
Never were poets so inspired.

Long was the night, slow the coming of the red dawn
For a hundred years the devil monsters whirled in a dance.
And there was no coming together of the myriad people.

Allen gemeinsam ist der Wunsch nach einer (breiten?) Solidarit"sbewegung, nur über das "WIE" g h die Meinungen weit auseinander. Die Hard-Liner sind in der letzten Konsequenz dazu bereit, eine gemeinsam getragene Kampagne leerlaufen zu lassen. Sie akzeptieren nur eine Solidaritätsbewegung, die sich ihren Zielen und Inhalten unterordnet und sind nicht einmal bereit, sich auf die Forderung "SOFORTIGE FREILASSUNG DER GEFANGENEN" einzulassen.

Stattdessen haben sie Zusammenlegung mit "den Gefangenen aus RAF und Widerstand" in den menschenverachtenden Hochsicherheitstrakten auf ihre Fahne geschrieben. Ob die Gefangenen selber, angesichts der eigenen Erfahrungen im Trakt und der dreimonatigen Eingangsisolierung, zu dieser Forderung stehen, erscheint uns mehr als fraglich.

Die individualisierten Autonomen hingegen sind nicht dazu in der Lage eine breite Solidaritätsbewegung auch praktisch einzufordern und zu organisieren. Ihre Forderungen bleiben aufgrund fehlender Strukturen Lippenbekenntnisse, die sich im Raum verlieren.

Stellungnahme von Bärbel zu ihrer Situation im Ossendorfer Knast

Ich will was dazu sagen, womit ich so zu kämpfen habe.

Chris (Düsseldorf) hat was geschrieben, das war mir aus dem Herzen gesprochen. "Am Anfang ist es schwer, die Niedergeschlagenheit, der Ärger mit den Gedanken nach draußen, nichts auf der Zelle." Ja, ich denke so ist es für jeden - GANZ NORMAL.

Trotz der Diskussionen draußen, daß Knast nicht das schwarze Loch bedeutet, ist es doch erstmal schwer die Situation zu aktzeptieren.

Womit ich mich auch noch runtergezogen habe, daß ich so gedacht habe, mensch so eine Scheiße, ich steh doch erst am Anfang, es ist noch soviel unklar, was einfach falsch ist. Es gibt keine gradlinige Entwicklung und jetzt bin einmal hier mit meinen Un- und Klarheiten, meinen Widersprüchen, Stärken und Schwächen. Ja - und das ich meine Identität, meine Ansprüche und Ziele hier nicht an der Knastpforte abgegeben habe, daß es drinnen wie draußen weitergeht, nur eben unter anderen Bedingungen eben.

Und dann muß ich den ganzen Müll in meinem Kopf bekämpfen. Das fällt mir besonders dann auf, wenn ich mitkriege, mit welcher Entschlossenheit in Südafrika, Chile, Kurdistan etc. der Kampf geführt wird und ich denke, was das für ein Müll ist, wenn ich mich und mein persönliches Schicksal als den Nabel der Welt sehe und vor Selbstmitleid triefe. Ist etwas überspitzt, aber das ist ja genauso draußen, immer die Entscheidung, was man selber will. Das hört sich jetzt alles so locker an, aber da habe ich mich ganz schön mit rumgeschlagen.

Noch etwas konkret zu den Verhaftungen. Ist ja total blöd abgelaufen. Und sie haben ja auch lange überlegt, ob sie es mit uns machen oder nicht. So geht es ja auch nicht nur um uns, sondern um die ganze Entwicklung seit dem Hungerstreik 1984/85.

Ein wichtiger Punkt war und ist dabei die Auseinandersetzung mit den politischen Gefangenen. Sie wollen die Isolation dicht machen. Uberhaupt, daß sie unsere Besuche bei Sieglinde Hoffmann im Haftbefehl erwähnen, daß sie die Karte von Thomas an Lüdi beschlagnahmen usw., daß sie S. Hoffmann verlegt haben.

Mir fällt ganz spontan die spanische Rechtsanwältin ein, die zum Prozeß von Ingrid und Mareile zugelassen werden wollte. In einem Interview mit der FR hat sie die Situation der spanischen Gefangenen mit der Situation der Gefangenen hier verglichen. Ich habe es selbst nicht gelesen, aber so ungefähr: keine Isolation sondern Kollektivität, keine Kriminalisierung von Besuchen, freie politische Auseinandersetzung: Na ja.

Sie versuchen es ja auch dort zu zerschlagen, um die Beibehaltung dieser Bedingungen ging es ja im letzten Hungerstreik der spanischen Frauen.

Das ist jetzt alles grob, ich hoffe, daß ihr damit was anfangen könnt. Ist natürlich sowieso Scheiße hier, die Isolation, das ständige Alleinsein, nur der eigene Kopf.Was bei mir ja noch gut ist, daß der Lüdi hier ist, so schwer und wenig es auch ist. Mal sehen, wie lange sie das noch so lassen.

Ja, ich denke viel an Euch, vor allem an die Leute vom Laden, an die Kinder, an Norbert, an Thomas und würde gern auch irgendwo mittendrin sitzen.Noch etwas zu den Genossen vom Laden; sollen aber alle mitkriegen, weil es so stark ist. Was ich so als ganz toll empfinde, mir ganz tief unter die Haut geht, bis in die letzte Pore, ist das, wie gut das mit den Kindern klappt. Wie ihr am Dienstag hier wart - der Besuch war vielleicht nicht so gut - ich war richtig platt, der Flo, der Georg, daß ich dem Flo schon etwas fremd war. Aber im Nachhinein habe ich mich ganz stark gefühlt, wieviel Liebe und Stärke die Zwei mitbekommen, wie ihr sie liebhabt und versorgt. Da habe ich eine ganz starke Ahnung bekommen, von dem wie es sein kann, Kollektivgedanken und Leben. Ich denke, daß wir schon eine ganze Menge erreicht haben, einen Haufen bürgerlichen Dreck weggeschaufelt und eine starke Solidarität aufgebaut haben
SPITZE!
UND VIELE KÄMPERISCHE GRUSSE VON LUDI!

Wer mit den Gefangenen Kontakt aufnehmen möchte oder einfach ein paar Grüße in den Knast schicken will:
Post läuft über:
Bundesgerichtshof Karlsruhe
Richter Gollwitzer
Herrenstr.45
7500 Karlsruhe 1

Bärbel Perau - JVA Köln-Ossendorf
Thomas Thoene - JVA Bochum
Norbert Hofmeier - JVA Köln-Ossendorf

SPENDENKONTO: Brigitte Thoene
Postgiroamt Essen
Kto.-Nr.: 442236-438

Ansonsten trifft sich jeden Montag um 20.00 der "Solidaritätskreis" im Eschhaus.

ERKLÄRUNG der Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD

Wir sind heute vor das BUNDESKANZLERAMT in Bonn gegangen und verlangen von der BUNDESREGIERUNG. die Forderung: ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN in große Gruppen und FREILASSUNG VON GUNTHER SONNENBERG zu erfüllen.

Wir sind hier hingegangen, weil in der Regierung letztendlich die politischen Entscheidungen fallen, in denen das grundsätzliche Vorgehen des Staates gegenüber den politischen Gefangenen bestimmt wird.
- so z.B. 1977, als hier die Entscheidung für die Ermordung der Gefangenen aus der RAF fiel und von hier aus das Kontaktsperregesetz durchgepeitscht wurde.
- so auch 1981 im Hungerstreik der politischen Gefangenen, als Justizminister Schmude als Vertreter der Bundesregierung die Zusage machte, daß kein Gefangener mehr in Einzelisolation sein soll.
- und 1985 im kollektiven Hungerstreik der politischen Gefangenen, als Staatssekretär Kinkel als Vertreter der Bundesregierung den Anwälten der Gefangenen mitteilte, daß die Bundesregierung auf die Forderung der politischen Gefangenen - ihre ZUSAMMENLEGUNG in große Gruppen - nicht eingehen wird, Kinkel sagte: "Die Bundesregierung ist bereit, die Konsequenzen zu tragen."

Wir werden hier immer wieder stehen, bis die Forderungen der politischen Gefangenen erfüllt sind. Wir können nicht länger warten und zusehen, wie die Gesundheit unserer Angehörigen, der politischen Gefangenen, durch jahrelange Isolation zerstört wird, wie ihre revolutionäre Menschlichkeit und Moral durch langdauernde Isolation angegriffen und zerstört werden soll.

Seit Jahren kämpfen wir mit den Gefangenen für die Zusammenlegung in große Gruppen. Wir haben mit unseren Aktionen, wie Spiegelbesetzung, Besetzung des psychologischen Institutes in Hamburg, in dem Folterforschung betrieben wird, auf Veranstaltungen, in Presseerklärungen und Broschüren öffentlichkeit über die Isolationsfolter hergestellt. Wir haben so dazu beigetragen, daß das Bewußtsein über die Isolationsfolter in der BRD und im Ausland wächst. Bis in die UNO wird die BRD als Staat, der politische Gefangene durch Isolation foltert, angegriffen. Das haben wir erlebt, als wir der Sitzung des Menschenrechtsausschuß in New York waren.

Als die Delegation der Bundesregierung von den beharrlichen Fragen des Ausschuß in die Enge getrieben wurde, griff sie zur Lüge. Stöcker aus dem Bundesjustizministerium sagte z.B., kein politischer Gefangener in der BRD sei in Einzelisolation, "alle sind in Gruppen zu 3 Gefangenen zusammen." Die Forderung der politischen Gefangenen, ihre ZUSAMMENLEGUNG IN GROßE GRUPPEN ist in ihrem Hungerstreik 84/85 über den Widerstand hinaus verstanden worden und hat breite Unterstützung und Solidarität gefunden. Deshalb kann der BRD-Staat die Isolationsfolter praktisch nicht mehr rechtfertigen.

Wir wollen, daß die Regierung die Forderung der politischen Gefangenen jetzt endlich erfüllt. Dafür stehen wir hier und werden so lange herkommen, bis die Gefangenen in großen Gruppen zusammen sind; wie die politischen Gefangenen in Spanien, d.h. bis sie Bedingungen haben, unter denen sie geschützt sind vor dem Mord auf Raten durch die Isolation, Bedingungen, unter denen sie ihre revolutionäre Haltung, ihr politisches Bewußtsein, ihre revolutionäre Moral und Menschlichkeit, also ihre politische Identität behalten und entwickeln können. Für Bedingungen, die das - Kollektivität und Selbstbestimmung - möglich machen, kämpfen alle politischen Gefangenen in den imperialistischen Gefängnissen. Ob in Peru, USA oder in Spanien. Die politischen Gefangenen aus GRAPO PCE(r) und die Solidaritätsbewegung in Spanien haben 81 die Kollektive der politischen Gefangenen erkämpft und gegen alle Angriffe des spanischen Staates verteidigt. Die belgischen Gefangenen aus den C.C.C. haben in ihrem 1. Hungerstreik in diesem Jahr wichtige Forderungen durchgesetzt, die ihre Isolation nach außen durchbbrechen und sind ihrem Ziel - ZUSAMMENLEGUNG nähergekommen.

Diese Beispiele zeigen uns, daß die Vereinheitlichung der westeuropäischen Regierungen zu einer harten Haltung gegenüber den Forderungen der politischen Gefangenen ihre Grenze findet, weil Gefangene, Angehörige und Solidaritätsbewegungen an ihrem Ziel festhalten: Kollektive Bedingungen der politischen Gefangenen. Für uns heißt das jetzt, der Regierung keine Ruhe zu lassen, hier immer wieder hinzukommen und die Erfüllung der Forderungen zu verlangen:
- ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN GROSSE GRUPPEN
- FREILASSUNG VON GUNTER SONNENBERG

* 22. Oktober 1986 *

SHOWTIME

„Nur Probleme — und keine Lösungen?

Entwurf: AUFRUF für den Widerstandstag

Tschernobyl hat zu einer Bestürzung geführt und einen Riß gegenüber den Verhältnissen hier vertieft, der in den letzten Jahren entstanden ist, oft zugekleistert und vergessen im Alltag.

Die Verantwortlichen machen keinerlei Anstalten, konkrete Schritte für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie zu vollziehen.

Tschernobyl hat einmal mehr bewiesen, daß jeder Betriebstag der Atomanlagen zuviel ist. Stattdessen gehen neue AKWs (Brokdorf/-Cattenom) ans Netz, laufen die Hanauer Atomfirmen ohne Genehmigungsverfahren weiter, wird am Bau der WAA in Wackersdorf festgehalten, der Atommüll quer durch die Republik transportiert und für Jahrtausende strahlend eingegraben (Gorleben, Schacht Konrad, Ahaus).

Dieser Realität werden Scheinlösungen entgegengesetzt: ein Bundesumweltminister Wallmann, der für die Sicherheit der Atomanlagen garantieren soll –
eine SPD, die den Ausstieg in ferner Zukunft plant, die Angst der Bevölkerung für sich nutzt, damit Wahlkampf betreibt –
eine grüne Partei, die das Thema AKW von der Straße in die Parlamente holt, beschwichtigend eingreift und, im Spiel um die Macht, die Bewegung längst nicht mehr vertritt, aus der sie einmal hervorgegangen ist.

Umso notwendiger wird ein selbstbewußter und eigenverantwortlicher Widerstand gegen das Atomprogramm, der nicht nur die Überwindung von Isolation, Alltagseingebundenheit und Perspektivlosigkeit erfordert, sondern auch die Auseinandersetzung mit der Antwort des Atomstaates (Polizeibewaffnung und Repression).

Durch die Hetzkampagne wird von der eigentlichen Thematik abgelenkt und der Konflikt auf die Gewaltfrage reduziert.

Trotzdem gibt es mehr verdeckt, aber auch offen (Wackersdorf), Verständnis für einen außerparlamentarischen, radikalen Widerstand, einen Widerstand, der praktisch wird, der Spaß macht und vor allem eingreift in den reibungslosen Ablauf der Atombetreiber.

Nur reicht Sympathie nicht aus, Betroffenheit alleine ist noch kein wirkungsvoller Widerstand, versandet oft in Alltag und Resignation.

Wichtig ist, der Resignation etwas entgegenzusetzen, die eigenen Möglichkeiten zu erkennen, um zu einem effektiven Widerstand zu kommen

EINE FORM IST DIE IDEE DES MONATLICHEN WIDERSTANDSTAGES !

Die Idee wurde auf der Anti-AKW-Konferenz Ende Juni in Frankfurt entwickelt.

Die Aktivitäten am ersten Samstag im Monat sollen ein Teil der Bewegung zur Stillegung der Nuklearindustrie sein.

Das Ganze muß eine Riesenkampagne werden – in jedem Ort muß klar sein: **Am ersten Samstag im Monat ist Widerstandstag!** Natürlich nicht nur dann, aber da eben überall und gleichzeitig.

Dieser Samstag muß eine feste Einrichtung werden, sich in den Köpfen und dem Alltag der Menschen festsetzen, ähnlich wie die 4 1/2 Jahre laufenden Sonntagsspaziergänge an der Startbahn.

Es wäre der Anfang für eine Politik, die bis in den Alltag reichen, uns handlungsfähig machen könnte, über das bloße reagieren auf bestimmte Ereignisse hinaus.

Eine Idee wäre, feste Treff- und Zeitpunkte in den Orten für die Samstage zu haben. Dort erstmal Informationen und Gesprächsmöglichkeiten. Von da aus Start der Aktionen.

An jedem AKW, Nuklearzentrum können ebenso feste Treffpunkte angekündigt werden, d.h. dezentrale Aktionen in den Städten, Gemeinden, an den Standorten, überall.

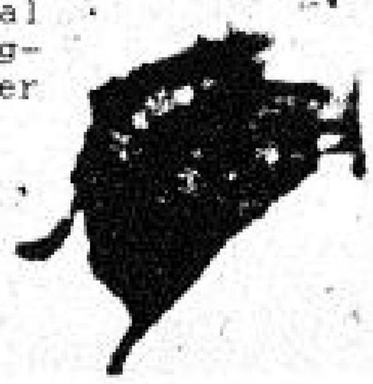
Jede Gruppe, Initiative, BI hat das Recht seine eigene Aktionsform zu finden.
ES DARF KEINE DISTANZIERUNGEN GEBEN!
Nach einem Aktionstag müssen alle Aktionen über ein zentrales Büro gesammelt, eine Liste aufgestellt und diese als Presse-Info herausgegeben werden.

In den Städten müssen sich langfristig Strukturen und eine Organisierung bilden, um den Widerstandstag zu verbreitern und zu verankern.

Die Widerstandstage stellen keine Konkurrenz zu unserem bisherigen Widerstand dar, sondern wären eine notwendige Ergänzung.

Durch ihre Kontinuität wird eine Fixierung auf einzelne Termine und das damit verbundene Abschlaffen hinterher verrmieden. Desweiteren wird durch die Dezentralität der Widerstandstage eine starre Konfrontation mit dem Polizeiapparat vermieden. Daraus resultiert eine größere Unberechenbarkeit der Anti-AKW-Bewegung, deren Vielfältigkeit die Breite der Bewegung wiederspiegelt.

**Wir fordern auf zur massenhaften Beteiligung am ersten Widerstandstag, dem 1.11.1986
und dann jeden ersten Samstag im Monat!**



Arbeitsplätze für die Oberpfalz

Eine Kritik des "Investitionsprogramms zur Förderung von Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur verstärkten Verwendung regenerativer Energiequellen"

Auf der Veranstaltung "Arbeitsplätze für die Oberpfalz" am 21. Juni stellten die Grünen die Studie "WAA und regionale Entwicklung" vor, die von Peter Ille und Monika Meusel im Auftrag des Landesverbands Bayern der Grünen im März 86 erstellt wurde.

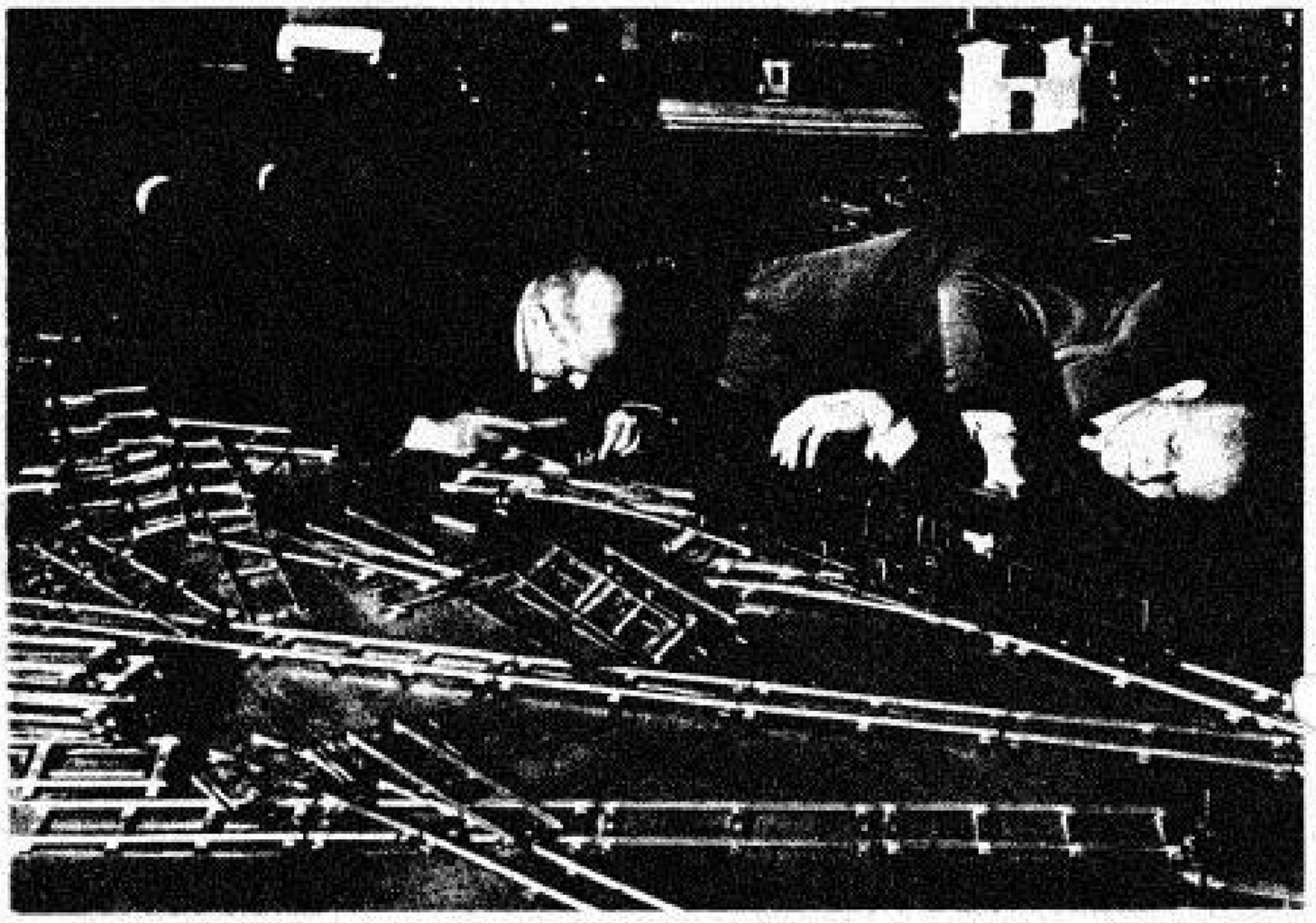
Neben einer detaillierten Untersuchung der Wirtschaftsstruktur und des Arbeitsmarktes der Region Oberpfalz Nord und des Stellenwerts der WAA Wackersdorf für die Region wird in der Studie als Alternativmodell ein Förderprogramm zur verstärkten Nutzung einheimischer, regenerativer Energiequellen entwickelt. Hierbei handelt es sich um ein Investitionsförderprogramm, durch das Energie- und Einsparungstechniken wie Biomassenutzung (Biogas, Stroh, Holz), Sonnenenergie zur Warmwassererzeugung, Abwärmenutzung und Wärmedämmung durch Darlehen und Zuschüsse gefördert werden sollen. Das Fazit der Studie liest sich dann so:

"Würden die 6 Mrd. DM, die die Wackersdorfer Anlage einmal kosten soll, in ein in dieser Studie beschriebenes Investitionsmodell zur Förderung von Energieeinsparungen und zur verstärkten Nutzung regenerativer Energiequellen fließen und ganz verbraucht werden, würden so über 10 Jahre hinweg 117.000 Menschen beschäftigt und insgesamt ca. 91,3 TWh pro Jahr an Energie substituiert werden können. Nach 1995 würden 112.200 Dauerarbeitsplätze geschaffen worden sein, die sich größtenteils durch die erzielten Energiekosteneinsparungen finanzieren (S. 154) (2). Dem gegenübergestellt werden die 704 Arbeitsplätze beim Bau bzw. 1600 beim Betrieb der WAA (S. 153), von denen maximal 1120 aus der Region sein werden (S. 106): "Wir haben oben abzuschätzen versucht, wie groß die zu erwartenden Effekte der bei Wackersdorf geplanten WAA insgesamt und speziell für die Region Oberpfalz-Nord sein werden. Nun helfen diese Zahlen allein unserer Meinung nach nicht allzusehr. Es ist unserer Meinung nach notwendig, einen Vergleich anbieten zu können, wieviele Arbeitsplätze, ebenfalls im Energiebericht, durch alternative Investitionen erzielt werden können." (S. 110)

Es gibt sicher viele gute Gründe, ein alternatives Energiekonzept zu propagieren und sich dafür einzusetzen, aber man stellt die Wirklichkeit absolut auf den Kopf, wenn man das wichtigste - und übrigens falsche - Argument der Technokraten dieser Industriegesellschaft **gegen** alternative Technologien selbst aufnimmt und daraus ein Plädoyer für ein alternatives Energiekonzept konstruiert: Nämlich daß eben diese alternativen Technologien einen Haufen Arbeit machen, sogar viel mehr als die WAA, was in der Studie über zig Seiten versucht wird zu beweisen. Falsch ist dieses Argument aus zwei Gründen:

1) Alternative Techniken zur Energiegewinnung wurden von der Ökologiebewegung gerade deswegen gefordert, weil sie keine oder nur vergleichsweise geringe Schäden an der Umwelt hervorrufen, im Gegensatz zum Schadstoffausstoß, Freisetzung von radioaktiven Stoffen, Aufheizung der Umwelt durch Abwärme etc. der herkömmlichen Technologien. Es würde damit gerade die Arbeit überflüssig werden, die heute dafür aufgewendet werden muß, um einmal verursachte Schäden wieder einigermaßen zu reparieren (medizinische Behandlung krankgemachter Menschen - Krebserkrankungen durch Radioaktivität, Bronchialerkrankungen durch die Luftverschmutzung -, Wiederaufforstung vom Waldsterben geschädigter Gebiete ...). Der Absatzmarkt für "Umwelttechnologien", der in den diversen "ökologischen Umbauprogrammen" als die Wachstumsbranche für einen ökologisch erneuerten Kapitalismus entdeckt wird (vgl. z.B. das SPD-Programm Arbeit und Umwelt) würde durch die Durchsetzung von Technologien, die erst gar keine Schäden an der Umwelt produzieren, natürlich stark zusammenschrumpfen.

2) Die Konzepte einer alternativen Energieversorgung sind in den 70er Jahren durch die Anti-AKW- und Ökologiebewegung entwickelt worden und wurden anfangs stets im Zusammenhang mit einer Kritik an der Industriegesellschaft und ihrer Wachstumsideologie vorgebracht. So schreibt z.B. Otto Ullrich 1979: "Fügt man in diese Betrachtung noch ein, daß in der Übergangszeit gleichzeitig eine Zurücknahme des Industriesystems erfolgt, dann würden zusätzlich große Energieverbraucher stark reduziert werden: der Autoverkehr, die chemische Industrie, die industrialisierte Landwirtschaft und die hohe Güterproduktion, vor allem in der Form von Wegwerfprodukten. Damit würde auch für ein 'behagliches Leben' nur ein Energieniveau notwendig sein, das auch in der Bundesrepublik spielend durch Sonnenenergie zu decken ist. Es würde damit vollends deutlich, daß die 'Energiekrise' ein Produkt des Industriesystems ist und mit ihm verschwinden wird." (3) D.h. daß ein Bestandteil eines alternativen Energiekonzepts immer sein muß, die Energieverschwendung durch die Herstellung sinnloser oder gar schädlicher Produkte zu stoppen, und sich gleichzeitig auch die dafür verschwendete Arbeit zu sparen.



Es ist eine Sache, unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen mit dem Problem der Massenarbeitslosigkeit umzugehen, indem man die politische Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit und damit Verteilung der Arbeit auf alle aufstellt. Es ist jedoch kein Argument für ein Programm, sondern eins dagegen, wenn damit Arbeit geschaffen wird. Gerade unter den Bedingungen einer kapitalistischen Gesellschaft, in der Arbeit immer mit Ausbeutung, Hierarchie im Betrieb, gesundheitlicher Belastung am Arbeitsplatz etc. verbunden ist, geht es immer noch darum, für das Geld, das wir zum Leben brauchen, möglichst wenig arbeiten zu müssen. Wenn man diese Realitäten auf den Kopf stellt, indem man so tut, als sei Arbeit nicht ein notwendiges Übel, sondern an sich etwas Erstrebenswertes, gibt man die Möglichkeit auf,

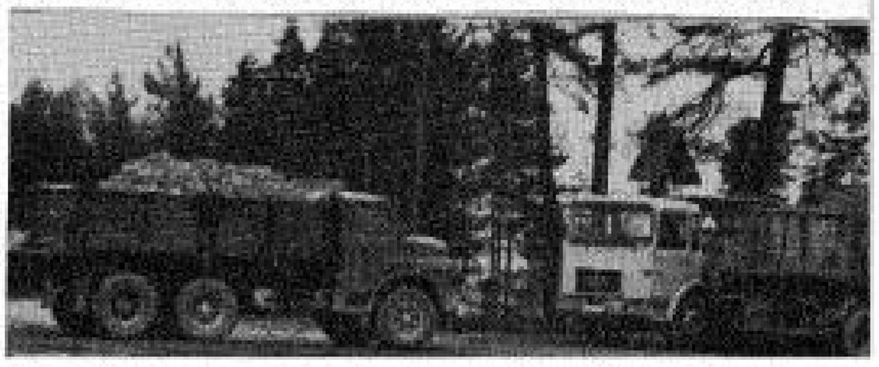
einen der grundlegendsten Widersprüche der bestehenden Gesellschaft zu kritisieren.

Es ist sicher notwendig, und insofern leistet auch die Studie einen Beitrag, ein möglichst konkretes und detailliertes Konzept aufzuzeigen über die Möglichkeit einer alternativen Energieversorgung für die Oberpfalz. An den Vorschlägen zur Durchsetzung dieses Konzepts zeigt sich jedoch die Aufgabe jeder Kritik an den bestehenden Herrschaftsverhältnissen. So heißt es in der Studie: "Das hier vorgestellte Konzept ... möchte ich als **Realutopie** bezeichnen. Utopie ist es deshalb, weil ein solches Konzept nicht heutige bundesdeutsche Praxis ist; real erscheint mir die hier dargestellte Möglichkeit jedoch deshalb, weil sie in meinen Augen unter den heutigen und wohl auch politischen Rahmenbedingungen realisierbar ist. Zu seiner Verwirklichung bedarf es keiner Veränderung der vorhandenen Strukturen ..." (S. 115). "Als Organisationsform denke ich mir eine halbstaatliche Stelle, wie sie z.B. der Zweckverband 'regionale Entwicklung und Energie' darstellt. Er ist ein Zusammenschluß einzelner Landkreise (Tirschenreuth, Neustadt/Waldnaab, Schwandorf) und der kreisfreien Stadt Weiden ... Unter der Leitung eines Geschäftsführers waren dann verschiedene Fachleute damit beschäftigt, Konzepte für die Nutzung der einzelnen Energietechniken auszuarbeiten und in die Praxis umzusetzen. Dazu sollten spezielle angebots- und nachfrageorientierte wirtschaftspolitische Instrumente eingesetzt werden. Vor allem denke ich hier an die Verbreitung von Informationen." (S. 115)

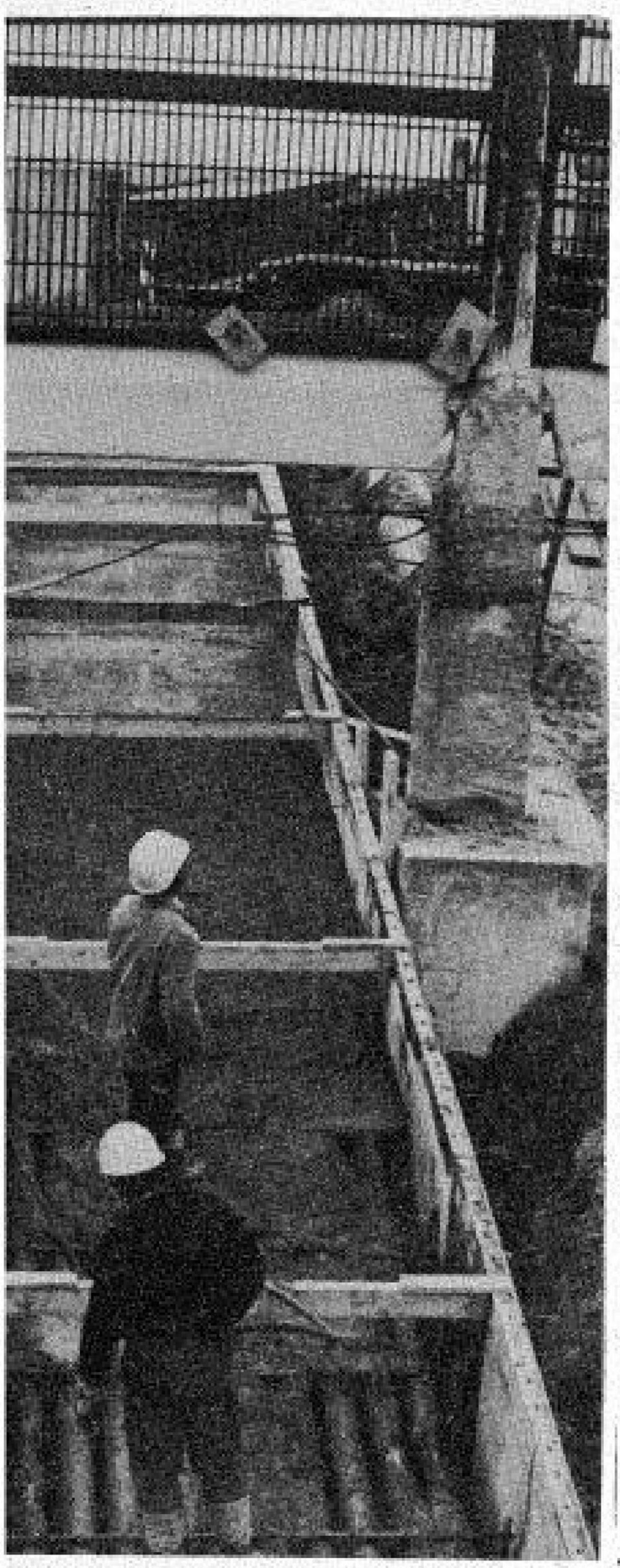
Anstatt durch die Organisierung einer breiten Bewegung durch die Bürgerinitiativen zu versuchen ein alternatives Energiekonzept von unten politisch zu erzwingen, will man die Durchführung einer 'halbstaatlichen Stelle' und 'verschiedenen Fachleuten' überlassen, die jedoch nach allen unseren Erfahrungen an einer wirklichen Änderung unserer Produktionsweisen nach (basis-) demokratischen und ökologischen Gesichtspunkten nicht interessiert sind. Anstatt ein Konzept zu entwerfen, in dem alle gesellschaftlichen Bereiche, insbesondere auch die Energieversorgungsunternehmen und die Produktionsbetriebe für entsprechende Technologien über dezentrale rätedemokratische Strukturen von unten kontrolliert werden, und somit eine mögliche technologische Veränderung nur vom Willen der Menschen abhängig wäre, wollen die Autoren der Studie ja die heutigen politischen Rahmenbedingungen nicht kritisieren und zerbrechen sich deshalb auch den Kopf nicht so sehr darüber, ob ihr alternatives Energiekonzept gesamtgesellschaftlich wünschenswert, sondern ob es betriebswirtschaftlich rentabel ist. "Den Unternehmen müßte vermittelt werden, daß durch das durchzuführende Förderprogramm große Investitionen auf dem Gebiet regenerativer Energietechniken bevorstehen und daß sich deshalb betriebliche Investitionen und die Einstellung von Fachpersonal, die die Annahme einschlägiger Aufträge ermöglichen, schnell rentieren werden." (S. 116) Da man das Privateigentum an den Produktionsmitteln und damit die Unmöglichkeit der direkten demokratischen Einflußnahme von unten auf die einzelnen Betriebe als gegeben annimmt, braucht man den Staat, der entsprechende finanzielle Anreize schaffen soll: "Natürlich würde das Potential betriebswirtschaftlich sinnvoll zu nutzender regenerativer Energietechniken noch entschieden größer sein, wenn sich die energiepolitischen Rahmenbedingungen hin zu mehr Energieeinsparung und zur Substitution fossiler Energieträger verschieben würden. Voraussetzung dafür wäre jedoch die konsequente Verfolgung dieser Ziele durch die staatliche Energiepolitik, die heute jedoch nicht gegeben ist." (S. 128) Weiter heißt es in der Studie: "In diesem Zusammenhang möchte ich die Vorreiterrolle des Staates bei der Einführung der zu fördernden Techniken herausstellen." (S. 116) "Bei einer staatlich verordneten Umorientierung der Energiepolitik mit dem vorrangigen Ziel der Primärenergieeinsparung und verstärkten Nutzung 'sanfter' Energiequellen wären z.B. die Rücklagen für die bei Wackersdorf geplante WAA und andere Großprojekte im Energiebereich sinnlos. Sie können durch das hier dargestellte Energieprogramm einer neuen Verwendung zugeführt werden." (S. 117)

Ausgerechnet vom Staat die Durchsetzung einer alternativen Energiekonzepts zu erwarten, heißt auf die zu vertrauen, die am wenigsten Interesse daran haben. Das heutige Konzept einer zentralisierten Energieversorgung mit wenigen Großkraftwerken ist die den Interessen einer staatlichen Bürokratie am besten angepaßte Variante, da sie am leichtesten zentral planbar und kontrollierbar ist. Es ist illusorisch zu glauben, die staatliche Bürokratie würde diese Machtstellung, die sie durch die Kontrolle einer zentralisierten Energieversorgung hat, freiwillig aufgeben. Aus den Erfahrungen der Anti-AKW- bzw. Ökologiebewegung kann man lernen, daß der Kampf für eine ökologische Veränderung immer auch ein Kampf gegen den staatlichen Gewaltapparat war, was wir zuletzt in Brokdorf und Wackersdorf wieder deutlich vor Augen geführt bekamen.

Wenn wir schon jetzt, hier und heute eine Durchsetzung umwelt- und menschenfreundlicher Technologien z.B. im Bereich der Energieversorgung erzwingen wollen, müssen wir uns im Klaren sein, daß wir dabei nach wie vor im Widerspruch zu diesem politischen und wirtschaftlichen System stehen, dem es nicht um Bedürfnisbefriedi-



Arbeitsplätze für die Oberpfalz



Bau der WAA verläuft ganz nach Plan

aus TAZ

Bereits im Frühjahr erste Hochbauten / Zahlreiche Firmen verschiedenster Branchen verdienen an der WAA / „Jahrhundertbaustelle" gut bewacht

Nürnberg (taz) — Woche für Woche darf Staatssekretär Dr. Max Fischer vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen die strukturschwache Region Oberpfalz mit einer Arbeitslosenrate von durchschnittlich 8,1 % als „Wirtschaftsraum mit Zukunft" hochjubeln. Nach der Ansiedlung von BMW und Siemens in Regensburg nun auch noch das größte Bohrloch der Welt im Landkreis Neustadt/Waldnaab und schließlich als Dauerbrenner die WAA. Während Blockadetage, Terroristenfahndung und Gesetzesverschärfungen angesichts des Widerstandes gegen die WAA die Diskussion bestimmen und der Leiter der Sicherheitsabteilung im bayerischen Innenministerium, Joachim Schweinoch, über 47 Anschläge auf Strommasten lamentiert, schreitet der Bau der WAA auf dem Gelände im Taxöldener Forst bei Wackersdorf klammheimlich voran.

Die Wackersdorfer Tochtergesellschaft der DWK kann in vielen Bereichen Vollzug melden. Seit Monaten bereits sind die Rodungsarbeiten auf dem 160 ha großen Gelände abgeschlossen. Die Maschinen dazu stellte die Firma Otfried Knemeyer aus Versmolden in Niedersachsen, den Einschlag für das nichtverwertbare Holz besorgte die Firma Vogl aus Selb, während für das Nutzholz die Holzwollefabrik und das Sägewerk Reindl und Fehrung GmbH aus Eslarn zuständig waren. Für die Ausführung der Rodungs- und Erdbewegungsarbeiten hat die Firma Ellert aus Bodenwöhr als Subunternehmer den Zuschlag erhalten. Die Zaunanlagen sind ebenfalls komplett fertig.

Den Auftrag hierfür teilten sich die Schwandorfer Firmen Eisen-Schmidt und Hornik-Metallbau GmbH, die Regensburger Firmen Übelhör und STS Stahltechnik Straub GmbH & Co.KG sowie Ferro-Metallbau aus Wackersdorf, Schönberger KG aus Wölsendorf und Krapf aus Weiden.

Die großräumigen Erdarbeiten gehen termingerecht voran. Bereits die Hälfte der insgesamt zwei Millionen Kubikmeter Erdreich sind zur Nivellierung des abschüssigen Geländes bewegt worden. Die Baustelleneinrichtung ist in Arbeit, die ersten konkreten Hochbauarbeiten können fristgerecht im Frühjahr 1987 begonnen werden. Im Baukonsortium für Gebäude und Innenausstattung der WAA sind u.a. die Firmen Siemens und deren Tochtergesellschaft KWU, die Scheu und Wirth AG (Anlagen- und Gebäudetechnik, Regensburg), die Heidelberger Zement AG (Burglengenfeld), die TBG-Transport-Beton-Gesellschaft (Weiden, Grafenwöhr, Eschenbach), das Hoch- und Tiefbauunternehmen Donhauser (Schwandorf), das Betonwerk Blechhammer (Bodenwöhr), TGB-Transportbeton/Donau-Naab, die Philipp Holzmann AG mit Sitz in Frankfurt, die [illegible]g. Maschinenbau AG (Wasserpumpen) in Pegnitz sowie das Transportunternehmen Schwager aus Sulzbach-Rosenberg. Die Bewachung der „Jahrhundert-Bau»zt-«stelle" übernimmt die Firma Ratisbona aus Regensburg. Während die ständige massive Polizeipräsenz in der gesamten Region den Umsatz von bleifreiem Benzin bei der Tankstelle Ruppert und Fischel in Schwandorf steigen läßt, verdient die Brauerei Schmidt-Bräu aus Schwandorf an der Bewirtschaftung der DWK-Kantine.

Bernd Siegler

gung, sondern um Profit und Machtstabilisierung geht. Eine konkrete Utopie, z.B. im Energiebereich ein detailliertes Energieversorgungskonzept für die Region Oberpfalz, hat eine wichtige Funktion, wenn sie aufzeigen kann, daß es nach den gegebenen technischen Möglichkeiten auch anders gehen kann. Dies würde uns helfen, mehr Menschen zu gewinnen um politischen Druck für ein solches Konzept zu erzeugen. Es darf uns jedoch nicht darum gehen, ein solches Konzept solange zu verdrehen und umzuwursteln und uns den Kopf darüber zu zerbrechen, daß ein profitables Geschäft für irgendwelche Unternehmen dabei herauskommt, und die notwendige Kritik an den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen beiseite zu schieben.

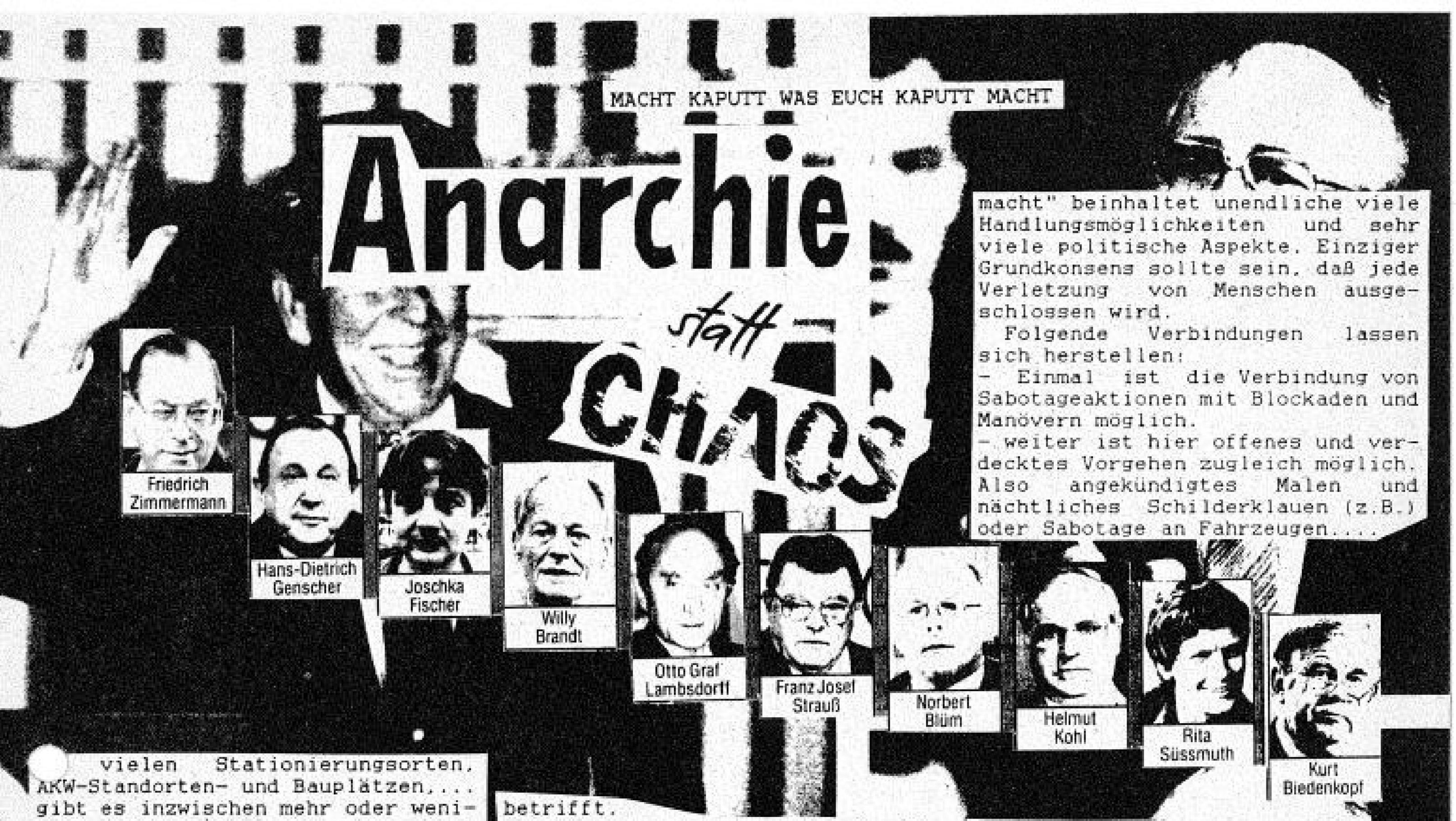
Wenn wir es schaffen, eine breite Bewegung für ein solches Konzept zu gewinnen, dann brauchen wir uns auch nicht mit Problemen beschäftigen, die dann entstehen, wenn man ein Konzept von oben verordnen will: "Was nun die Nachfrageseite betrifft, so denke ich hier in erster Linie auch wieder an die Verbreitung von Informationen bis hin zu an Marketinginstrumenten ausgerichteter Schaffung von Nachfrage." (S. 116)

Vorhandene abschreckende Beispiele darüber was passiert, wenn Technokraten über alternative Technologien nachdenken, gibt es genug, z.B. das Debakel des GROWIAN (Große Windenergieanlage) oder die Konzepte über riesige Solarplantagen. Alternative TEchnologien waren immer auch ein Konzept, die technologische Basis einer Gesellschaft zu dezentralisieren und dem Erfahrungsbereich der Menschen zugänglicher zu machen, und stehen damit im Gegensatz zu den Herrschaftsinteressen von Staat und Kapital. Sie sind deshalb zu schade, sie den staatlichen Planern und irgendwelchen Experten zu überlassen, sondern sollten zum politischen Konzept einer unabhängigen außerparlamentarischen Basisbewegung werden.

(1) Peter Ille, Monika Meusel: Studie über die zu erwartenden Effekte der bei Wackersdorf in der Oberpfalz im Bau befindlichen Anlage zur Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennstoffe nebst der Vorstellung eines Investitionsprogramms zur Förderung von Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur verstärkten Verwendung regenerativer Energiequellen. Bayreuth, März 1986.
(2) P. Ille, M. Meusel: Studie ..., a.a.O., Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf diese Studie
(3) Otto Ullrich: Weltniveau. In der Sackgasse des Industriesystems. Rotbuch Verlag Berlin 1979, S. 144

MACHT KAPUTT WAS EUCH KAPUTT MACHT

Anarchie statt Chaos



vielen Stationierungsorten, AKW-Standorten- und Bauplätzen,... gibt es inzwischen mehr oder weniger häufig Aktionen, die sich gegen militärisches oder anderes lebenszerstörendes Material richten. Genauso wie durch die meisten anderen bisher üblichen Aktionen kann auch durch Sabotage im uns möglichen Rahmen nichts direkt verhindert werden.

Aber: Vieles kann behindert werden und dauernde Behinderung, das Bewußtsein, immer mit Behinderungen und Störungen rechnen zu müssen, kann letztendlich auch zur Verhinderung führen. (So geschehen z.B. im Larzac in Frankreich!)

Um den realexestierenden Unterdrückungsapparat, zu dem viel mehr gehört als Militär und AKW's, eben dieses oben erwähnte Bewußtsein zu vermitteln (nirgends können unterdrückerische und lebenszerstörende Maßnahmen ungefährdet durchgeführt werden), müssen unsere Stör- und Sabotageaktionen nicht nur Um dieses Ziel zu erreichen, muß eine langfristig angelegte Aktion entstehen, die ungefähr jeden halbe Jahr durch eine gemeinsame öffentliche "Veranstaltung" in Erinnerung ruft, daß ab sofort alles lebenszerstörende und der Unterdrückung dienende Material das uns in die Finger kommt angemalt, umgewandelt, zerstört oder geklaut wird. Insgesamt ist diese Aktion nicht auf Tage oder Wochen zu begrenzen, sondern sie läuft immer, wann und wo wir können oder sich gerade eine Gelegenheit bietet.

Die gemeinsame öffentliche "Veranstaltung" muß auch die politische Bedeutung dieser fortwährenden autonomen Aktionen hervorheben. Wir können hier verschiedene politische Aspekte herausarbeiten. Besonders wichtig ist das Aufzeigen von Verbindungen und Zusammenhängen sowohl was die Aktionen als auch ihre politischen Inhalte betrifft.

So ist z.B. Krieg nach außen immer mit einem Krieg nach innen verbunden. Oder: es ist die Aufrüstung bei uns immer mit der Unterdrückung in der "Dritten" Welt verbunden. Diese Zusammenhänge können gerade durch Aktionen vermittelt werden.

Da es bei diesen Inhalten ziemlich unterschiedliche Einschätzungen geben wird, sollte nicht versucht werden, sich auf einen inhaltlichen "Minimalkonsens" festzulegen. Wenn die Meinungen zu sehr auseinandergehen, können auch ruhig unterschiedliche Positionen und die Diskussion darüber dargestellt werden, wobei jedoch klar sein sollte, daß es nicht darauf ankommt, bestimmte Positionen rauszukippen, sondern sich solidarisch darum zu streiten. Das ist vieleicht ein bißchen utopisch, aber den Versuch ist es wert.

Ähnliches gilt für unterschiedliche Aktionsformen. Auch hier muß kein allgemeingültiger Konsens gefunden werden, sondern es reicht, sich für eine konkrete Aktion zu einigen. Grundsätzlich ist es wichtig, daß nicht gegeneinander diskutiert wird, sondern miteinander! Helfen kann dabei vieleicht die dezentrale autonome Organisierung, d.h. die Leute die was machen entscheiden auch wie sie es machen.

Da sehr unterschiedliche Sachen zusammenlaufen können und sollen, ist es vorraussichtlich wichtig, darüber eine ständige Auseinadersetzung zu führen, was z.B. über den Rundbrief der Kontaktstelle für zivilen Ungehorsam passieren könnte.

Was klar sein sollte ist, daß wir alles als einen gemeinsamen Kampf gegen Unterdrückung und Militarismus begreifen, auch wenn wir unterschiedliche Einschätzungen zu Inhalten und Aktionsformen haben oder wenn sich einzelene auf Teilaspekte beschränken wollen.

Eine Aktion unter dem Motto "Macht kaputt was Euch kaputt macht" beinhaltet unendliche viele Handlungsmöglichkeiten und sehr viele politische Aspekte. Einziger Grundkonsens sollte sein, daß jede Verletzung von Menschen ausgeschlossen wird.

Folgende Verbindungen lassen sich herstellen:

- Einmal ist die Verbindung von Sabotageaktionen mit Blockaden und Manövern möglich.
- weiter ist hier offenes und verdecktes Vorgehen zugleich möglich. Also angekündigtes Malen und nächtliches Schilderklauen (z.B.) oder Sabotage an Fahrzeugen....
- Beteiligte aus gewaltfreien Gruppen können mit Leuten aus dem autonomen Spektrum zusammenarbeiten
- mehr oder weniger "risikofreudige" Beteiligte arbeiten an einer gemeinsamen Aktion
- Einzelaktion und Massenaktion sind beide möglich
- Gesamtantimilitaristische Arbeit und Einschränkung auf atomare Rüstung oder verschiedene Armeen sind möglich; genauso möglich ist in diesem Rahmen die Arbeit gegen en gesamten Unterdrückungsapparat ohne Einschränkungen auf den Antimilitarismus
- das Ganze ist eine bundesweite und trotzdem dezentrale Sache, denn alle Aktionen können immer und überall passieren. Trotzdem ist es wichtig, daß ab und zu die überregionale Verbindung rauskommt
- für die öffentlichkeit und die Militärs oder sonstigen Ansprechpartner aber auch für die Beteiligten.

Wichtig wäre noch, sich über das Umgehen mit der zu erwartenden Kriminalisierung etwas einfallen zu lassen. Denn auch wenn nicht alle Aktionen öffentlich durchgeführt werden, ist eine starke Kriminalisierung zu erwarten und dieser Aspekt darf nicht vergessen werden.

Diese und die inhaltliche Diskussion kann ja eventuell im Rundbrief für zivilen Ungehorsam geführt werden, sollte die Redaktion nicht einverstanden sein, müßte zu diesem Zweck eben noch ein zusätzliches Papier entstehen.

Da wir die Diskussion obiger Thesen und Vorschläge für wichtig und interessant halten, dokumentieren wir hiermit den gesamten uns zugesandten Text. Wir sind auch daran interessiert, dazu Leserbriefe und weitere Diskussionsartikel zu erhalten. Wenn jemand Verbindung mit den Autoren aufnehmen will, kann er sich an die Redaktion wenden.

WA

News

... HERZSCHLÄGE ... HERZSC

Der Hoch-Tief Konzern ist einer der größten der Branche, und als Hauptbauträger der WAA Wackersdorf einer der wichtigsten Angriffspunkte der militanten Anti-Atom-Bewegung. [redacted]

Da der Hoch-Tief konzern aus einem weitverzweigten Netz von Firmen besteht, vervielfacht sich auch die Zahl der Angriffspunkte.

Eine Tochterfirma von Hoch-Tief haben wir heute Nacht, 10.10., besucht: [redacted]

Am Fuhrpark der Dieter Hafemeister GmbH haben wir fünfzehn Brandsätze an LKW's und Förderbandanlage abgelegt. [redacted]

Der WAA-Bau darf sich für die beteiligten Firmen nicht mehr lohnen, muß unrentabel werden. Die Gewinn-Verlustrechnung der Bilanzen muß auf die richtige seite gedrückt werden - nähmlich die Seite des Verlustes.

Hoch die Anschläge - Tief die Bilanz [redacted]

Hände weg vom WAA-Projekt in Wackersdorf!

Autonome Zellen
Alois Sonnleitner
(ermordet am WAA-Baugelände)

Aktion zum 1.Widerstandstag gegen Atomkraft

In der Nacht zum 1.11.86 wurden in dem Gebiet Mainz/Wiesbaden 20 Bankscheiben geknackt bzw. eingeworfen. Geknackt deshalb, weil die Scheiben nicht nur traditionell eingeworfen wurden. Das geht so: Mensch führt einen Schraubenzieher zwischen Scheibe und Rahmen ein. Dadurch gelangt mensch unter den Scheibenrand. Nun hebelt mensch die Scheibe nach oben, wobei Spannung im Glas entsteht, die für die Scheibe unerträglich wird und sie platzt. Die Scheibe zeigt ein paar dicke Sprünge und der Lärm reduziert sich auf ein kurzes "Knack".

Wir sehen den Widerstandstag als einen Schritt in die richtige Richtung, weil bewußt keine Aktionsform ausgeschlossen wird. Deshalb stellen wir uns mit dieser koordinierten Aktion in dieses konzept. Wir, das sind Menschen, die mit den verschiedensten Schwerpunkten kämpfen, aber in dieser Nacht zusammengekommen sind. Wir sehen AKW's als ein Auswuchs des kapitalistischen Systems und kämpfen deshalb im Endeffekt alle gegen diesen Staat! Das Ziel Banken soll den Zusammenhang Kapital-AKW's-Staat deutlich machen. So ist z.B. die Deutsche Bank über Umwege (Allg.Verwaltungsgesellschaft für Industriebeteiligungen München; Metallgesellschaft AG Frankfurt) an dem illegal (scheißegal der Säzzer) arbeitenden Nukem-Werk in Hanau beteiligt. Durch AKW's haben sich die Herrschenden maximale Profite gesichert, dabei nehmen sie bewußt die Vernichtung von Mensch und Natur in Kauf. Durch die WAA ermöglichen sie sich den Bau der Atombombe, um ihre Herrschaft auch weltweit zu sichern. [redacted]

Sofortige Stillegung der Herrschenden Klasse! [redacted]

Wir grüßen alle kämpfenden Genossinnen und Genossen.

Freunde und Freundinnen der G[illegible]
eerinnung e.V.

Terror-Anschlag auf die Lufthansa in Köln

Sachschaden in Höhe von etwa 100 000 Mark entstand bei einem Sprengstoffanschlag in der Nacht zum Dienstag auf die Hauptverwaltung der Deutschen Lufthansa in Köln. Wenige Stunden nach der Explosion bekannten sich links-terroristische Revolutionäre Zellen in einem als Eilbrief aufgegebenen Schreiben zu der Tat. Sie bezeichneten den Anschlag als Protest gegen die Abschiebung von Asylbewerbern, an der die Fluggesellschaft verdiene, sowie gegen die Charterflüge nach Thailand und auf die Philippinen, wo die Touristen von den Angeboten an käuflichem Sex Gebrauch machten. Foto: dpa

CHLÄGE... HERZSCHLÄGE...

Wir waren am 5.8. im Humangenetischen Institut in Münster, um uns einige Akten anzueignen und möglichst viel durch Feuer zu zerstören.

Abschaffung aller humangenetischen Institute und Beratungsstellen!
Stop der Bio- und Gentechnologie!

Die Bio- und Gentechnologie ist eine entscheidende Schlüsseltechnologie im gegenwärtigen imperialistischen Umstrukturierungsprozeß. Ihre Anwendung in der Nahrungsmittelproduktion (Hungerpolitik), Kriegsforschung, für neue Produktionsverfahren und als soziales Kontroll- und Steuerungsmittel dient allein der Profit- und Herrschaftssicherung. Es geht den HERRschenden nicht um qualitative Verbesserung der Lebensbedingungen, sondern darum, sämtliche menschliche Lebensbereiche den Interessen der Verwertbarkeit, Kontrolle, Machtsicherung und technischer Machbarkeit zu unterwerfen.

Selbst die Katastrophe von Tschernobyl wird die Bio- und Gentechnologie nutzen, ihren Anteil an der Planung einer katastrophalen Normalität akzeptabel und profitabel zu machen: Die genetische Aussonderung der Menschen gemäß vergifteter Umwelt und miserabler Arbeitsbedingungen, für den quantitativen und qualitativen Bedarf dieses Systems. Studien zur Prüfung erhöhter genetischer Empfindlichkeit gegenüber Radioaktivität werden am Humangenetischen Institut in Münster seit einigen Jahren durchgeführt.

Dieses Institut ist ein Baustein in der für die BRD angestrebten flächendeckenden genetischen und sozialen Kontrolle über menschliches Leben und Reproduktion. Nach der Kosten-Nutzen-Analyse wird die Verminderung der Fortpflanzung von behinderten, nicht verwertbaren, nicht angepaßten Menschen und die Steigerung der Geburtenrate von wünschenswerten, leistungsfähigem, biologisch weniger anfälligen Menschenmaterial propagiert.

Die Nähe zur faschistischen Auslese-Ausmerze-Politik ist nicht weit hergeholt, sie personifiziert sich in Münster in dem führenden NS-Rassehygieniker v.Verschuer, der ab 51 Direktor des Instituts war. Als solcher hat er eine umfassende Erhebung (2 Mill.Pers) über krankhafte Erbmerkmale durchgeführt, Grundlage für ein Machwerk über den Nutzen frühkindlicher Euthanasie (58): 16000 Kinder kamen zur Vernichtung in Betracht. Diese Forschungen sind im Genetik-Register des Instituts festgehalten, werden weiterausgewertet und verarbeitet.

Verschuer's Nachfolger haben die traditionellen Ziele nicht aufgegeben, die faschistische Ideologie ist durch die wissenschaftlich untermauerte Sorge um "die drohende Verschlechterung des Erbgutes" (Tünte) und eine "Eugenik der Gesundheitspolitik" weiterentwikkelt worden.

Als Erforschung genetisch bedingter Krankheiten ausgewiesen, wird in den aktuellen Schwerpunkten des Instituts Grundlagenforschung betrieben, die die Voraussetzung schafft für eine umfassende genetische Selektionspolitik, die bisher in den Bereichen pränatale Diagnostik (vorgeburtliche Aussonderung/Vernichtung) und Arbeitnehmer/innen-Screening (Aussonderung bzgl. der Schadstoffbelastbarkeit am Arbeitsplatz) praktisch betrieben wird.

Geforscht und gearbeitet wird in Münster an der Lokalisierung von Genen auf Chromosomen (Genkartierung), an der möglichst weitreichenden Erfassung genetischer Merkmale, an der Entwicklung technischer Verfahren zur Erfassung und Manipulierbarkeit erblicher Defekte, an der Herstellung des Zusammenhangs zwischen genetischer Abweichung und Sozialstruktur und an der EDV-gerechten Verarbeitung des erhobenen Zahlenmaterials.

Überregional fließt das gesammelte Datenmaterial in verschiedene Zentralregister ein und wird weiterkoordiniert mit dem bereits bestehenden Gesundheitskontrollapparat.Es wird hiermit die Basis geschaffen für eine agressive Sozialpolitik, die entlang der Kosten-Nutzen-Analyse die Vernichtung sog. "unwerten" Lebens offensiv betreibt.

Die Beratungsstelle liefert sowohl Sozialdaten als auch Labormaterial. Weiteres Labormaterial wird über die Zusammenarbeit mit der Uni-Frauenklinik sichergestellt. Zudem ist die Beratung Mittel zur Durchsetzung der Normalität genetischer Nachwuchsplanung. Akzeptanzstudien werden gleich mitbetrieben.

Das Ganze wird verkauft als individuelle Lebens- und Gesundheitsfürsorge. Unter dem verinnerlichten Druck, Normen zu erfüllen - verbunden mit der Angst, die von oben bewußt geschürt wird, oder Hoffnung auf individuelles Lebensglück, liefern die ratsuchenden Frauen das Material für eine Forschung, die sich gegen die Frauen selbst richtet: Weitere Enteignung der Frauen von ihrem Körper, die gesamte menschliche Reproduktion soll ausschließlich unter dem Zugriff und der Kontrolle medizinischer Techniker stattfinden, damit die Frauen für Mann/Staat/Kapital gesunde und leistungsfähige Kinder produzieren. Anderssein, das den herrschenden Interessen widerspricht, wird zum genetischen Defekt. Die Verantwortung, diesen Defekt zu vermeiden, wird jeder einzelnen Frau zugeschoben.

Daß sich diese Politik vor allem gegen Ausländerinnen, Frauen der Unteren sozialen Klasse und Behinderte richtet, zeigt sich an den sozialhygienischen Zwangsmaßnahmen, denen sie durch Abtreibungs- und Sterilisations"empfehlungen" unterworfen sind und in der Zukunft durch die Verweigerung der Kostenübernahme im Falle einer Behinderung betroffen sein werden - wie schon heute in den USA.

Der Bevölkerungspolitik hier nach den Kriterien der Verwertbarkeit entspricht auf brutalste und mörderische Weise die Vernichtung breiter Teile der Bevölkerung in den drei Kontinenten.

Frauen müssen sich diese Gesamtzusammenhangs und ihrer Verantwortung bewußt sein, wenn sie die "Dienste" dieser Institute in Anspruch nehmen.

Mit der genetischen Klassifizierung der Menschen schaffen sich die HERRschenden ein Instrumentarium, die Menschen in ihren sozialen Zusammenhängen zu erfassen und zu kontrollieren, sie den Bedingungen von Ausbeutung und Verwertung zu unterwerfen und so die patriarchale Klassenherrschaft erneut zu festigen.

Wir bekämpfen diese Technologie nicht wegen ihrer Nichtberechenbarkeit oder unabsehbarer Folgen, wie oft argumentiert wird, sondern wir kämpfen gegen die beabsichtigte und tagtäglich praktizierte Normalität dieser Technologie, die die Vernichtung, Unterdrückung und Unterwerfung von Menschen sehr berechnend plant und durchzuführen hilft. Nicht die Katastrophe ist das, was uns bedroht, sondern daß es einfach so weitergeht.

Kampf dem Imperialistisch-Patriarchalen Normalzustand!

Rote Zora

Revolutionäre Zellen

„ICH BEDAUERE ES":

Kürzlich ließen die REVOLUTIONÄREN ZELLEN mal wieder ausführlicher von sich hören, es erschien ein 4-seitiges Faltblatt, indem nocheinmal die Erklärungen zu den Aktionen zur Flüchtlings- und Ausländerpolitik dokumentiert waren. Auf der letzen Seite des Faltblattes (Revolutionärer Zorn Extra) befinden sich u.a. Vorschläge an die sozialrevolutionäre und autonome Linke zum politischen Handeln auf verschiedenen Ebenen, die Flüchtlingsfrage soll dabei aus einer antiimperialistischen Perspektive aufgegriffen werden:

- Kampagnen gegen die Einschränkung der Aufenthaltsbedingungen und Lebensverhältnisse der Flüchtlinge (Fahrkarten drucken, Warengutscheine umtauschen oder herstellen, Lebensmittelgeschäfte plündern, Krankenversorgung sicherstellen)
- Netze zur Verteidigung von Flüchtlingen gegen rassistische Übergriffe aufbauen (Telefonketten,...)
- Aktionen gegen Zwangsprostitution und Frauenhandel
- Kampagnen gegen Zwangsarbeit und Niedriglohn
- Unterstützung illegaler Strukturen von Flüchtlingen (Unterbringung, Papiere)
- Aktionen gegen Razzien der Ausländerbullen (z.B. in öffentlichen Verkehrsmitteln) und gegen zwangsweise Umverteilung innerhalb der BRD
- Aktionen gegen Abschiebung von Flüchtlingen (z.B. auf Flughäfen)

Diese Vorschläge halten wir (Red.) für interessant und aufschlußreich und wollen sie deshalb dem interessierten Publikum nicht vorenthalten. Die erste Seite des Faltblattes dokumentieren wir nachstehend aus den gleichen Gründen vollständig:

In den vergangenen Wochen haben wir eine Reihe von Aktionen gegen Institutionen der Abschreckung und Kontrolle von Flüchtlingen gemacht, die wir hier zusammenhängend dokumentieren. Um es nocheinmal zu betonen: Wir begreifen diese Aktionen nicht als Reaktion auf den rassistischen Propagandafeldzug, den das Regime gegen die Flüchtlinge inszeniert und in dessen beabsichtigter Folge das Arsenal der Abschreckungsmaßnahmen um das bedrohliche Moment des Pogroms erweitert wurde. Wir teilen aber auch nicht jenes humanitäre, naiv-rechtsstaatliche Selbstverständnis, aus dem heraus vor allem kirchliche, gewerkschaftliche und politisch etablierte Gruppen die Verteidigung des Asylrechts beschwören. Der Staat, von dem die Gewalt gegen Flüchtlinge ausgeht, taugt nicht als Adressat für Apelle und Resolutionen. Darüberhinaus beinhaltet die Beharrlichkeit, mit der der Status des politischen Asyls hochgehalten wird, die Verlängerung jener Differenzierung und Selektion von Flüchtlingen, die der Sonderbehandlung zugrundeliegt und diese erst begründet. Aus welchen Gründen auch immer Menschen in die BRD kommen - sie können bleiben, weil sie hier sind.

Wir wollen zur Rückgewinnung eines konkreten Antiimperialismus in der BRD beitragen - in diesem Zusammenhang steht unsere Orientierung an der Flüchtlingsfrage. Denn Antiimperialismus bedeutet nicht allein Angriff auf militärisch-industrielle Apparate und ist mehr als Solidarität mit fernen Befreiungsbewegungen. Unsere Aufgabe ist es, eine antiimperialistische Politik auf die Klassenfront hier und auf die Rückwirkungen in diesem Land zu beziehen. Dabei ist die Flüchtlingsfrage in doppelter Hinsicht ein entscheidender Angelpunkt:

1. Die Migrationsbewegungen, von denen die hier ankommenden Flüchtlinge ja nur die Rauchschwaden eines Vulkans sind, sind Ausdruck und Folge der Zerstörungen, mit denen der Imperialismus die Herkunftsländer überzieht; ihre Anzahl wächst als Kehrseite des tatsächlich erreichten Grades an kapitalistischer Durchdringung. Aber die zwangsweise Vertreibung geht einher mit dem Willen und der Entschlossenheit der Flüchtlinge, aus den Verhältnissen auszubrechen und hier, in den Metropolen, ihren Anspruch auf Leben und Entschädigung zu stellen. Es geht darum, die Mobilität des Proletariats zurückzuerobern gegenüber einem Kapital, das sich über nationale Grenzen schon längst hinweggesetzt hat. Wenn die metropolitanen Regimes darauf zielen, ihre innere Stabilität durch Abschottung der Grenzen zu behaupten, so können wir dem nur den Kampf um offene Grenzen entgegensetzen.

2. Der BRD-Sozialstaat zeigt in der Behandlung der Flüchtlinge sein eigentliches Gesicht, und genau an diesem Punkt müssen wir ihn angreifen. Der Katalog von Sondermaßnahmen ist keine Entgleisung, die es zu korrigieren ur auf sozialpolitisches Normalma zurückzubringen gilt. Da es gegenüber Flüchtlingen keinerlei Rücksichtnahme auf einen gesellschaftlichen Status quo gibt, reduziert sich Sozialpolitik vielmehr auf das, was sie ihrem Wesen nach ist: ein Herrschaftskalkül, dem es allein um Arbeitsmarktregulation und soziale Kontrolle zu tun ist. Die rassistische Verklausulierung sichert dem Regime Unterstützung sogar bei denen, die selbst potentiell Angriffsziel dieser Politik sind. Ob und wie Maßnahmen wie Lager, Lebensmittelgutscheine oder Sondergerichtsbarkeit als Modell für spätere Schritte gegen arbeitslose Jugendliche oder ausgesteuerte Proleten dienen oder ob sie nur als Drohung stehen bleiben, hängt von der weiteren Entwicklung der sozialen Konfrontation ab.

Aber wir müssen nicht erst auf bedrohlichere Zeiten verweisen, ur Angriffe auf die repressivsten un extremsten Ausprägungen des Sozialstaats zu begründen - die sozialrassistische Praxis gegen die Flüchtlinge ist dafür Grund

genug. Noch wissen wir nicht, ob sich an der Flüchtlingsfrage antiimperialistische Politik mit Konfrontationslinien im entgarantierten Sektor verbinden wird, aber der Kampf um das faktische Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge ist auch dann richtig, wenn er vorerst von den weißen Schichten des hiesigen Proletariats weitgehend isoliert bleibt.

Natürlich geht es um offene Grenzen und freie Flüchtlingsstädte. Allerdings sind diese nicht vom Staat zu fordern - sie sind nur vorstellbar und nur durchzusetzen, indem wir den Flüchtlingen einen Raum verschaffen, der nicht mehr staatlich kontrolliert und reglementiert wird. Der Beitrag, den wir - oder Gruppen wie wir - in einem solchen Projekt leisten können, besteht im Angriff auf die polizeiliche und sozialbehördliche Kontrolle, der aus öffentlichen Kampagnen allein nicht getragen werden kann. Aber dieser Angriff wird erst sinnvoll, wenn daneben Netze für die konkrete Unterstützung der Flüchtlinge aufgebaut werden, wenn eine subversive Praxis die Verhältnisse faktisch verändert.

In Hamburg wollten wir die Ausländerabteilung der Bullen lahmlegen, die Razzien und Ermittlungen gegen Illegale durchführt und die Abschiebungen vorbereitet - deswegen sind wir dort eingebrochen und haben Feuer gelegt. Es ging uns darum, möglichst viele Akten zu vernichten, die Bullen eine Zeitlang mit Aufräumarbeit statt mit Menschenjagd zu beschäftigen und so den Flüchtlingen wenigstens eine Weile Luft zu verschaffen. Die Beharrlichkeit, mit der betont wurde, alle Akten seien doppelt vorhanden, betrachten wir eher als Indiz fürs Gegenteil.

In Köln haben wir das Rechenzentrum des Ausländerzentralregisters angegriffen, in dem die Daten sämtlicher in der BRD erfaßter Ausländer bearbeitet werden. Weil an den Computern selbst rund um die Uhr gearbeitet wird und wir kein Menschenleben gefährden wollten, haben wir im Luftschacht der Klimaanlage einen Sprengsatz angebracht, der die Klimaanlage, die Stromversorgung des Rechenzentrums und auch das Notstromaggregat zerstört hat. Da Großrechner auf Spannungs- und Temperaturschwankungen sehr empfindlich reagieren und da Chips und Schreib/Leseköpfe gegen metallische Stäube allergisch sind, ist davon auszugehen, daß einiges an Hardware und jede Menge Informationen zu Bruch gegangen sind. Und auch Wochen nach dem Anschlag auf das AZR geht dort nichts mehr. Wo früher rund um die Uhr emsig Daten gesammelt, verknüpft und gespeichtert wurden, ist es heute stockfinster: Eine tote Festung. Die vom BKA lancierte und von den Medien verbreitete Behauptung, das Rechenzentrum sei ausschließlich in seiner baulichen Substanz getroffen, erweist sich als propagandistische Zwecklüge.

In Lüneburg galt unser Anschlag einer Institution der Justiz, die sich dabei hervorgetan hat, die Flüchtlingsschikanierung durch administrativen Maßnahmen der ihre Urteile ideologisch zu untermauern. Die Zerstörung der Verhandlungssäle, die leider nicht geklappt hat, hätte der Brandmarkung eines Gerichts gedient, das sich nicht scheut, Menschen gnadenlos der Folter auszuliefern.

In Berlin gehört dem DRK endlich das Handwerk gelegt, das dem Senat das schmutzige Geschäft der Lagerhaltung von Flüchtlingen abnimmt und hinter dessen Renomee als internationaler Hilfsorganisation sich eindeutige Parteinahme für die imperialistische Flüchtlingspolitik verbirgt - nicht nur in Berlin. Dieser Rolle wäre es angemessen gewesen, die Berliner Zentrale zu zerstören. Wir haben darauf verzichtet, weil wir auch dort Menschen getroffen hätten, die wir nicht treffen wollten. Stattdessen haben wir uns die Autos zweier leitender DRK-Funktionäre vorgenommen.

In Hagen und Hamm richteten sich unsere Anschläge gegen die Ausländerbehörden dieser Städte. Sie sind Orte alltäglicher Schikanen, denen wir gezielte Aktionen und alltäglichen Widerstand entgegensetzen müssen.

Dokumentation!!!

Der berliner Ausländerpolizeichef Hollenberg ist ein Menschenjäger und Schreibtischtäter. Sein Jagdrevier Westberlin ist der Brennspiegel bundesdeutscher Ausländerpolitik, das heikle und heiße Pflaster, auf dem sich die jeweiligen Projektierungen exemplarisch verdichten und hochgekocht werden. Mögen die angegriffenen Ausländerpopulationen auch wechseln, die taktische Aufbereitung bleibt sich doch immer gleich. Über eine Abfolge von staatlich gesteuerter Stigmatisierung einzelner Segmente, zunehmend jedoch der ausländischen Bevölkerung in ihrer Gesamtheit, über eine genau kalkulierte, völkische Mobilisierung wird das Terrain geebnet für blutige Pogrome und radikale Repressionen. Nach diesem Muster verliefen die Angriffslinien gegen die türkischen Arbeitsemigrantinnen und -emigranten ab Mitte der 70er Jahre mit dem Ziel sie generell aus den arbeits- und sozialrechtlichen Sicherungen herauszubrechen, um über eine flexible, vollkommen rechtlose Verschiebmasse auf den Arbeitsmarkt zu verfügen. Nach diesem Muster verliefen auch die verschiedenen Angriffswellen gegen die Flüchtlingskontingente. Neben den bilateralen, schmutzigen Deals mit der NATO-Türkei und dem Libanon, zeichnet sich über das jüngste DDR-Abkommen die Mitarbeit des Ostblocks an den kapitalistischen Eindämmungsstrategien gegenüber den internationalen Flüchtlings- und Wanderarbeiterbewegungen ab. Mag dabei auch politisches Kalkül und ökonomischer Zugzwang eine Rolle spielen, de facto konstituiert sich damit ein Bündnis von Imperialismus und Staatssozialismus gegen die Armutsbevölkerung der 3 Kontinente.

DOKUMENTATION

WARUM WIR DEM CHEF DER AUSLÄNDERPOLIZEI VON WESTBERLIN HARALD HOLLENBERG IN DIE KNIEE GESCHOSSEN HABEN

RZ

Der Chef der berliner Ausländerpolizei und Lummerprotegé Hollenberg steht in diesem"Abwehrkampf" an vorderster Front, in Geist und Tradition der "kämpfenden Verwaltung", wie sie NS-Heydrich definiert und formiert hat. Dabei ist weniger ausschlaggebend, ein scharfer Hund zu sein, vielmehr kommt es darauf an ein untrügliches Gespür für die Absichten und Planungen der Macht zu haben, um effektiv und flexibel an den Gesamtkonzeptionen mitzuarbeiten. Daß Hollenberg über dieses unersetzliche, symbiotische Verhältnis zur Macht verfügt, beweist seine rasche Wiedereinsetzung als Ausländerpolizeichef - im übrigen ein beispielloser Vorgang - nachdem er zuvor wegen seiner Verwicklungen in die Schmitz-Korruptionsaffäre verabschiedet werden mußte. Seither übt er sein Amt diskreter, dafür umso effizienter aus.

Hollenberg ist zuständig für den täglichen Terror, für die über hunderttausend Kontrollen, für zehntausend von Festnahmen, für tausend von Razzien im Jahr auf "ausländerrelevante Orte". Er befehligt die zahllosen Überfälle und Durchsuchungen von Ausländerwohnheimen und -wohnungen auf der Suche nach "Asylern, Abschiebern, Illegalen, Schwarzarbeitern und Scheinehen".
Und er ist mitverantwortlich für den grauenvollen Verbrennungstod von sechs Männern in der Abschiebehaft Augustastraße, denn er sorgt dafür, daß diese Käfige ständig überfüllt sind. Die provozierte Enge, der Dreck, der Gestank und die Aggressionen sind kalkuliert, um einen Rassismus zu schüren, der keine Hemmschwellen mehr kennt, Menschen "aus Pflichtbewußtsein" verbrennen zu lassen.

Das taktische Zusammenspiel zwischen den rigorosen Projekten der Macht und dem exekutierenden Verwaltungsapparat hat in diesem Sommer einen erschreckenden Höhepunkt erreicht. In diesen Manövern hat sich auch der Chef der berliner Ausländerpolizei blutige Meriten erworben.

Um die Flüchtlingszahlen demagogisch hochzutreiben, ließ er durch seine "Greiftrupps zur gezielten Ausländerfahndung" die Frontstadt praktisch dichtmachen und ausnahmslos alle nichtweißen Frauen, Männer und Kinder, selbst Durchreisende und Besucher, einfangen und zwangsasylieren. Zeltstädte und Containerlager wurden in Szene gesetzt - Potemkinsche Dörfer - allein für den Augenblick und Zweck geschaffen, ein mörderisches völkisches Klima hochzuputschen und sich eine breite Akzeptanz zu sichern für die eigentlichen imperialen Lösungsstrategien. Diese zielen, jenseits allen wahltaktisch inszenierten Gerangels "Grundgesetzänderung versus DDR-Deal", auf eine völlige Umkehrung der jetzigen Situation. Über ein ganzes Paket aufeinander abgestimmter, drakonischer Repressionen soll ein grundsätzlich neues, griffiges Instrumentarium geschmiedet werden, um die internationalen Flüchtlings- und Wanderbewegungen im Vorfeld abzublocken und einschneidend zu dezimieren. Die solchermaßen Vorsortierten sollen dann einer neuerlichen Selektion nach Alter, Geschlecht, politischer Gesinnung und beruflicher Qualifikation unterworfen werden, um unter arbeitsmarktstrategischen Kriterien als entgarantierte Ausbeutungs- und Verschiebemasse je nach Bedarf eingesogen oder ausgestoßen zu werden. Das ist der reale, harte Kern der staatlich inszenierten Asylrechtsdiskussion. Insoweit ist dies kein spezifisch bundesrepublikanisches Thema, sondern wird im gesamten kapitalistischen Westen verhandelt. Für die innerdeutsche Aufbereitung dieser Verwertungs- oder Vernichtungsstrategien ist allerdings der immense Druck, der in Berlin produziert wurde, von exemplarischer Bedeutung und exakt auskalkuliert. Über dieses Spannungsfeld definiert sich auch die spezielle Funktion des berliner Ausländerpolizeichefs.

Eine ganze Reihe politischer Weichen in diesem unerklärten Krieg gegen die Armutsmassen der 3 Kontinente sind hier gestellt worden. Der erste, mit Ostberlin ausgehandelte, konzentrierte Angriff galt den Tamilen.
Dann dechiffrierte sich der "La-Belle"-Anschlag zum einen als bestellter Vorwand der US-Administration für die mörderische Bombardierung libyscher Städte. Zum andern als die von den Alliierten legitimierte Gelegenheit zur Grenzabrieglung und systematischen Durchkämmung Westberlins durch Hollenbergs Sondereinheiten. Vergleichbar national wie international angelegt war die "Operation Libanon". Die Suche nach vier Libanesen mit Sprengstoffkoffern erwies sich schnell als durchsichtige Konstruktion für die brutale und beispiellose Großrazzia mit 2 Schützenpanzern, 30 Wannen und 12 000 Polizisten, die sämtliche berliner Zwangslager und Ausländerheime aufrollten. Zweifellos ein wichtiges Datum in der Hollenberg'schen Karriere. Für die internationale Auswertung dieser Operation sorgte Innensenator Kewenig mit seinem Libanon-Trip, um den letzten garantierten Schutz, das Verbot der Auslieferung in Kriegs- und Krisengebiete, zu schleifen. In nahtloser Übereinstimmung mit dem Vorgehen der Regierungen in Paris, London und Rom.

Die Strategie ist gesamtimperialistisch, die Aufbereitung national; Westberlin kommt dabei die Funktion eines taktischen Zentrums zu, und der Chef der berliner Ausländerpolizei Hollenberg exekutiert diese Repressions- und Selektionsstrategien direkt an den Flüchtlingen und Arbeitsemigranten.

REVOLUTIONÄRE ZELLEN

Alter Bock im neuen Rock oder:

DIE JUSTIZ ALS INSTRUMENT DER PRÄVENTIVEN KONTERREVOLUTION

NEUE STRAFRECHTSÄNDERUNGEN GEGEN ANSÄTZE DER POLITISCHEN SELBSTBESTIMMUNG

Im Rückenwind der Debatte um den Eingang der Kronzeugenregelung in das Strafrecht bleibt es um die Erweiterung des § 129a StGB um die Tatbestände "gefährliche Eingriffe in den Straßen-, Schienen- und Luftverkehr" sowie "Störung öffentlicher Betriebe" verdächtig still.Ebenso aus der öffentlichen Diskussion ausgesperrt bleibt die baldige Wiedereinführung des im Februar 81 mit dem 19.Strafrechtsänderungsgesetz abgeschafften § 130a StGB.

"Skandal" schreien die Einen zur Kronzeugenregelung: Mörder sollen straffrei ausgehen, sogar noch belohnt werden, mit finanzieller Hilfe für eine neue Identität. Hier soll mit zweierlei Maß gemessen werden. Um rechtsstaatliche Prinzipien fürchten die Anderen, die sich als Wächter des Rechtsstaats aufspielen und diesen dabei mit zu Grabe tragen. Dabei ist längst schon umgesetzt, was die staatstreuen Untertanen empört; nur in ganz anderer Weise und Kontinuität als öffentlich verlautbart wird.

Die Verfestigung von Herrschaft, unter anderen auf der Ebene der Justiz durch das politische Strafrecht, zeigt Kontinuität von der wilhelminischen über die NS Ära bis zur jüngsten BRD-Geschichte.

Nach der Niederlage des Faschismus, des Deutschen Reiches, war die Restauration des Kapitalismus oberstes Gebot der Stunde. Ein für die Klassenherrschaft funktionaler Rechtsstaat mußte her. Die in einer auf Ausbeutung und Entfremdung beruhenden Gesellschaft immer gegenwärtige Rebellion sollte durch Wohlstandsstrategien als eine wesentliche Maßnahme zur Sicherung des sozialen Friedens verhindert werden. Für den Fall, daß diese in Krisenzeiten die Anbindung der in politischer Apathie gehaltenen Bevölkerung an das System nicht garantieren könnte, mußte die Demokratie wehrhaft sein. Das Konzept der "Wehrhaften Demokratie" hat nachweislich den gleichen staatstheoretischen Kern, wie der Faschismus: Die Behauptung grundlegender Werte, die natürlich stets von den jeweils Herrschenden definiert werden. Wer diese Werte nicht teilt, ist ein "Volksschädling" und muß kaltgestellt werden. Von der ersten Fassung des Grundgesetzes bis heute hat nach Artikel 18 derjenige die Grundrechte verwirkt, der diese zum Kampfe gegen die FDGO mißbraucht. Grundlage für ein nahezu perfektes juristisches Instrumentarium zur Niederhaltung bzw. Vernichtung des politischen Gegners, heutiger Höhepunkt - solange bis anderes Unvorstellbares Realität wird - ist die Revanche des Staates gegen politische Gefangene aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand, deren Vernichtung durch Isolationsfolter.

Für die Aufrechterhaltung der Profitwirtschaft und ihrer Expansion ist Ruhe an der Heimatfront oberstes Gebot. Zu deren Realisierung war eine Remilitarisierung nach innen und außen unvermeidlich. 1955 wurde die BRD in die NATO aufgenommen, 1956 die KPD verboten. Die "innere Verteidigung der BRD", die Sicherung des sozialen Friedens waren Teil gemeinsamer Abwehraufgaben für Militär und Zivilisten im Rahmen der Landesverteidigung der NATO-Mächte; die Bundeswehr Eingreifreserve für den Fall innerer Unruhen. Die Niederschlagung der inneren Subversion, Aufgabe an der "Fünften Front" (innere Front) der NATO, beschäftigt nicht nur westdeutsche Regierungsvertreter und hohe Justizbeamte, sondern auch Planer und Strategen höchster NATO-Gremien. Präventive Aufstandsbekämpfung soll der Unfähigkeit, drängende soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen, entgegentreten. Das sich daraus ergebende Potential an innerer Instabilität (z.B. Streiks von Massenbewegungen verknüpft mit Sabotage und Aktionen der Guerilla in Planspielen und NATO-Manövern, in denen Militär und Polizei zur Bekämpfung des inneren und äußeren Feindes zusammenarbeiten) wird im äußersten, jedoch als realistisch eingeschätzten, Fall militärisch bekämpft. Die in den 60-er Jahren verabschiedeten Notstandsgesetze sind Ausdruck dieser Strategie. Doch soweit will es der Herrschaftsapparat nicht unbedingt kommen lassen, hat es doch so viel Mühe gekostet, den/die Bürger/in apolitisch zu halten, ihn/sie gar nicht auf die Idee zu einer politischen, also handelnden, Selbstbetätigung kommen zu lassen. Nun gibt es immer noch eine Minderheit, die sich nicht mit einem unfreien Leben abfinden will und dies auch in Wort und Tat verdeutlicht. Die Beseitigung dieser unerwünschten Personen, deren Funken einen Steppenbrand auslösen könnten (**werden** !), muß propagandistisch verkleidet werden.

Dazu wird sich der Justiz als Instrument bedient. Politisch motivierte Handlungen im Kampf gegen das imperialistische System werden kriminalisiert. Nach außen hin wird proklamiert, daß es sich bei Terroristen um gefährliche Gewaltkriminelle handelt, die eben ein besonderes Sicherheitskonzept verlangen. Siehe auch § 129a StGB, dessen Straftatbestand als Zweck ausschließlich unpolitische Straftaten, wie Mord, Geiselnahme, Brandstiftung benennt, obwohl er für die innere Feindbekämpfung konzipiert wurde, er in der Praxis eine staatsfeindliche Gesinnung, deren Äußerungen und Handlungen bekämpft.: so wie die im Zuge der Terrorismusbekämpfung ab 1974 eingeführten Sondergesetze und Ausnahmerechte wie z.B. die Anordnung der Untersuchungshaft ohne Haftgrund auch beim Verdacht einer Straftat nach § 129a StGB, Möglichkeit des Verteidigerausschlußes, Verbot der gemeinschaftlichen Vertretung mehrerer Beschuldigter durch einen Verteidiger (§ 146 StPO), Isolation durch Kontaktsperregesetz, Erweiterung der polizeilichen und staatsanwaltlichen Befugnisse bei Durchsuchungen und Beschlagnahmungen, Konzentration der Verfahren bei der BAW.

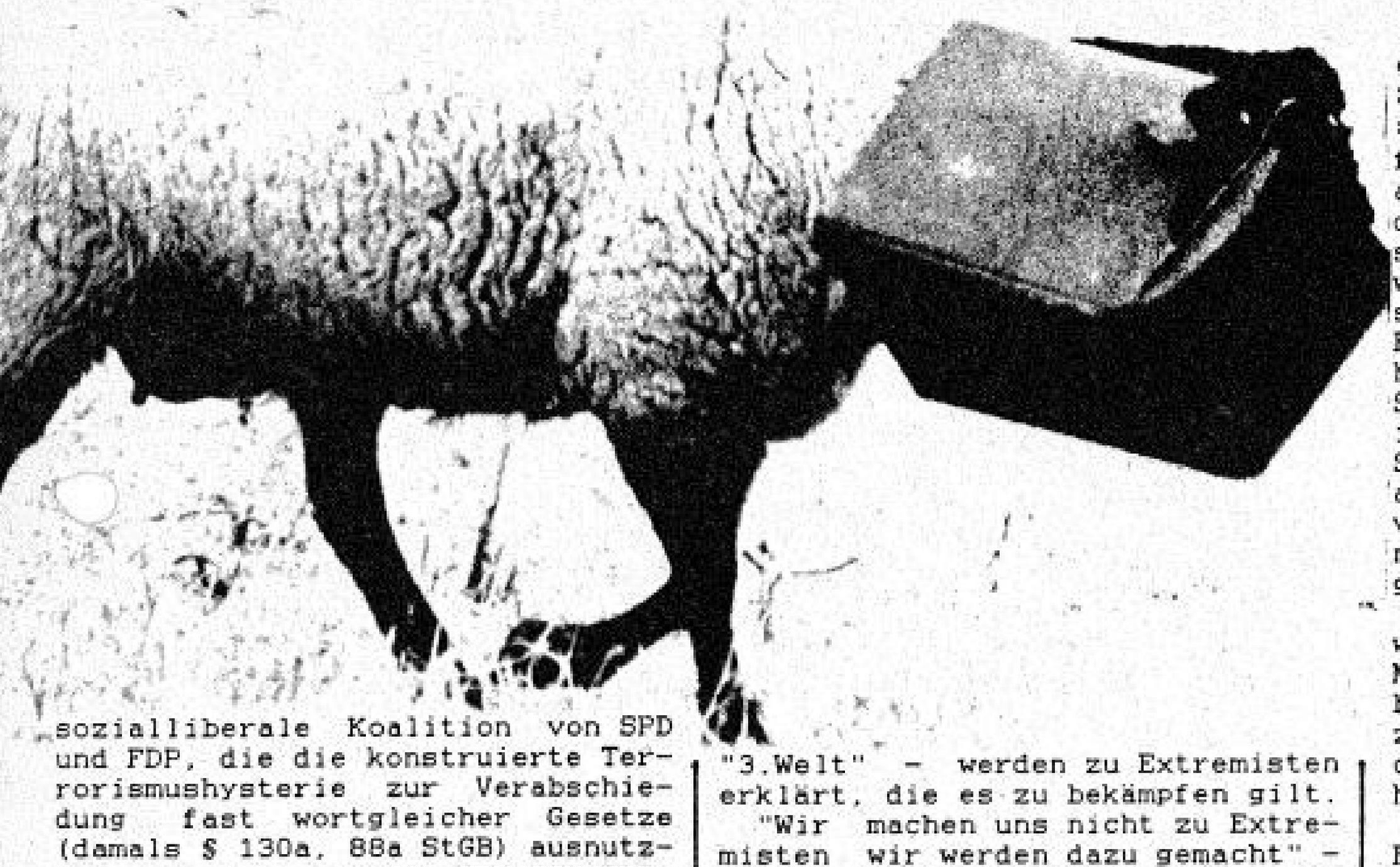
Grund- und Verfahrensrechte, ursprünglich durch formelle Gerechtigkeit des Strafverfahrens als Schutznormen die Bürger gegen den sowieso übermächtigen Staat schützen sollten, wurden instrumentalisiert und in Staatsschutznormen umgekehrt. Neue Gesetze, wie auch die jüngst verabschiedeten des "Sicherheitspaketes", sind oft nur programmatische Veränderungen, Fortentwicklung dessen, was politisch schon vollzogen worden ist, um die Legalität exekutiven Handelns zu erhalten. Das einseitige des zweierlei Maßes besteht nun darin, mit Hilfe des Gesinnungsstrafrechts jegliche (Fundamental-)Opposition auszuschalten und systemkonformes Verhalten zu erzwingen. Ermittlungsparagraph §129a befreit den Ankläger von Beweisnot, die tatsächliche Begehung eines Delikts ist nicht mehr nötig (Sonst Strafvoraussetzung), da "eine Strafbarkeit bereits wie im Vorfeld konkreter strafbarer Handlung" begründet werden kann (BGH-Urteil vom 11.10.78). Der materielle Strafgrund besteht, wie offen zugegeben wird, "in dem der Staatsautorität abträglichen Gesamtverhalten der Beteiligten". Die Unterstützung

einer "terroristischen Vereinigung" kann eben schon aus der "Identifikation mit den tatbestandsmäßigen Zielen dieser Vereinigung" bewiesen werden (Anklageschrift im Stammheimprozeß gegen Helga Roos).

Dabei dient § 129a nicht der Aburteilung, sondern vielmehr der Ausleuchtung und damit Einschüchterung der Szene. Gibt es die "Terroristische Vereinigung" nicht, die als Begründung für die Anklage nach § 129a notwendig ist, wird sie eben kurzerhand konstruiert. So geschehen in Hannover Juni 1985, wo die BAW nach einer sogenannten "Terroristischen Vereinigung Wirtschaftswunderkinder" fahndet. Anlaß war die Explosion einer Bombe an der Messe AG in der Nacht zum 2.Juni, bei der Jürgen Pemöller ums Leben kam. Isabel wurde als Mittäterin verhaftet, ebenso ein Mitbewohner Jürgens und Dutzende von Zeugen wurden vorgeladen, Wohnungen durchsucht.

Die Ausdehnung der Strafvorschriften wie eingangs erwähnt, verbreitert die Angriffs- und Wirkungsfläche des Staates vor allem auf die nicht reformistische Lin-

Die Ausweitung des § 129a und die Wiedereinführung von § 130a StGB stehen in der Kontinuität einer sich verschärfenden Repression gegen linke soziale Bewegungen. War es vor zehn Jahren die



sozialliberale Koalition von SPD und FDP, die die konstruierte Terrorismushysterie zur Verabschiedung fast wortgleicher Gesetze (damals § 130a, 88a StGB) ausnutzte, so sieht nun die CDU/CSU/FDP-Koalition ihre Chance gekommen, radikalen, nicht systemintegrierbaren Widerstand per weitreichender Gesetze effektiver zu bekämpfen.

"Wie mensch an der Realität der Strafverfolgung in der BRD sehen kann, ist die Durchsetzbarkeit z.B. der Kriminalisierung letzendlich eine Frage der politischen Kräfteverhältnisse. Je stärker eine Bewegung ist, desto problematischer ist für die Herrschenden die massenhafte Kriminalisierung ihrer Teilnehmer. Ihre Taktik ist daher darauf gerichtet, an bestimmten Fronten, wo die Massenbewegung relativ schwach und gespalten ist, unumstößliche Tatsachen zu schaffen.

Einer der wichtigsten Punkte, an dem solche Tatsachen geschaffen sind, ist die Isolationshaft gegen politische Gefangene. Schon heute werden zunehmend - nachdem die Isolation erst einmal bei Gefangenen aus der RAf insbesondere durchgesetzt werden konnte - nicht nur Gefangene, die ein Verfahren wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung", § 129a StGB, haben der Isolationshaft unterworfen, sondern auch z.B. die Gefangenen aus der Krefelder Anti-Bush-Demonstration. Schon heute werden zunehmend auch renitente soziale Gefangene in den Hochsicherheitrakten untergebracht. Und die Hochsicherheitsplätze in BRD-Knästen sind mittlerweile von solcher Zahl, daß sie auf ganz andere politische Gefangenen-Dimensionen konzipiert sind, als auf die relativ geringe Zahl von Gefangenen aus RAF, RZ usw..."(Michael Schubert)

Während die "Kronzeugenregelung" die Medien und das Interesse der Öffentlichkeit in ihren Bann zieht, werden Gesetze gebastelt, die zum einen bisher legalen Widerstand kriminalisieren und für illegal erklären, zum anderen militante "Vergehen" nun als "terroristische Verbrechen" ahnden, was eine einschneidende qualitative Veränderung darstellt.

Große Teile der Bewegungen - ob Anti-AKW, Ökologie, Frieden oder "3.Welt" - werden zu Extremisten erklärt, die es zu bekämpfen gilt.

"Wir machen uns nicht zu Extremisten wir werden dazu gemacht" - dieser Spruch trifft 1986 mehr denn je zu. Das solidarische Verhalten zwischen kritischen Bürgern, Initiativen und militanten Widerstand a la Startbahn West hat durch die Kämpfe am Baugelände der WAA Wackersdorf eine neue Dimension erhalten. Hier konnte der breite Widerstand, der sich über verschiedenste Aktionsformen spannte, nicht in "Gute" und "Böse" gespalten werden. Die Ausweitung des § 129a soll nun die Spaltung zwischen systemimmanenten und systemfeindlichen Widerstand perfekt machen. "Das Artikelgesetz umfaßt auch die Erweiterung der Straftatbestände des § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) auf Anschläge gegen Versorgungs- und Verkehrseinrichtungen"(FR 23.10.86).

Wer nach Verabschiedung des Gesetzes beim Fällen eines Strommastes oder bei Anschlägen auf Munitionstransporte erwischt wird, kommt in den Genuß des Gesinnungsparagraphen 129a. Er steht somit juristisch auf einer Stufe mit z.B. den politischen Gefangenen aus der RAF und wird mit den gleichen juristischen Instrumentarium bekämpft (U-Haft, Hochsicherheitstrakt, Kontaktsperre etc.). Ziel ist es, weitgehend akzeptierte Widerstandsformen als "terroristisch" zu brandmarken ("Anti-Terror-Gesetze") und somit der Solidarität breiter Bevölkerungsschichten zu entziehen. Mit dem erweiterten § 129a werden die Früchte der aufgebauten Terrorismusangst geerntet. Und wer trotzdem nicht hören will, muß eben fühlen, wie die politische Justiz der BRD mit ihren Feinden umgeht.

Schließlich greift diese Justiz auf verschiedenen Ebenen der Kriminalisierung. Wurde der § 129a einst zur Bekämpfung von RAF und Bewegung 2.Juni installiert, um in der Praxis vor allem gegen das sogenannte Sympathiesantenumfeld eingesetzt zu werden, so greift er nun schon bei Sabotageakten wie Mastensägen.

Und dann gibt es ja noch § 111 (öffentliche Aufforderung zu Straftaten), 125 und 125a (Landfriedensbruch; schwerer Landfriedensbruch), 126 (Störung des öffentlichen Friedens durch Androhen von Straftaten), die "minderschwere" politische Delikte ahnden.

Die Verbindung zur sozialliberalen End-Ära mit menschenverachtender Terroristen-Hetze und den in Stammheim Erselbstmordeten manifestiert sich auch an der Wiedereinführung des § 130a StGB. "Die 1976 auf den Höhepunkt der ersten bundesdeutschen Terrorwelle verabschiedeten - und zwischenzeitlich wieder abgeschafften - Straftatbestände der "verfassungsfeindlichen Befürwortung von Straftaten" (früher § 88a) und der "Anleitung zu Straftaten" (früher 130a) sollen in einer Neufassung des § 130a StGB wieder aufleben und konkret auf die mutwillige Zerstörung etwa von Strommasten, Eisenbahnschienen, Pipelines und so weiter ausgedehnt werden" (FR 23.10.86).

"Die Gedanken sind frei" und werden wohl auch in den nächsten Monaten noch nicht kriminalisierbar sein. Doch wenn der Gedanke zum Wort wird, oder gar schriftlichen Niederschlag findet, so drohen demnächst hohe Strafen.

Die Meinungsfreiheit wird zur Freiheit, Meinungen zu denken. Jede Äußerung wird zur Gefahr. Und das dürfte auch die eigentliche Funktion dieses Paragraphen sein: Einschüchterung, die Schere im Kopf noch schärfer machend.

Jede Solidarität mit militantem Widerstand und radikalen Ideen wird unter Strafe gestellt, das betrifft z.B. Leute, die Flugblätter oder Zeitungen machen oder herausgeben, diejenigen, die sie drucken, setzen, vervielfältigen, jene, die sie verkaufen, verteilen, für sie werben. Und damit ist der Kreis geschlossen, der alle von der RAF bis Flugblattverteiler zum Terroristen stempelt und zu eliminieren versucht.

Großen Teilen der Bewegung droht nun die Kriminalisierung als Extremisten bzw. Terroristen. Mili-

tanter Widerstand, Materialblockaden, Sabotageakte werden noch riskanter, als sie es ohnehin schon sind. Wer weiterhin Widerstand leisten will,muß damit rechnen, mit ungeahnten Mitteln bekämpft zu werden. Und wer damit symphatisiert und seine Meinung nicht verschweigen will, braucht die Kraft, seine Meinung auch gegen die Gesinnungsjustiz zu äußern.

Legalität, sprich Staatskonformität). Gewaltfreie Gruppen (GAs) mit radikalen Inhalten werden ebenso kriminalisiert, wie militante Aktionen. In Zukunft wird auch jede GA, die Sabotage durchaus ins konzept der direkten Aktion integriert hat, eine terroristische Vereinigung sein. Dabei darf nicht übersehen werden, daß gerade im Namen der Gewaltfreiheit die Spaltung aus der Bewegung heraus betrieben wird. So wird - bewußt oder unbewußt - Hand in Hand mit dem Staatsapparat gearbeitet. Die Distanzierungen - vor allem von Teilen der grünen Partei - von militanten Widerstandsformen haben die Linke in die derzeitige Defensive getrieben. Wo ist der geballte Aufschrei einer solidarischen Linken gegen die neuen Gesetze der Gesinnungsjustiz? Nur ein geschlossenes, solidarisches Umgehen miteinander könnte einen starken Widerstand gegen die Gesetzesverschärfungen organisieren. Doch dieser Widerstand ist nicht in Sicht. Gerade die Grünen spalten aus der Bewegung heraus, diffamieren militanten Widerstand ("Offener Brief") und isolieren ihn, so

So sehen wir uns z.Zt. einer doppelten Spaltung ausgesetzt: Die eine von außen, durch bestehende und neue Gesetze, die andere von innen, durch Ausgrenzung und Diffamierung ("Stahlkugelfraktion").

Die Grünen haben mit der Etablierung als "dritte parlamentarische Kraft" ihre ansatzweise systemfeindlichen Positionen abgestreift und den gewaltfreien Reformismus zum Maßstab politischer Qualitäten erkoren. Das sie damit sytemintegrativ wirken versteht sich von selbst. Wie wenig realitätstüchtig solche gesinnungsethischen Girlanden sind, zeigt sich beim Umgang mit dem Gewaltmonopol des Staates. Die Grünen formulieren dessen Bejahung allein als Verzicht auf Gewalt "von unten". Wie sie als potentielle Regierungspartner dagegen die praktische Ausübung desselben mit dem programmatischen Postulat der Gewaltfreiheit in Einklang zu bringen gedenken, ist bis heute ihr Geheimnis." (V.Haupt,aaO.)

Prozesse, Knast, Denunziation werden damit zur alltäglichen Angst im Kampf gegen Staat und System.

Und wer es sich nicht leisten kann, für seine politische Überzeugung in den Knast zu gehen, muß in zukunft bei Aktionen zu Hause bleiben und läuft mit einem unsichtbaren Maulkorb herum.

Die Häuserräumungen in Hamburg, die Durchsuchungen in Düsseldorf haben gezeigt, wie schnell Menschen zum Terroristenumfeld erklärt und als Freiwild bekämpft werden.

Widerstand, egal ob verbal oder als Aktion, wird weiter verboten. Nur noch "gewaltfreier" Protest mit reformistischen Inhalten bleibt - vorerst - erlaubt.

Wir bedienen uns hier einfachhalber des weiteren dem staatlich definierten Gewaltbegriff (sprich daß er problemlos kriminalisiert werden kann. "Die Überlegungen zum Zweck/Mittel Verhältnis führen zur höchst unrealistischen Annahme, daß Gewalt nichts bringt bzw. nur den Herrschenden nutzt. Zugleich versichert man sich per Akklamation seiner moralischen Integrität - um sie anderen abzusprechen. Unterschiedslos wird den miltanten Gruppen eine Legitimität ihres Handelns bestritten." (V.Haupt, Neue Militanz und alte Moral, TAZ 10.10.86)

Wie die grüne Partei ihren Beitrag zur Schwächung radikaler linker Politik z.T. in Absprache mit dem Staatsapparat leistet, zeigen verschiedene Geschehnisse der letzten Monate. Neue Gesetze, neue Polizeistrategien, die Grünen:

So waren z.B. in Kiel vor der Anti-Brokdorf-Demo die Grünen bei mehreren Absprachen mit der Polizei dabei, in denen u.a. abgemacht wurde, daß nur dann von Seiten der Polizei gefilmt werden dürfe, wenn potentiell Gewalttaten bevorständen oder durchgeführt würden. Die Demoleitung wolle dafür sorgen, daß die Demo einen friedlichen Verlauf nehmen würde. Dies sollte geschehen durch Isolieren der "Gewalttäter". Alles war in der Lokalpresse, mit schmunzelnden Kommentaren versehen, nachzulesen. So regte sich auf Seiten der Demoveranstalter auch kein Protest, als die Polizei kurzerhand die angemeldete Route sperrte und den Demozug über Nebenstraßen "umleitete". Auch bei Verhaftungen zeigte sich kaum Protest.

Dies zeigt exemplarisch die Zusammenarbeit bei Polizei- und Grünenstrategie. Der Polizei ist daran gelegen, gewaltfreien Protest unbehelligt zu lassen, um ohne Proteste der Gewaltfreien umso schärfer gegen Militante vorzugehen. in beiderseitigen Machtinteressen arbeiten Parteien (Grüne, SPD) und Polizei/Staat zusammen, um militanten, entschlossenen Widerstand zu kriminalisieren und auszumerzen.

Jeder und jede sollte die eigene Form des Protestes und Widerstandes praktizieren können, ohne sich einer Entsolidarisierung, gar einer Verfolgung durch Gruppen ausgesetzt zu sehen, die nach eigenem Bekunden zur Bewegung dazugehören.

Der gemeinsame Kampf sollte trotz verschiedener Aktionsformen genug Solidarität aufbringen. Gruppen wie die Grünen, SPD, Jusos etc. die sich an der Entsolidarisierung bzw. Verfolgung beteiligen, haben in den anti-reformistischen Bewegungen nichts zu suchen. Ihr Kampf ist der Kampf um die Macht im Sinne der jeweiligen Parteiinteressen.

Sollen sie sich doch in den Parlamenten den Arsch plattsitzen!
Die Straße gehört uns!

Das heißt für uns, daß die verschiedenen Bewegungen im Kampf gegen die Repression an Stärke zurückgewinnen müssen. Die Ein-Punkt-Bewegungen (Anti-AKW, Ökologie, Frieden etc.) müssen aus ihrer thematischen Beschränkung herauskommen und sich mit den gesamtgesellschaftlichen Realitäten beschäftigen.

Ein zentraler Ansatz der Reorganisation und Weiterentwicklung radikaler linker Politik liegt zwangsläufig in den Bereichen Repression und Widerstand. Um aus der Defensive der letzten Monate herauszukommen, muß muß eine kontinuierliche Arbeit, solidarisch mit allen politischen Gefangenen, zur Repression entwickelt werden. Gerade daraus können sich alle systembekämpfenden Kräfte zu einer neuen Stärke formieren, dem Imperialismus einen langfristigen, tiefverwurzelten Widerstand leisten, der Reaktion und Repression durch solidarischen Kampf widerstehen.

KRIMINALTANGO

Beamte des Sondereinsatz-Kommandos (SEK)

Düsseldorfer Kiefernstraße

"Denn vor einem haben Chaoten gst, vor Strafe" so Hessens nenminister Winterstein. Damit egt er auf der Repressionslinie. ie nun gegen die militanten Bewe- ungen eingesetzt werden soll. Wie ich Pfingsten in Wackersdorf ezeigt hatte, waren die polizei- ichen Distanzmittel nicht sonder- lich abschreckend: technische Gegenmittel(Gasmasken etc.) hatten sie relativ wirkungslos gemacht. Zwar kündigte Bayern noch die Ein- führung von Gummigeschossen an, aber etwas anderes war angesagt: gezielte Festnahmen und Verurtei- lungen der Störer statt weit gestreuter Giftgas- und Knüppe- leinsätze. Diese hatten ja erst die Kritik von SPD und Grünen an den Einsätzen ausgelöst. Festnah- men der Chaoten haben hingegen einen breiten Konsens von Schily bis Schönhuber und so wurde sogar in Hessen, wo lange Zeit eher die Selbstjustiz der langen Knüppel vorherrschte, eine spezielles Greifkommando aufgestellt.

Zunächst wurden die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten intensi- ver genutzt: weiträumige Versamm- lungsverbote besonders um Wackers- dorf, Kessel in Hamburg und Mainz, Vorkontrollen, Einreiseverbot für österreichische Demonstranten, Muskelzucken als Widerstand bestraft. Untersuchungshaft z.B. schon für "gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr", d.h. den Bau von Straßensperren und die Beschlagnahme fast aller Zeitun- gen, die sich nicht vom militanten Widerstand distanzierten. Klar war aber auch, daß dies nicht ausrei- chen würde, zudem bot sich die Chance, Gesetze schon jetzt so zu verschärfen, um zukünftige Aufstän- de besser unter Kontrolle bekom- men zu können. Außerdem waren die Autonomen zunehmend auf Nachtak- tionen ausgewichen: Strommasten fielen im Dutzend und Baufahrzeuge brannten im Millionenwert. Dazu kam eine neue Offensive der RAF.

So kam es zu den gesetzlichen Maßnahmen, die uns bevorstehen:

-die vieldiskutierte Kronzeuge- nregelung. Trotz der heißen Debat- ten, die sich um die Frage drehen, ob Mörder straffrei ausgehen sol- len, dürfte dies nicht allzuviele Konsequenzen für uns haben. Ein- zelfälle sind natürlich möglich, insbesondere deshalb, da V-Leute in Zukunft straffrei verraten dür- fen.

-der §129a(Bildung und Unterstüt- zung einer terroristischen Verei- nigung). Schon seit langem ein Lieblingskind vieler Staatsanwalt- schaften, da genaue Beweise für eine bestimmte Tat nicht erbracht werden müssen und konstruiert wer- den darf. Wird auf Anschläge gegen Stromversorgungseinrichtungen und Bahnverkehr ausgedehnt. Was in absehbarer Zeit ebenfalls mit die- sem Paragraph versucht werden könnte, ist ein generelles Verbot der Autonomen zu erwirken, wie bereits in Italien. Bekennerbriefe mit Gruppennamen wie "Autonome Zelle" liefern einen guten Vorwand dazu.

-das Verbot der Anleitung zu Straftaten ($130). Damit wird der in der letzten Zeit massive Angriff auf die Presse legali- siert, nachdem die rechtlichen Begründungen bisher recht dürftig waren. Interessant wird, ob darun- ter auch Interviews mit Stromma- stensägern oder der Abdruck von Bekennerbriefen fallen. Jedenfalls soll dieses Gesetz die Schere im Kopf des Redakteurs ansetzen las- sen oder die Zeitung in den Unter- grund zwingen. Auch wenn der wei- tergehende Vorschlag, die Billi- gung von Straftaten zu verbieten nicht durchkam, bleibt dieser Paragraph ein Gummiparagraph.

-die Zuständigkeit des General- bundesanwalts wird erweitert auch auf Mastensägen und dergl.

Auch im Demonstationsstrafrecht ist mit einer Verschärfung zu rechnen. Im Gespräch sind

-noch immer die Wiedereinführung des alten Landfriedensbruchparag- raphen, der jeden zum Täter macht, der sich nicht von einer Menge entfernt, aus der Straftaten begangen werden. Das hieße z.B. daß alle, die bei Demos wie Pfing- sten und 7.6. waren, bestraft wer- den könnten. Konnte man den einge- kesselten Günter-Sare-Demonstran- ten 1985 in Stuttgart und Frank- furt lediglich eine Ordnungswid- rigkeit (Versammlungsgesetz) vor- werfen, können sie nun zu Knast verknackt werden. Praktisch wird man bei zukünftigen militanten Demos mit Distanzierungen bei Aus- einandersetzungen nicht nur aus ideologischen, sondern vor allem wegen Angst vor Strafe zu rechnen haben.

-das Vermummungsverbot nicht nur als Ordnungswidrigkeit, sondern als Straftat

-dem Verbot von Schleudern

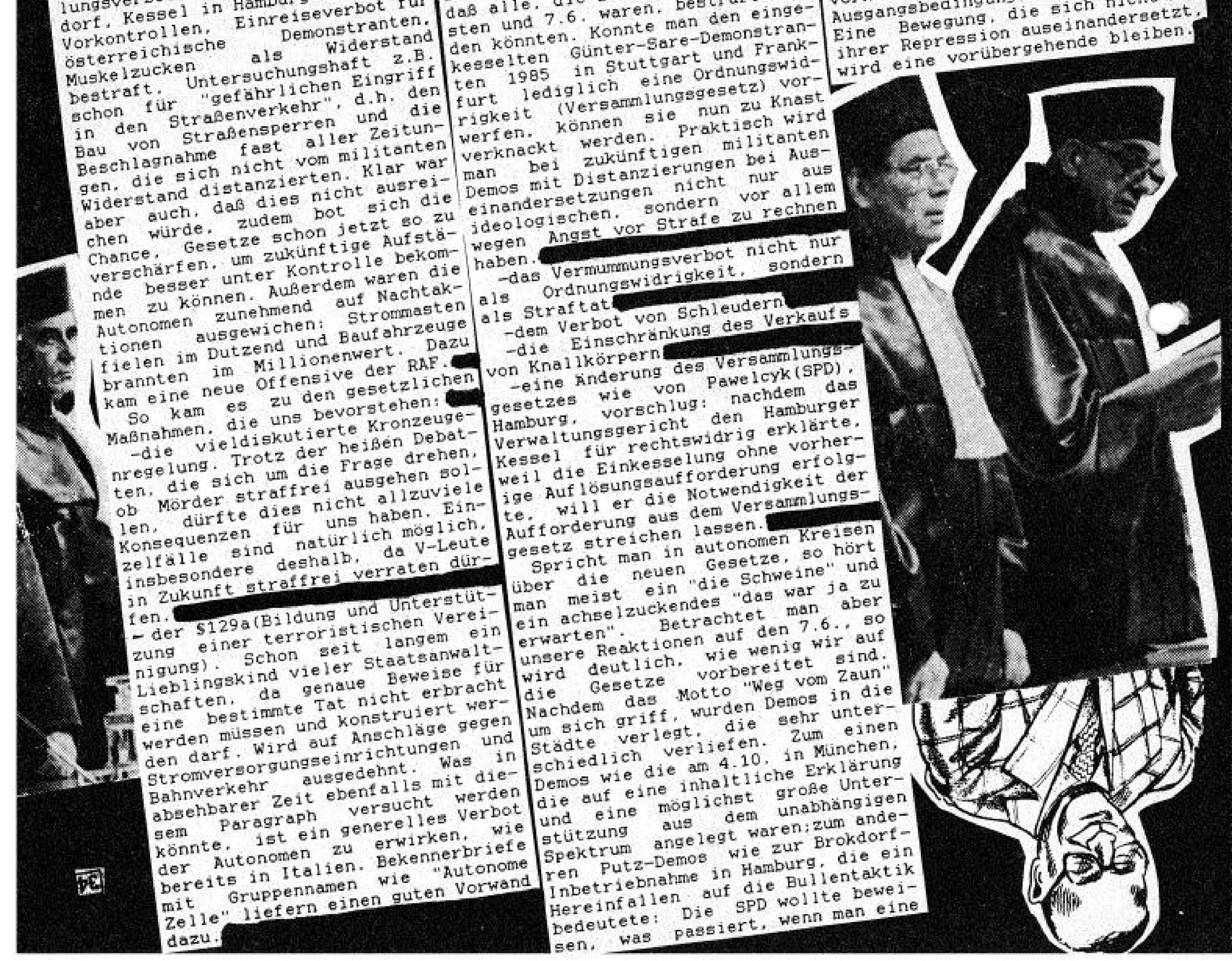
-die Einschränkung des Verkaufs von Knallkörpern

-eine Änderung des Versammlungs- gesetzes wie von Pawelcyk(SPD), Hamburg, vorschlug: nachdem das Verwaltungsgericht den Hamburger Kessel für rechtswidrig erklärte, weil die Einkesselung ohne vorher- ige Auflösungsaufforderung erfolg- te, will er die Notwendigkeit der Aufforderung aus dem Versammlungs- gesetz streichen lassen.

Spricht man in autonomen Kreisen über die neuen Gesetze, so hört man meist ein "die Schweine" und ein achselzuckendes "das war ja zu erwarten". Betrachtet man aber unsere Reaktionen auf den 7.6., so wird deutlich, wie wenig wir auf die Gesetze vorbereitet sind. Nachdem das Motto "Weg vom Zaun" um sich griff, wurden Demos in die Städte verlegt, die sehr unter- schiedlich verliefen. Zum einen Demos wie die am 4.10. in München, die auf eine inhaltliche Erklärung und eine möglichst große Unter- stützung aus dem unabhängigen Spektrum angelegt waren;zum ande- ren Putz-Demos wie zur Brokdorf- Inbetriebnahme in Hamburg, die ein Hereinfallen auf die Bullentaktik bedeutete: Die SPD wollte bewei- sen, was passiert, wenn man eine Demo nicht einkesselt - was auch gelang. Distanzierungen folgten. Gleichzeitig nahmen die Nachtak- tionen zu, wobei das "in Mode gekommene Umsägen von Stromma- sten"(Bayerns Innenminister Hil- lermaier) eine typisch autonome Euphorie darstellt: Eine plötzli- che Begeisterung über das einfache Umsägen bricht aus, Anleitungen kursieren, in denen die Ungefähr- lichkeit erklärt wird - bis eine Frau sich wahrscheinlich dabei lebensgefährliche Verbrennungen zuzieht. Es wird weitergesägt - ungefährlicher als bisher?

Und bei den Wackersdorfer Blok- kadetagen gehörte zwar trotz z.T. guter Aktionen nicht uns das Land, dafür fuhren aber 400 Leute ein - größtenteils deshalb, weil der autonome Dickschädel trotz schlechter Kräfteverhältnisse eine nicht genehmigte Demo in Schwan- dorf durchziehen mußte.

So gut einzelne Aktionen auch gewesen sein mögen - ein gemeinsa- mes Konzept gegen die Kriminali- sierung ist nicht erkennbar. Dies ist umso gefährlicher, weil viele neue Leute derzeit zum ersten Male mit Gerichten zu tun haben - und wenn wir keine andere Perspektive haben als wieder und wieder ein- fahren und verknackt zu werden, dann werden die meisten wieder abspringen. Wenn wir die Welle auf uns zukommen lassen, werden wir vielleicht schon in wenigen Mona- ten wieder geschrumpft sein wie vorher - aber mit schlechteren Ausgangsbedingungen als je zuvor. Eine Bewegung, die sich nicht mit ihrer Repression auseinandersetzt, wird eine vorübergehende bleiben.



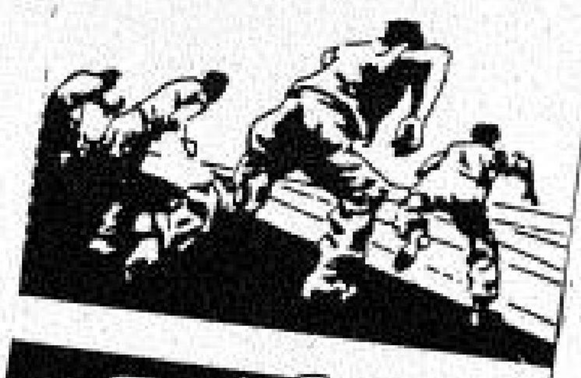
Kegeln, Flippern, Billiard!

Normal

im
KREITTMAYRHOF
Geöffnet von 17-1 Uhr
warme Küche 18-23 Uhr

8000 München 2, Kreittmayrstr 15,
Nähe Stiglmayrplatz, Tel. 526927

FREIHEIT WIRD KEINEM BESCHENKT, MAN MUSS SIE SICH NEHMEN.



SPION

MÜNCHNER ZEITUNG FÜR ALLE, DIE SICH NICHT ALLES GEFALLEN LASSEN

A/Z BIOBAU GmbH

Renovierungen
Um- und Neubauten
in biologischer Bauweise
Baubiologische Beratung

Reifenstuelstr. 6
8000 München 5
Tel. 768036
und 776800

HERGEHÖRT!
Lautsprecher, Mikrofone, Verstärker
von Disco bis Studio. Große Auswahl –
kleine Preise. Alles zum Ausprobieren,
Mieten und sogar zum Kaufen.

SPONTON
Tontechnik
Neureutherstr. 18
☎ 271 83 72
Mü 40

Bunt & Billig - Druck
Eins - A - Qualität
912569
F. Henzler Weichselstr 14
8000 münchen 80

Anzeige

Die provisorische Plattform der Anarchistischen Arbeiter-Union (AAU) ist jetzt für 1,00 DM in Briefmarken erhältlich.

Bestellungen an folgende Adresse:

Postlagerkarte Nr. 073396 A
8000 München 34

SCHWARZ-ROTER-KAIN-KALENDER

Zum 5.Jahrestag des Zentralapparates beim Verlagsstab des Herausgebers des SRKK 1987 geloben wir vollständige und gewissenhafte Erfüllung des nächsten Fünfjahresplanes bis 1992 - 1.000.000 SRKK zusätzlich.

Auch 1987 wird es wieder den schwarz-roten Begleiter für jedermensch geben: Von uns, für uns - und für viele andere, die so zum ersten Mal von anarchistischen Ideen, Bewegungen und Projekten hören. Es wird eine Menge Neues und einiges Vertraute dabei sein. Über's gewitzte Layout und Cartoons hinaus werden wieder Tips, Adressen, Informationen, Einschätzungen zur Verfügung stehen. Kain Alltagsprodukt, aber für den alltäglichen Gebrauch in gewohnt stabiler Arschtaschenqualität (Fadenbindung + Plastikeinband - hygienisch, strahlensicher, CS-fest). 256 Seiten, 8.99 Dumm Mark.

Jede Art von Beiträgen von Euch äußerst erwünscht. Wegen gestiegener Produktionskosten nach 4 Jahren leider 'ne Mark teuerer (kompensierbar durch Sammelbestellung ab 5 Stück 30% Rabatt bei Vorauskasse an Gruppen oder privat). Krankheitsbedingt ist mit Erscheinen des SRKK '87 später als sonst zu rechnen.

Direktbestellungen an:
Verlag Klaus Guhl
Postfach 191 532
1000 Berlin 19

oder

Rolf Landmesser
Rathenower Str.23
1000 Berlin 21

UNIVERSUM BUCHLADEN

Wir streiken... zurück!

LEONRODSTR. 18 • TEL. 16 83 26

adalbert 14
BUCHHANDLUNG
Adalbertstr. 14
8 München 40 Tel 342313

K.O. BÄCKEREI

ökologisch
kollektiv
vollwert

8 München 40
Gundelindenstr. 1 (Ungererbad)
Tel: 36567
geöffnet: DI-SA 9-13 15-18
MO + DI sunday 24!

sind in der Mehrh. MÜ 80

Wenn du ins Bett gehst,
nimm ein gutes Buch mit -
oder wenigstens jemand,
der kürzlich eins gelesen hat.

ALLES WIRD GUT!

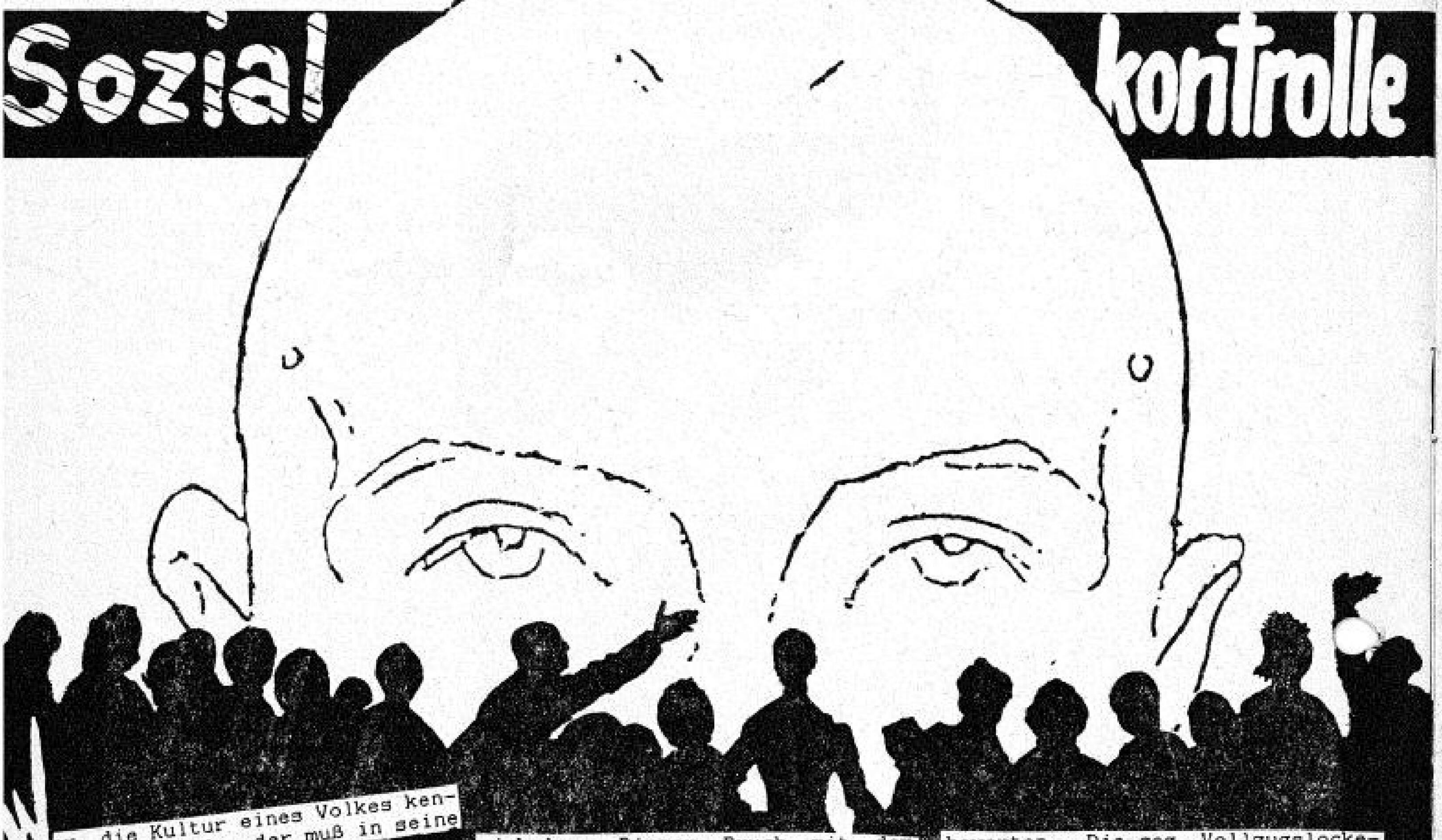
Zeitung der
FREIEN ARBEITER UNION / RÄTEKOMMUNISTEN

preis 2 dm

Postlagerkarte
A 058133
2 Hamburg 50

Gastst.
Zum Kloster
Bei uns gibt's:
Verschiedene Frühstücke
und französische Crêpes
Leckeres Essen
Preysingstr. 77, in München-Haidhausen, Telefon 448 44 08
Wir haben offen von 10 h bis 1 h, täglich außer So.!

Sozial kontrolle



...er die Kultur eines Volkes kennenlernen will, der muß in seine Gefängnisse gehen!"

Dieser Satz von Gandhi hat nichts von seiner Aussagekraft eingebüßt. Tatsächlich sagt die Art und Weise, wie ein Staat mit nichtfunktionierenden (in seinem Sinn) Mitgliedern umgeht mehr über das Wesen dieses Staats aus, als Sonntagsreden eines Bundespräsidenten. An ihrer Praxis sollt ihr sie messen!

Die BRD hat ein umfassendes System der Sozialkontrolle entwickelt. Unter dem humanistischen Deckmantel wurden Millionen der staatlichen Kontrolle unterworfen. Im Gegensatz zur Volkszählung blieb dieses System der Sozialkontrolle bislang auch weitgehend von linker Kritik verschont. Die Ursachen hierfür liegen m.E. in der Marx'schen Einstellung zum "Lumpenproletariat". Tatsächlich sind Gefangene keine revolutionäre Klasse.

Knast kann nicht isoliert vom Gesamtsystem der Sozialkontrolle betrachtet werden. Die ca. 60 000 Gefangenen sind nur die Spitze eines Millionenheers von Menschen, die der staatlichen Sozialkontrolle unterworfen sind. Staatliche Jugendfürsorge, Bewährungshilfe, Führungsaufsicht, Untergebrachte in Psychiatrien, Entmündigte ... Der Staat hat Millionen unter seine Kontrolle gebracht. Von diesen Menschen antagonistischen Widerstand zu erwarten, scheint mir schlicht unfair, weil die wenigstens dazu subjektiv in der Lage sind.

Fakt ist, daß bei vielen die Loyalität zu diesem Staat bricht, ohne daß sie daraus unmittelbar eine Widerstandsperspektive entwickeln. Dieser Bruch mit dem Staat (der Begriff ist irreführend, da weitgehend nur die Legislative und die Exekutive in Frage gestellt werden. Die Justiz genießt eigentlich noch einen guten Ruf, zumal einzelne Teile von ihr) äußert sich zunächst meist in Protest. Dieser Protest schlägt sich in einer Flut von Klagen und Beschwerden nieder. Es wird auf die Hilfe der Justiz bei der Durchsetzung berechtigter Forderungen gesetzt. Diese Erfahrung macht ihr aber draußen wohl auch.

Auch das HABERFELD ist zunächst einmal Protest. Aufdecken von "Mißständen", das System Knast transparent machen - schön und gut, dies ist aber nach unserem Selbstverständnis nicht alles. Gleichzeitig gilt es ein Netz von Verbindungen zwischen drinnen und draußen, von Knast zu Knast zu knüpfen, um gemeinsam eine Perspektive für den Widerstand drinnen und draußen zu entwickeln. Dabei gilt es darauf zu achten, daß wir uns nicht von sozialfürsorgerischen Konzepten verleiten lassen.

Sozialfürsorge, so verlockend sie auch oft auftritt, bedeutet stets eine Stärkung des Staatsapparats. All die gepriesenen "Reformen" seit Einführung des Strafvollzugsgesetzes sind zum Bumerang geworden. Die Möglichkeit zur Entlassung nach 2/3 hat die Gefangenenzahlen nicht gesenkt. Im Gegenteil - gerade in Bayern werden zu dieser Stunde jede Menge neue Haftplätze geschaffen. Fragt euch mal, wer diese neuen Zellen "bewohnen" soll.

Auch innerhalb des geschlossenen Knastsystems sind die Auswirkungen dieser Reformen eher negativ zu bewerten. Die sog. Vollzugslockerungen haben zu einer Expansion des Ermessensspielraums der Knastbürokraten geführt. Der Anpassungsdruck auf die Gefangenen ist gewachsen. Eine Entsolidarisierung war die Folge.

Auf den ersten Blick sehen die sozialfürsorgerischen Konzepte ja verlockend aus und so ist es kein Wunder, daß sie auch unter Gefangenen viele Befürworter finden. Die Front der Verfechter dieser sozialfürsorgerischen Konzepte reicht von den sog. Gefangenenbewegungen, über die meisten Knastzeitungen bis zu den GRÜNEN. Abolitionisten (Knastabschaffer) haben da einen schweren Stand. Auch Gruppen, welche die plakative Forderung nach Abschaffung der Knäste erheben, stellen im Detail konträre Forderungen: Härtere Strafen für Faschisten, Wirtschafts- und Umweltkriminelle, Vergewaltiger ...

Es kann aber nicht darum gehen, daß wir den Repressionsapparat in die Hände bekommen, es geht um dessen Zerschlagung. Diese Perspektive muß Auswirkungen auf unsere Politik hier und heute haben. Die Forderung nach neuen Straftatbeständen bedeutet einzig und allein eine zusätzliche Stärkung und Legitimation des Repressionsapparats. Politische Ziele können nicht über das Strafrecht durchgesetzt werden. Der Staat und seine Institutionen sind Gegner und keine Verbündete. Wer dies leugnet und gar die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols fordert, leugnet die realen Herrschaftsverhältnisse in diesem Land.

Das Verhältnis der bundesdeutschen Linken (was immer das sein mag) zum Knast ist geprägt von den Haftbedingungen der politischen Gefangenen. Das Knastsystem als solches wird nicht ernsthaft in Frage gestellt. Klar, Bautzen ist nicht unbedingt mit Stammheim vergleichbar, aber ebenso Ausdruck eines repressiven Systems. Mir ist es im Grunde wurscht, ob mich die Kapitalisten oder die "Realsozialisten" einknasten.

Wenn Kritik an den Haftbedingungen laut wird, so bewegt sich diese Kritik vorwiegend auf der moralischen Ebene, d.h. die Gefangenen werden zum Objekt linker Sozialfürsorge. Mensch muß sich doch um die armen Schweine kümmern, oder? Auf dieser Ebene ist allenfalls individuelle Hilfe möglich, die sicherlich notwendig ist, aber dazu später. Den Kampf gegen das (Knast-)System können wir aber nur miteinander und nicht füreinander führen.

Knast bedeutet Isolation und weitgehende Kontrolle der Lebensäußerungen. Fremdbestimmung bis in die intimsten Bereiche. Wer die irische Kampagne gegen das"strip-searching" verfolgt hat (es geht um die exzessive Durchsuchung, die mit körperlicher Entkleidung verbunden ist), der weiß, daß es dabei nicht um ernsthafte "Sicherheitsgründe" geht. Es geht darum dem Gefangenen zu zeigen: "Sieh her, wir können mit dir machen, was wir wollen. Wir sind stärker - also unterwirf dich!" Dieses Unterwerfen ist die erste Etappe auf dem Weg zum Vollzugsziel und dieses lautet: Akzeptanz der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse, d.h. die freiwillige Unterwerfung unter Ausbeutung und Unterdrückung ohne jeglichen Pro-
t und Widerstand!
etrachtet mensch sich Einzelanordnungen im Knast, so scheinen diese oft unsinnig. Tatsächlich sind sie Teil eines ausgeklügelten Dressurprogramms. Gerade in der Durchsetzung scheinbar unsinniger Anordnungen dokumentieren sie dem Gefangenen ihre Macht und erst wenn der Gefangene auch diese scheinbar unsinnigen Anordnungen widerspruchslos befolgt, ist sein Widerstand gebrochen, die Unterwerfung perfekt. Berechtigte und sinnvolle Regeln kann jeder akzeptieren, aber die Akzeptanz von scheinbar unsinnigen Befehlen ist nur von Sklaven möglich.

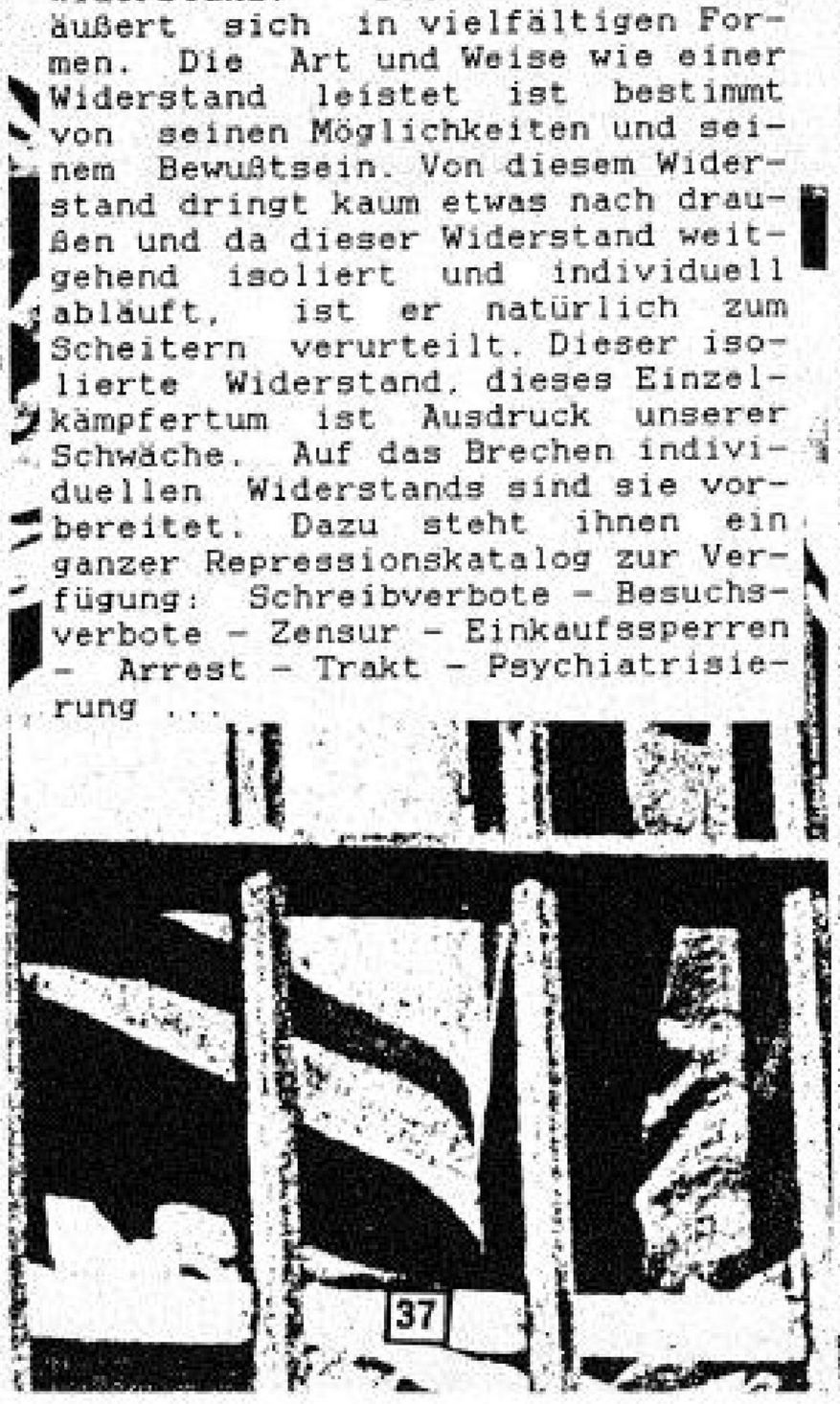
Ein Beispiel dafür aus der JVA Straubing. Es existiert eine neue Anordnung, nach der keine Zeitung mehr in den Betrieb oder Sporthof mitgenommen werden darf. Brotzeit darf nur noch in durchsichtigen Plastiktüten mitgenommen werden. Diese Maßnahmen sind in einen ganzen Katalog ähnlicher Maßnahmen eingebettet. Es gibt Unruhe unter den Gefangenen ob der scheinbaren Unsinnigkeit dieser Anordnungen. Uns ist der Sinn aber mittlerweile klargeworden. Anhand solcher Anordnungen bzw. der Reaktionen drauf, lokalisieren sie Widerstand und versuchen ihn zu brechen. Auf

Verstöße gegen obige Anordnung gab es Freizeitsperren. Wir werden darüber auch demnächst berichten.

Weitgehend ist dieses Dressurprogramm auch erfolgreich. Anpassung, und sei sie auch nur vorgespielt, wird oftmals erreicht. Hier im Langstrafenknast ist diese Anpasssung ohnehin leichter zu erreichen, als bei Kurzstrafen.

Wenn ich ein halbes Jahr habe, da können sie auffahren was sie wollen, es kratzt mich nicht. Wer leugnet, daß die Erpressbarkeit mit der Länge der Haftdauer steigt, der macht sich was vor. Nicht jeder ist zum Märtyrer geboren.

Trotzdem gibt es auch hier Widerstand. Dieser Widerstand äußert sich in vielfältigen Formen. Die Art und Weise wie einer Widerstand leistet ist bestimmt von seinen Möglichkeiten und seinem Bewußtsein. Von diesem Widerstand dringt kaum etwas nach draußen und da dieser Widerstand weitgehend isoliert und individuell abläuft, ist er natürlich zum Scheitern verurteilt. Dieser isolierte Widerstand, dieses Einzelkämpfertum ist Ausdruck unserer Schwäche. Auf das Brechen individuellen Widerstands sind sie vorbereitet. Dazu steht ihnen ein ganzer Repressionskatalog zur Verfügung: Schreibverbote - Besuchsverbote - Zensur - Einkaufssperren - Arrest - Trakt - Psychiatrisierung ...



In dieser Situation entschlossen wir uns zur Herausgabe des HABERFELDs. Damit wollten und wollen wir eine Brücke zum Widerstand draußen schlagen. Schon die Praxis bei der Herstellung des HABERFELDs war für viele Gefangene eine neue Erfahrung. Sie erlebten, daß Öffentlichkeitsarbeit auch ohne Genehmigung durch die Anstaltsleitung, ja gegen deren Widerstand möglich ist. Obwohl die Anstaltsleitung mehrfach dokumentiert hat, daß sie an einer Zerschlagung des HABERFELDs interessiert ist, konnte sie ihr Ziel nicht erreichen.

Dies hatte natürlich auch Auswirkungen innerhalb des Knasts. Mitgefangene schöpften wieder Mut in einem System der scheinbaren Hoffnungslosigkeit. Einige berichteten, obwohl das Damoklesschwert der Repression nach wie vor über ihnen schwebt, über ihre Trakterfahrungen oder ihre Zwangspsychiatrisierung. Das geschlossene Knastsystem wurde auch für uns transparenter. Jeder Gefangene kennt einige Aspekte dieses Systems. Erst durch den Austausch der Einzelaspekte kristallisiert sich ein Gesamtbild heraus.

Wir entschlossen uns, dort anzugreifen, wo das System am repressivsten ist, bei den Trakten und der Zwangspsychiatrisierung. Wir erhielten aber nicht nur Einblick in diese Bereiche, wir erhielten auch verzweifelte Hilferufe. Wir werden tun, was wir können, aber wir sehen die Notwendigkeit, diese Arbeit auf eine breitere Basis zu stellen. Wär schön, wenn wir dabei auf euch zählen können.

Gegen die in der "Knastszene" weitverbreitete sozialfürsorgerischen und kooperativen Konzepte setzen wir unseren selbstbestimmten Ansatz. Neben der Diskussion mit euch draußen gilt es auch Brücken zu schlagen zu jenen, deren Widerstand in den Trakten gebrochen werden soll, oder die zwangspsychiatrisiert werden. (Dazu liegen euch ja einige Berichte vor, welche die Situation verdeutlichen) Wir sind hier drinnen schon über die Stufe des Einzelkämpfertums hinaus. Anders sieht es bei euch draußen aus. Dort kämpft R. immer noch weitgehend allein.Da wir einen Zusammenhang zwischen dem Widerstand draußen und drinnen herstellen wollen, kann das HABERFELD auch euer Sprachrohr/Diskussionsforum werden. Wir verstehen Knastkampf nicht als Ein-Punkt-Bewegung, sondern als Teilaspekt des Widerstands. Unsere Niederlage wäre auch eure Niederlage und umgekehrt. Ich könnte jetzt mit einem Aufruf an euch zur Mitarbeit schließen. Scheint mir aber nicht sinnvoll. Nicht etwa, weil wir keine Mitstreiter draußen brauchen könnten (so ists nicht), aber entweder ihr seht in unserem Konzept einen sinvollen Ansatz, dann werdet ihr ohnehin mitarbeiten - oder ihr haltets für nen Schmarrn, dann hilft auch kein Aufruf.

Gerhard

DVU
Nazis im hier u. jetzt!

Zum Treffen der DVU (Deutsche Volksunion) am 9.8.86 in Passau
1. Stellungnahme des Antifa-Plenum München (aus unserem Flugblatt gegen das Treffen der DVU)

Seit Anfang des Jahres gibt es die ANTIFA-AKTION in München. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind direkte Aktionen gegen neofaschistische Aktivitäten, Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung über die faschistische Szene, Geschichte und Hintergründe. Außerdem wollen wir versuchen, in München und Bayern ein breites antifaschistisches Bündnis zustandezubringen, um den Handlungsspielraum der Neonazis entscheidend einzuschränken.

Konkreten Erfolg haben wir bereits mit dem antifaschistischen Plenum in München, an dem verschiedene antifaschistische Kräfte und Gruppierungen teilnehmen. Kontakt zu diesem Plenum kann über das ZEF, Pariser Str. 7, 8 München 80, aufgenommen werden.

Eines unserer Ziele für die nächsten Jahre ist es, solche Treffen wie das der DVU in Passau zu verhindern. Es genügt unseres Erachtens nicht, an den Staat die Forderung nach einem Verbot aller faschistischen Organisationen zu stellen, da der Staat zum Teil konkretes Interesse an den Faschisten hat.

- So beschwerte sich Schönhuber, der Chef der "Republikaner", erst vor kurzem auf einer Veranstaltung seiner Partei im Haidhauser Bürgersaal, daß die Forderung von Strauß nach Änderung des Art. 16 GG (Asylrecht) ein Plagiat darstelle, da die Republikaner diese Forderung schon seit zwei Jahren in ihrem Programm hätten.
- Die NPD hat konkrete Vorarbeit geleistet, um ausländerfeindliche Stimmung in der BRD zu schüren.
- Militant-faschistische Organisationen wie die FAP spielen der Bundesregierung in die Hände, indem sie lautstark die Forderung "Ausländer raus" vertreten, was es der Regierung erleichtert, ihre restriktive Ausländerpolitik zu verkaufen.

Aus diesen Gründen darf es nach unserer Ansicht nicht bei der Verbotsforderung bleiben, sondern wir müssen auch selbst daran arbeiten, die faschistischen Organisationen zu zerschlagen. Zudem behaupten wir auch , daß der Faschismus nach 1945 nicht zerschlagen wurde, d.h. daß es nie eine Stunde Null gab, sondern daß er in anderen Formen weiterexistiert. Die Großverdiener und Mitinitiatoren (Geldspenden an die NSDAP) des Faschismus (IG Farben, Deutsche Bank, Flick ...) wurden zwar in der antifaschistischen Euphorie nach 1945 kurzfristig "enteignet" und die Chefs mit lächerlichen Strafen "bestraft", konnten aber bald danach die Führungsrolle in der BRD-Wirtschaft übernehmen. So wurden die Ursachen des Faschismus in der BRD nie beseitigt, da die BRD zu einem Bollwerk gegen die "kommunistische Bedrohung" ausgebaut wurde und dafür auf die alten Nazis zurückgegriffen werden mußte. Auch die Vergangenheitsbewältigung auf juristischer Ebene spricht Bände: so z.B. die Nichtbestrafung von Richtern und Staatsanwälten, die tausende NS-Gegner in den Tod schickten, oder die mangelhafte Aufklärung der Verbrechen, die in KZ's begangen wurden (Majdanek-Prozeß).

Ein konkretes Beispiel für diese Kontinuität ist die DVU, die einerseits über sehr gute Kontakte zu den staatstragenden Parteien (vor allem zur CSU) verfügt, andererseits aber auch alte Nazis in ihren Reihen hat und über beste Verbindungen ins neofaschistische Lager verfügt. Das Spektrum der Anwesenden im Laufe der letzten Jahre bei den DVU-Treffen in Passau reichte von militanten Neofaschisten der ANS/NA über den unbelehrbaren Altnazi Rudel und das gesamte NPD-Spektrum bis zu CSU-Mitgliedern und Anhängern sowie österreichischen und südtiroler Faschisten.

2. Was ist die DVU?

Die offizielle Gründung der DVU erfolgte am 16.1.1971 im Münchner Hotel "Deutscher Kaiser" unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die DVU, die nach eigenen Angaben 14000 Mitglieder hat, fungierte von Beginn an als Sammelbecken revanchistischer und nazistischer Kreise. Bei der Gründung vereinigten sich Funktionäre der CSU, der Landsmannschaften, der militant-neonazistischen "Aktion Widerstand" und der NPD unter einem Dach. Zum Vorsitzenden dieses Sammelsuriums der dunkelsten Reaktion ließ sich der Herausgeber und Chefredakteur der "Deutschen Nationalzeitung", Dr. Gerhard Frey küren. Als Hauptziele der DVU nannte Dr. Frey "Wiederbelebung eines vaterländischen Bewußtseins", "Bekämpfung des Kommunismus" und die Einwirkung auf Wählerschichten, die "die CSU nicht erreicht".

Auf einer Pressekonferenz am 3. April 1971 in München plauderte Dr. Frey aus: "Vor Gründung der DVU haben wir durchaus auch mit 'Aktion Widerstand' gesprochen, und zwar mit dem geschäftsführenden Vorsitzenden, Mahnke, und der hat mir wörtlich gesagt: 'Gründen Sie eine neue Sache, die auch in die Mitte reicht, wir kommen in die Mitte nicht ...' "

Nicht wenige Passagen des 24 Punkte umfassenden Aktionsprogramms lesen sich wie ein Aufguß nationalsozialistischer Forderungen aus der Zeit des Dritten Reichs. So tritt die DVU für die Beschlagnahmung des Gewerkschaftsvermögens ein, für die Abschiebung von Ausländern, "Kriminellen, Kommunisten und Anarchisten". Des weiteren sollen die Ausbildungsstätten entpolitisiert werden, und die "Verfassung, Völkerrecht und Menschenrechte beugenden Verzichts- und Unterwerfungsverträge mit dem Sowjetkommunismus" gekündigt werden.

Auf der ersten öffentlichen Kundgebung der DVU am 3. April 1971 im Münchner Schwabinger Bräu unter der Losung "Abrechnung mit Brandt - Kampf dem Verrat" formulierte Frey seine Kampfansage gegen die Ostverträge: "Dem setzen wir entgegen, daß wir beitragen wollen, den Zweiten Weltkrieg auf lange Sicht politisch zu gewinnen, nicht im Sinne der nationalsozialistischen Kriegsziele, sondern im Sinne des Rechtes und der Freiheit des deutschen Volkes". Es war nur folgerichtig, daß die DVU 1972 dem "Freiheitlichen Rat" beitrat, der sich aus Vertretern verschiedener neonazistischer Organisationen zusammensetzt. In diesem [illegible] unter ,anderen vertreten die [illegible]tion Oder-Neiße (AKON)", der "Deutsche Block", die "Wikingjugend", der "Stahlhelm e.V. - Kampfbund für Europa". Über die Wikingjugend, meist in Uniform auftretend und nach dem Vorbild der Hitlerjugend strukturiert, unterhält die DVU Kontakte zu terroristischen Kreisen, wie z.B. die inzwischen verbotene ANS/NA oder den verschiedenen Wehrsportgruppen. DVU-Vorsitzender Dr. Frey gibt auch im "Freiheitlichen Rat" den Ton an. Die im "FR" vertretenen Organisationen sind mit Alt-Nazis durchsetzt und vertreten eine Ideologie, die dem Nationalsozialismus sehr ähnlich ist.

Unterorganisationen der DVU sind die "Initiative für Ausländerbegrenzung", der "Ehrenbund Rudel", die "Aktion Deutsche Einheit", der "Schutzbund für Leben und Umwelt", die "Volksbewegung für Generalam[illegible]nestie" und die "Aktion deuts[illegible] Radio und Fernsehen". Wer ist nun dieser Dr. Gerhard Frey?

Dr. Frey verkörpert nicht den Typ des Alt-Nazis. Er war gerade 12 Jahre alt, als im Frühjahr 1945 die amerikanischen Truppen seinen Heimatort Cham in der Oberpfalz besetzten. Wie ein "Trauma" haben den damaligen Schüler und späteren Jurastudenten seitdem die "totale Niederlage der für ihn unvergleichlichen deutschen Wehrmacht" verfolgt. 1959 stieg Frey in die "Deutsche Soldatenzeitung-Verlagsgesellschaft mbH" ein, indem er die Hälfte des Stammkapitals zuschoß. Nach und nach gelang es Frey, den DSZ-Verlag völlig in seine Hände zu bekommen. Er wurde 1960 Alleinbesitzer, Herausgeber und Chefredakteur. Ziel war es von Anfang an, die Soldatenzeitung zum Sprachrohr der äußersten Rechten zu machen. Bereits 1964 hatte sich Frey mit einem Anteil von 30,1% in den Coburger Verlag der Publikation "Nation Europa" des ehemaligen SS-Sturmbannführers und NPD-Mitglieds Arthur Erhardt eingekauft. Die Zeitung ist Verbindungsstelle zur internationalen Faschistenszene.

Auf dem Weg zur Konzentration neonazistischer Presseorgane in seiner Hand erfreute sich Frey auch der Unterstützung durch Parteipolitiker der CDU/CSU. (Das Verhältnis der DVU zur CSU umriß Dr. Frey mit den Worten: "Aufgabe der Volksunion ist es, der CDU/CSU den Rücken zu steifen oder ihr ein Rückgrat einzuziehen ..s.")

Die DVU, respektive Dr. Frey, gibt drei Wochenblätter heraus, die "Deutsche National-Zeitung", die "Deutsche Wochenzeitung" und den "Deutschen Anzeiger". Alle drei zusammen haben eine Auflage von über 100 000 Stück pro Woche. Der Leserkreis geht damit weit über die organisierten Faschisten hinaus und bis ins Union-Lager hinein. Wohl bedingt durch die relativ hohe Auflage ihrer Zeitungen erwirtschaftete die DVU 1983 einen Uberschuß von 40 000 Mark. Der Umsatz soll laut Finanzbericht vom 10.3.1984 800 000 Mark betragen haben. An Spenden gingen 300 000 Mark ein.

Seit Anfang der 70er Jahre hält die DVU ihre "nationale Kundgebung" in Passau ab. Der Grund für die Ortswahl liegt in den Beziehungen, die sie zu den neofaschistischen und deutschnationalen Kräften in Österreich (Kärnten) und Italien (Südtirol) pflegt. In Passau verleiht die DVU jährlich einen "Andreas-Hofer-Preis" an einen "Freiheitskämpfer für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Minderheit in Südtirol". Verlangt wird der Anschluß an den "deutschen Staat österreich" (Nationalzeitung).

Von den Antifaschisten wird, soweit sie sich mit den außenpolitischen Vorstellungen neonazistischer Gruppen befassen, die Propagierung des "Deutschtums" in Südosteuropa meist wenig beachtet. Erforderlich wäre dies jedoch nicht nur aufgrund der Tradition, die die Politik des deutschen Imperialismus in den dortigen Staaten hat, sondern vor allem auf dem Hintergrund erneuter Expansion von insbesondere in Bayern ansässigen BRD-Monopolen nach österreich, Jugoslawien und Italien. Ein Werkzeug dieser Inbesitznahme stellt die Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp) und die Arbeitsgemeinschaft Alpen Adria (Arge AlpAdria) dar. Als Mitglieder kommen ausschließlich einzelne Bundesländer der Staaten BRD (Bayern), Schweiz, österreich, Italien und Jugoslawien in Betracht. Dieser Umstand ermöglicht ein gezieltes Ausspielen der Bundesländer gegen ihre Zentralregierungen. Die Arbeitsgemeinschaften wurden unter dem Deckmantel "kultureller und ökologischer Gemeinsamkeiten des Alpenraums" gegründet, da ein direkter Beitritt, z.B. österreichs, zur EG nicht möglich war. Für die CSU stellt das Gebilde ein Modell vom "Europa der Regionen" ("Föderalismus") dar. Die Parallelität zu einer "europäischen Volksgruppenpolitik", wie sie etwa der DVU vorschwebt, ist Programm.

Ausführlich wurden diese Zusammenhänge kürzlich in einem Aufsatz im Demokratischen Informationsdienst, 4/86, der Anti-Strauß-Komitees München und Regensburg dargestellt.

3. Das Passauer DVU-Treffen 1986

Auch diese Jahr wurde ein breites Bündnis mehrerer antifaschistischer Organisationen gegen das DVU-Treffen zustandegebracht. Erstmalig beschränkten sich die Aktionen gegen die Faschisten nicht nur auf den Tag der DVU-Veranstaltung selbst, sondern es gab schon die beiden Tage davor Veranstaltungen in einem Bierzelt, das eigens zu diesem Zwecke direkt neben der Nibelungenhalle aufgestellt worden war. Eine Schlappe steckte die DVU mit ihrer Klage gegen die geplanten Veranstaltungen der Antifaschisten ein, denn trotz des Ganges durch mehrere Gerichtsinstanzen wurde uns Antifaschisten großzügigerweise erlaubt, gegen die alten und neuen Nazis zu demonstrieren.

So fand am Donnerstag, den 7.8.86, eine Veranstaltung mit dem Schwerpunkt "Demokratieabbau" (Redner: Christian Ströbele, MdB der Grünen und Horst Holzer (Medienwissenschaftler)) und am Freitag, 8.8.86, eine mit dem Schwerpunkt "Faschismus/Neofaschismus" (Redner: Oskar Neumann, VVN-BdA und Walani Georg (Zentralrat der Sinti und Roma)) statt.

Leider lockten die beiden Veranstaltungen nur sehr wenige Passauer in das Bierzelt. Zum Schutz des Zeltes vor möglichen Übergriffen der Faschisten mußten sogar von den Veranstaltern Nachtwachen aufgestellt werden.

Am Samstag fand dann die eigentliche Demonstration gegen die Faschisten statt. Positiv zu erwähnen ist hierbei, daß die Demo wenigstens am selben Tag, zur selben Uhrzeit und an einem nahe zum Faschistentreffen gelegenen Ort stattfand, was bei Veranstaltungen der Revis nicht unbedingt selbstverständlich ist. Typisch war dann allerdings wieder, daß nach der Auftaktkundgebung und dem sehr kurzen Demonstrationszug, die Spitze des Zuges (die Grünen) direkt in das Bierzelt zur Schlußkundgebung einschwenkte. Nur einem kleinen Haufen autonomer Antifaschisten war es zu verdanken, daß der Rest der Demo geschlossen zum Eingang der Nibelungenhalle zog.

(Was die ca. 15 Grünen alleine im Bierzelt trieben, entzieht sich unserer Kenntnis).

Nach anfänglichen Orientierungsschwierigkeiten fanden wir den Durchschlupf der DVUler. Unseren halbherzigen Versuchen (zu wenige Entschlossene), den Durchschlupf zu blockieren, wurde nach kleineren Handgemengen von der Polizei ein Ende bereitet. Die Polizei war sehr zahlreich vertreten, um uns Antifaschisten- wie ein Sprecher bei der Auftaktkundgebung uns versicherte - vor Übergriffen militanter Neonazis zu schützen. Bei den Rangeleien vor der Absperrung zur Halle wurde uns von der Polizei jedoch ein anderes Bild vermittelt.

Soweit uns bekannt ist, wurde ein Antifaschist aus Wiesbaden bei dieser Gelegenheit wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt festgenommen. Nach und nach bröckelte die Masse der Antifaschisten vor der Absperrung auseinander und wanderte zur Kundgebung und zum Bier ins Bierzelt ab.

Nachzutragen bleibt noch, daß ca. 600-800 Antifaschisten 3000 Faschisten gegenüberstanden, was jedem, der nicht in Passau war, sich aber als politisch denkenden Menschen versteht, zu denken geben sollte.

In der Halle selbst lauerten ca. 40 Neonazis aus der BRD und aus österreich von der Wikingjugend, FAP, Jungen Nationaldemokraten und des Bund Heimattreuer Jugend auf ihre Chance, mit dem "roten Pöbel" vor der Halle aufräumen zu dürfen. Gelegenheit für den Saalschutz zu Prügeln gab es allerdings nur ein einziges Mal, als in einer Kamikaze-Aktion ein einzelner Antifaschist in die Halle ging, aufs Rednerpodium sprang und "Nazis raus" brüllte. Ob solche Einzelaktionen geeignet sind, die DVU aus Passau zu vertreiben, sollte jeder für sich entscheiden. Angesichts der Tatsache, daß jeder, der einigermaßen "ordentlich" gekleidet ist, ohne Einladung in die Halle gelangen kann, erschließen sich entschlossenen Antifaschisten für nächstes Jahr eigentlich ganz interessante Perspektiven ...

gefühle und BRD

Im zarten Alter von 17, 18 oder 19 entstehen die ersten Versuche der Bundeswehr, sich dir oder einem deiner jüngeren Freunde zu nähern. Obwohl wir oftmals einen gemeinsamen Kampf und ein gemeinsames Leben führen, wird die Entscheidung dem Einzelnen überlassen. Wir sind teilweise unfähig, mit diesem Thema umzugehen aufgrund fehlender Auseinandersetzungen.

Für den Teil von uns, der schon länger dabei ist, ist das Thema "Bund, Ersatzdienst, Ausmustern, Totalverweigern oder Fahnenflucht" oft kein Thema mehr, weil eine eigene Betroffenheit fehlt. Oft haben wir das Thema individuell bewältigt. Die Lösung, die die Jüngeren unter uns finden mußten, war daher immer eine individuelle Lösung. Und sie war losgelöst von unserer Politik. Es gab oder gibt keine Orientierung in Sachen autonome Politik beim Bund oder beim Zivildienst. Es fehlt hier eine Diskussion unter uns, es fehlt der Faden, an dem mensch sich orientieren kann, der einem zum Beispiel beim Bund Sicherheit geben kann. Es fehlt der Rückhalt, das Gefühl, das einen stärkt, wenn mensch weiß, daß er auf die Hilfe anderer setzen kann, weil es eine Akzeptanz und Unterstützung gibt ...

Na, langsam wird es etwas abstrakt. Ich will mal konkret werden. Ich gehöre zu denjenigen, die ihren Weg zwischen den ätzenden Möglichkeiten wählen mußten. Ich wählte für mich den Bund und versuchte wahrscheinlich zur ersten Mal in der BRD, autonome Politik zu praktizieren. Nicht weil ich gerne "unterwandere", sondern weil nur wenige Möglichkeiten blieben. Ich konnte weder auf Rückhalt aus meinem Spektrum hoffen noch Verständnis ernten. Ich stand da erstmal alleine da und mußte mich an dem orientieren, was die Geschichte zu bieten hatte (z.B. K-Gruppen-Zeit).

Ich schreibe das jetzt nieder, weil ich eine Diskussion in etwas offenerem Stil versuchen möchte voranzutreiben, da die Bullen teilweise Briefe, Pakete und Einschreiben in der letzten Zeit abfingen, um die Diskussion zu stören und einfach und wirkungsvoll zu verhindern. Und mir ist es verdammt wichtig, meine Erfahrungen anzubieten und Tips zu geben, die Einzelnen von euch nützen könnten. Ich schreibe hier längst nicht alle Erfahrungen nieder, weil der M.A.D. (Militärischer Abschirmdienst) sein Handeln darauf einstellt. Ansonsten ist es nur ein Weg.

Grundsätzliche Funktion der BW

Eine Funktion der BW ist ja klar. Es geht darum, Menschenmassen in kriegerischen Auseinandersetzungen befehlen zu können. Sie widerspruchslos wie einen willenlosen Haufen steuern zu können. Dafür wird gedrillt, so daß Deine Handlung in Extremfällen nur noch mechanisch ist. Der Teil der Soldaten, der noch denkt bei seinem Handeln, wird oftmals beeinflußt durch politische Unterrichte. Hier wird versucht, das eigene Handeln zu legitimieren durch die Bösartigkeit, Überlegenheit etc. des Feindes. Doch nur die Ausrichtung auf militärische Auseinandersetzungen ist es nicht.

Mensch erkennt es daran, wie sich die Führung der BW wehrt, wenn es mal zufällig um eine Armee aus Zeit-Soldaten geht und die Abschaffung der Wehrpflicht. Die Armee dient in Friedenszeiten hier der Herrschaftssicherung. Das wird oft übersehen. Nicht nur, daß sie eines Tages militärisch uns gegenüberstehen könnten, sondern daß der Wehrpflichtige in seiner Wehrdienstzeit einer nicht zu unterschätzenden Gehirnwäsche unterzogen wird.

Das genau ist auch unsere Gefahr, beim Bund vor die Hunde zu gehen. Und das ist wirklich nicht schwer. Und das macht eine Auseinandersetzung und das bewußte Einlassen auf 'ne Menge Widerwärtigkeiten ungeheuer wichtig. Es hilft nicht, wenn viele von uns beim Bund zerbrechen, denn das ist eine seiner wichtigsten Funktionen direkt für mich gewesen. Und wenn Du als politisch aktiver Mensch bekannt bist, wirst du in eine eventuell "harte" Einheit gesteckt. Du wirst merken, daß der Vorgesetzte seine Unteroffiziere gegen dich aufhetzt, mit denen du auskommen kannst. Du wirst vom ersten bis zum letzten Tag sonderbehandelt. Möglicherweise blühen dir witzige bis hin auf die harte-Mann-Tour-Verhöre durch den MAD, der schon in deiner Vergangenheit rumstöberte und sie dir scheibchenweise präsentiert. Solange du keinen Widerstand leistest, nichts entwickelst, werden sie dich dulden, müssen aber schwer aufpassen. Sobald du beginnst, dem Ganzen verdeckt etwas entgegen zu setzen und sie erahnen, daß du dahinterstecken könntest, entwickeln sie teilweise recht subtile Methoden, dich zu erwischen.

Dein Stand ist also kein einfacher, denn du stehst wirklich innerhalb der Kaserne fast alleine, denn es ist schwer, Soldaten zu finden, die gut drauf sind und auf deren Hilfe du wirklich zählen kannst, die bereit sind, auch etwas zu riskieren, oder gar politische Vorstellungen haben, die deinen nahe kommen. Um einen Friedensfreund kann man dann schon froh sein.

Es bleibt zu den Soldaten zu sagen, wie ich sie kennengelernt habe. Du findest quer durch alle Gesellschaftsschichten Menschen wieder, die schon total umgedreht sind, und eigentlich fast alle einen Frust auf die Bundeswehr haben. Das ist ihre eigene Betroffenheit, weil sie lieber Geld verdienen wollen, und den Bund als störend empfinden. Die Frustierten sind in der Regel feige und werden auch so erzogen.

Viele, die du am Anfang kennengelernt hast, werden später zum Schwein. Manchen aber kann mensch sogar vertrauen, wobei mensch allerdings denjenigen auf alles vorbereiten muß, was ihm blühen kann, weil er Kontakt zu dir hat. Im härtesten Fall verhören sie ihn sogar über dich. Du wirst dich also darauf einstellen müssen, daß man dich isolieren will, um dir von vorneherein jede Möglichkeit zu nehmen, mit anderen gemeinsam zu handeln.

Auch gute Gefühle nach gelungenen Aktionen. Es fehlen die Angstträume, Magenschmerzen und körperliche Probleme.

Da sind wir also bei dem Thema, was da überhaupt machbar ist. Wie eigentlich alles, was wir hier draußen machen, hängt es oftmals von einer guten Einschätzung der Situation ab, ob das, was du machst, nicht falsch ankommt.

Es gibt eben Situationen, in denen traut sich keiner mehr von den Vorgesetzten, einer kollektiven Befehlsverweigerung etwas entgegenzusetzen. Und dann gibt es Situationen, in denen die falsche Ta zu falschen Zeit dir schlecht bekommen kann. Für dich muß das nicht viel ändern, aber möglicherweise wird das eine der letzten gemeinsamen Aktionen, weil die "Kameraden" erst die Folgen ihres Handelns begreifen. Das Verrückte ist, daß du aber auf viele Menschen angewiesen bist, die du hier draußen mit dem Arsch nicht angukken würdest.

Machbar ist eigentlich alles, was du dir vorstellst. Phantasie ist gefragt und kommt angesichts einer so starren Struktur wie beim Bund oft nicht schlecht. Entweder richtest du dein Handeln darauf aus, wie es bei den anderen Soldaten ankommt. Zumindest habe ich das so gemacht. Weil der Kampf für meine/unsere Ziele kaum oder gar nicht verstanden wird. Hingegen eine Aktion mit Witz, die auch noch trifft, erhält mehr Sympathien und gibt die Möglichkeit, sie besser zu vermitteln. Die Palette derstands beginnt im Alltag. Bei unbequemen Fragen, unangepaßtem Verhalten und nicht annehmen durch Vorgesetzte höherer Dienstgrade. Und dann wird es problematisch. In der "Wahrnehmung" deiner Rechte, z.B. Beschwerden. Das ist ein Witz. Mehr nicht.

Fälschen irgendwelcher Verordnungen/Anweisungen/Kasernenzeitungen, die den Apparat schwer verunsichern durch ihre unberechenbare Wirkung derer, die darauf reinfallen oder die darüber lachen und sympathisieren.

Herausgeben einer eigenen Kasernenzeitung, die Freunde vor dem Tor verteilen, z.B. um anhand ganz harter Sauereien aufzuzeigen, was das für ein Laden ist, Tips zu geben, sich zu wehren oder auch Bezug nehmen auf aktuelle Ereignisse außerhalb.

Boykotte irgendwelcher Art, z.B. unliebsamer Kantinen.
Aktionen gegen Vorgesetzte, die besonders mies sind, um die Ohnmacht zu durchbrechen und Möglichkeiten aufzuzeigen. Sowas kann eine Kasernenzeitung gut transportieren.

Plakatieren, oder Sprühen.

Befehlsverweigerung hingegen verunsichert in bestimmten Fällen die Führung. Entsprechend hart wird es auch geahndet, weil die Angst davor recht groß ist. Soldaten, die auf Befehl nicht reagieren, setzen die Autorität der Vorgesetzten außer Kraft und geben der Führung das Gefühl unkalkulierbarer Soldaten. Soldaten, die nicht funktionieren, sind keine, eine Armee, die nicht marschiert, ist für die Herrschenden nutzlos. Sabotage hat im Grunde genommen den gleichen Effekt, nur ist das schwerer einzuschätzen, da die Anzahl und Art der Täter nicht bekannt ist. Außerdem ist die Gefährdung, einen drüberzubekommen, nicht so hoch, wie bei dem offenen Verweigern eines Befehls.

Es ist schwer, etwas zu empfehlen, denn eigentlich muß man sich fast jeder Mittel bedienen, die mensch anwenden kann, um täglich zu überleben, um aufrecht zu bleiben. Und weil nur wenige Mittel oft zur Verfügung stehen. Man muß sich sowohl einen Boden schaffen, der einem Sicherheit geben kann, aus der man Stärke ziehen kann für Aktionen, die 'ne Menge Mut und Überwindung brauchen. Du mußt quasi vor ihren Augen arbeiten, ohne dich erwischen zu lassen und bist immer auf dem Sprung, mit z.B. Spinddurchsuchung, Spitzeln, Beobachtung, Verhöre Deiner Freunde, Strafdienste, die man nicht beweisen kann und noch 'ner Menge mehr zu rechnen.

Ich habe jetzt wirklich nur grobe Dinge geschrieben, um das Thema Widerstand in der BW auf den Tisch zu bringen. Vieles fehlt, der Zweifel, ob das immer so richtig ist. Die Gefühle und die Angst.

Für mich wäre es unmöglich gewesen, heile durchzuhalten, wenn ich nicht einen solchen Rückhalt bei Freunden und Freundinnen hätte, die mir Wärme und Kraft gaben. Und ohne das wird es, glaube ich, für unsereins unmöglich sein, den Bund ungebrochen und gestärkt verlassen zu können.

Bleibt nur noch die wichtige Frage zu beantworten, ob ein autonomer revolutionärer Widerstand innerhalb der Kasernen Erfolg haben kann.

Ich möchte nicht viel dazu sagen. Ich gebe ungerne Einschätzungen, die dem Gegner mehr nützen als den wenigen, die sich mit dem bewußten Hingehen zum Bund auseinandersetzen.

Der Boden für eine revolutionäre politische Arbeit ist gerade beim Bund so gut, weil die Widersprüche teilweise ungeheuer groß sind. Eine einzelne Person, die bewußt gegen den Bund arbeitet, wird erstaunt sein, was sie alleine oftmals bewegen und auslösen kann. Wer mit hochgesteckten Erwartungen zum Bund geht, wird sicherlich schwer enttäuscht sein, denn vieles läßt sich schwer messen, inwieweit es Erfolg hat. Ich bin allerdings bereit, meine konkreten Erfahrungen bei Interesse weiterzugeben. Teilweise gelang es mir erfolgreich, sowas wie einen Kampf um die Köpfe der Menschen zu führen.

Ich empfehle keinem, zum Bund zu gehen, das muß wirklich jeder selber wissen, ich halte es nach wie vor für richtig, wenn auch dort Menschen aus unseren Zusammenhängen den Kampf um die Köpfe der Menschen führen.

Habe bewußt einiges nicht so genau ausgeführt, weil mir Verhöre des MAD bekannt sind, in denen sie versuchen einzuschätzen, ob demnächst mehrere Autonome in die Kasernen gehen und was und wie wir da arbeiten. Noch blicken die nämlich gar nicht durch. Ich bitte Leute, die zum Bund gehen wollen, meinetwegen auch über Dritte, Kontakt zu uns aufzunehmen. Möglichst nicht über Post. Private Kontakte nach Bielefe[illegible] wären nicht schlecht:

Anschlag, 48 Bielefeld, Heeperstr. 132a, c/o Karl Weiß

Lesebuch

NEUERSCHEINUNG: "Widerstand in der US-Armee - GI-Bewegung in den siebziger Jahren"

Der Zusammenbruch der Moral und der Disziplin in den US-Streitkräften während des Krieges in Vietnam ist beispiellos in der Geschichte der US-Armee. Der Widerstand der GI's reichte von unerlaubter Entfernung von der Truppe, Streiks, Demonstrationen, Untergrundzeitungen bis hin zu Sabotage und Anschlägen gegen Offiziere und Armee-Einrichtungen. So setzten beispielsweise im Juli 1972 Matrosen zwei amerikanische Flugzeugträger kurz vor dem Auslaufen nach Vietnam durch Sabotage außer Gefecht. Auf der U.S.S. Forrestal zerstörte ein Feuer das Radarzentrum und richtete einen Schaden in Höhe von 7 Millionen Dollar an. Die Reparaturen dauerten zwei Monate. Auf der U.S.S. Ranger verursachten zwei Schrauben und eine Spachtel einen Maschienenschaden in Höhe von knapp einer Million Dollar und verzögerte den Einsatz des Schiffes um dreieinhalb Monate. Wie ein elektrischer Schock durchfuhr es die amerikanische öffentlichkeit, als bekannt wurde, daß eine ganze Kompanie sich in Vietnam geweigert hatte zu kämpfen. "Sir, meine Leute weigern sich zu gehen - wir können nicht vorrücken", meldete ein Kompanieführer über Feldtelefon. Allein 1970 gab es offiziell zugegeben mindestens 209 Anschläge auf Vorgesetzte. Die Nachricht vom Tode von Offizieren wurde in Truppenkinos oder Feldlagern bestimmter Einheiten oft mit Jubel aufgenommen. Ebenfalls 1970 gab es allein 65.643 Desertationen, insgesammt verließen während des Krieges in Vietnam in etwa so viel Soldaten unerlaubt die Truppe, wie gegenwärtig z.B. die Bundeswehr heute Soldaten hat, also eine halbe Million. Anhand der Forderungen der ASU (American Servicemen's Union), einer Soldatengewerkschaft, zeigt sich, daß die Forderungen der Soldaten nicht nur vom reinen persönlichen Unwillen gegen den Vietnamkrieg bestimmt waren, stand auf ihren Programm doch u.a.:

- Das Recht, sich illegalen Befehlen zu wiedersetzen - wie etwa dem Befehl, in Vietnam einen illegalen, imperialistischen Krieg zu führen.
- Wahl der Offiziere durch die Mannschaften.
- Ende der Grußpflicht gegenüber Offizieren.
- Das Recht der schwarzen und braunen Soldaten, ihr Leben frei von der Unterdrückung weißer Rassisten zu führen.
- Kein Truppeneinsatz gegen Anti-Kriegsdemonstrationen.
- Kein Truppeneinsatz gegen streikende Arbeiter.
- Das Recht zum politischen Zusammenschluß.
- Vom Staat garantierter Mindestlohn.
- Das Recht, kollektive Tarife auszuhandeln.

Die GI-Bewegung wurde so auch zu einem wichtigen Teil der gesellschaftskritischen Opposition in den USA. Und sie erreichte auch sichtbare Erfolge. Der Krieg in Vietnam wurde um Jahre verkürzt. Und die Truppenabzugspolitik Nixons seit 1970 beruhte zum großen Teil auf der wachsenden Kampfunwilligkeit der US-Truppen. Zu revolutionären Änderungen kam es zwar nicht in den USA, aber das hat sicher nicht an der GI-Bewegung gelegen.

Das Buch ist eine Sammlung von Artikeln und Kurzabhandlungen verschiedener Autoren, die zwischen 1970 und 1985 verfaßt wurden. Neben der ausführlichen Darstellung des GI-Widerstandes zur Zeit des Vietnam-Krieges finden sich auch aktuellere Artikel über Gi-Widerstand in Europa und den Widerstand in den achtziger Jahren. Angesichts der neuen Interventionspolitik der US-Regierung und der Rolle der BRD als Flugzeugträger für geplante Interventionen gegen Befreiungsbewegungen in der dritten Welt ist es notwendig, aus der Geschichte zu lernen und seine Erfahrungen auf die heutige Situation anzuwenden. Vielleicht kann auch die Diskussion über Widerstand in der Bundeswehr wieder ein wenig angeheizt werden, zeigt und das Buch doch, was möglich und nötig ist.

Erhältlich ist das 168-seitige Buch zum Preis von 12,80 DM direkt beim Verlag, der auch Widerverkäufern Rabatt gewährt, erreichbar über Harald Kater, Görlitzerstr.39, 1000 Berlin 36 oder gegen Voreinsendung von 12,80 DM in Scheinen/Briefmarken portofrei bei unserer Postlagerkarte. Vielleicht auch in einigen linken Buchläden, und wenn nicht, dann sorgt dafür, daß sie es in ihr Angebot aufnehmen.

F.T.A.

Neue Broschüre zum Thema Bundeswehr erschienen:
Reichswehr - Wehrmacht - Bundeswehr / Diskussionsbeiträge zur Militärpolitik der BRD

Von der bundesweiten Antimilitarismusarbeitsgruppe der Volksfront ist zum Antikriegstag am 1.September eine neue Broschüre herausgegeben worden. Aus der Vorbemerkung zu der Broschüre:

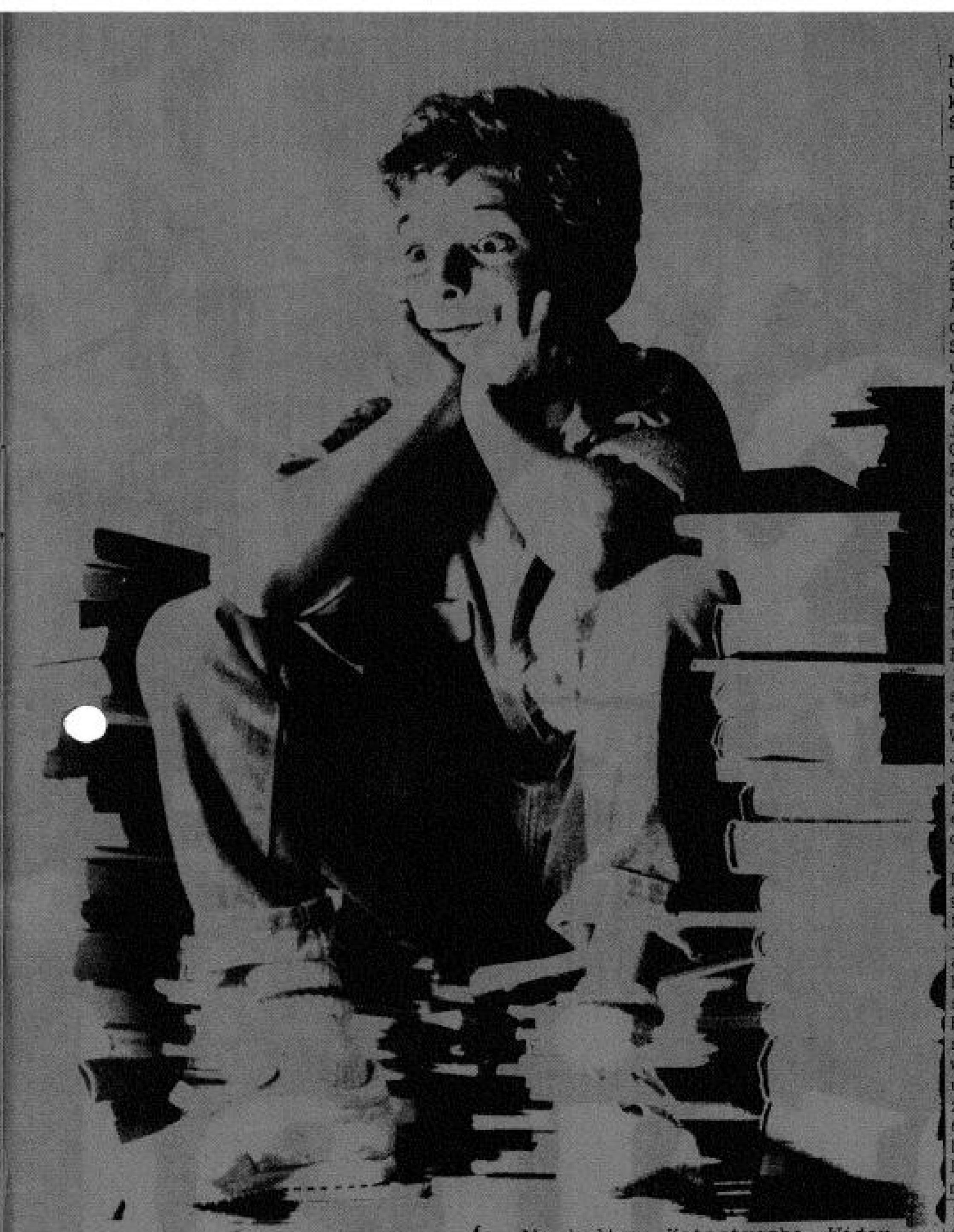
"In der BRD existiert bekanntlich seit Jahren eine Friedensbewegung, die sich im wesentlichen mit der Verhinderung der Raketenstationierung von Cruise Missile und Pershing II beschäftigt hat und jetzt in Sachen SDI weiter tätig ist. Genauso ist eine antiimperialistische Bewegung vorhanden, die gegen die weltweite Verwicklung der BRD kämpft. Dazwischen sind verschiedene Bestrebungen angesiedelt die Kriegsvorbereitungen zu verhindern. Eine Diskussion um die eigenständige Politik der BRD in der Frage oder gar um den Gesichtspunkt, wie man mit verschiedenen Ansätzen zu einer Front gegen den drohenden Waffengang kommt, ist eher unterentwikkelt. Ein Zustand der die Erfolgsmöglichkeiten eher verschlechtert als befördert..."

Folgende Themen werden behandelt:

- Die Remilitarisierung der BRD - Zur Auseinandersetzung in den fünfziger Jahren
- Menschenführung in der BW: "Demokratischer Neuanfang" oder Kommißmethoden wie eh und je?
- Die Rolle der BRD in der NATO: Knecht der USA oder Koalitionär aus eigenem Interesse?
- Seemacht BRD? Die Zeit der geographischen Beschränkungen ist vorbei
- Einige Fakten zur Geschichte und Tradition des Zivilschutzes
- Das Sanitätswesen der BW stützt sich auf faschistische Methoden
- Die fünfte Front der NATO: Strategie gegen "innere Subversion"
- Unterstützenswerte Forderungen und Bewegungen gegen Kriegsvorbereitungen in der BRD

Die Broschüre behandelt gut und umfassend das Thema. Einerseits gelingt es, die Kontinuität von der faschistischen Wehrmacht zur heutigen BW fundiert zu belegen. Andererseits wird durch die Broschüre etwas gegen die traurige Sache unternommen, daß die Friedensbewegung in ihrer Mehrheit zu keiner richtigen Kritik des westdeutschen Imperialismus und Militarismus gefunden hat. Es wird richtig nachgewiesen, daß die BRD jedenfalls alles andere als ein Statist in der NATO ist.

Die 44-seitige Broschüre ist zum Preis von 2,50 DM + Porto bei der Bundesgeschäftsstelle der Volksfront, Zülpicherstr.7, 5000 Köln 1, T.0221/245643 erhältlich. Einzelexemplare können gegen Voreinsendung von 2,50 DM + 0,70 DM Porto auch bei unserer Postlagerkarte bezogen werden.



NEUERSCHEINUNGEN:

- Knast und Justiz: Italien, Frankreich, Baskenland, Spanien
Die 110-seitige Broschüre enthält Dokumente und Analysen über die aktuelle Lage in Südeuropa. Sie ist zum Preis von 4.-DM in einschlägigen Buchläden erhältlich, oder sie kann gegen Voreinsendung von 5.-DM (einschl. Porto) direkt bei AG Knast in Babylonia, Cucrystr.20, 1000 Berlin 36 bestellt werden.

-Was ist revolutionärer Antifaschismus? Eine Diskussion zwischen revolutionären Antifaschisten über Verbot oder Zerschlagung der faschistischen Organisationen, Kontinuität des Faschismus, Militanz und Strategie & Taktik insgesammt. Gegen Voreinsendung von 3.-DM und 0,70 DM für Porto bei unserer Redaktionsadresse (Postlagerkarte Nr.073396 A, 8000 München 34) erhältlich.

- Abschalten, Katastrophe, Widerstand, Perspektiven der Bewegung. In dieser 28-seitigen Broschüre finden sich Thesen und Analysen über das Interesse der Kapitalisten am AKW-Programm, über reformistische Strategien in der Anti-AKW-Bewegung und über kapitalistische Herrschaftssicherung und Klassenkampf. Sie kostet 3.-DM und ist in einigen Buchläden und bei der FAU/R, Thadenstr.130a, 2000 Hamburg 50 erhältlich, sowie bei der Redaktionsadresse.

- DE KNIPSELKRANT: Seit August 1978 erscheint (fast) wöchentlich diese Zeitung aus Holland und berichtet in holländisch, englisch und deutsch über bewaffneten Widerstand in West-Europa, Kampf der politischen Gefangenen, antiimperialistischen Widerstand, Anti-AKW-Bewegung, Antimilitarismus, Counterinsurgency, Geheimdienste, Bullenapparat und Faschisten. In der Nr.25 z.B. u.a. die Erklärung der RAF zum Anschlag auf Braunmühl u.v.a.m. Gegen Zusendung von einigen Geldscheinen wird Euch die Zeitung so lange geschickt, bis das Geld aufgebraucht ist, dann efolgt eine neue Zahlungsaufforderung. Adresse: De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Holland.

Neuerscheinung: "Leben ohne Chef und Staat - Träume und Wirklichkeit der Anarchisten" von Horst Stowasser

Das im Eichborn-Verlag erschienene Buch bietet zwar an sich nichts neues, doch gelingt es hier die Geschichte und Theorie des Anarchismus anschaulich und praxisbezogen zu schildern. Stationen des Buches sind die Ukraine 1917-1921, Argentinien Anfang des 20.Jahrhunderts, Deutschland während der Sozialistengesetze, Spanien 1923 und 1936, das Ruhrgebiet 1919 und Anarchismus heute mit Beispielen aus Uruguay und Mexiko. In den jeweiligen Kapiteln wird kurz die Geschichte von den bedeutensten Persönlichkeiten erzählt, werden die historischen und politischen Hintergründe erläutert und werden die wichtigsten Lehren und Schlußfolgerungen gezogen. Das Buch eignet sich deshalb bestens zur Einführung in die anarchistische Theorie und Praxis, und wer weiterlesen will, für den gibt es am Ende der Kapitel jeweils ausführliche Literaturhinweise. Stowasser selbst bezeichnet das Buch in einer Nachbemerkung als "...eine Wiedergutmachung an hundertfünfzig Jahren Unrecht..., die den Anarchisten in der Literatur widerfahren ist - als Gegengift gegen eine ganze Tradition der Verleumdung." Dieser Anspruch ist vielleicht ein wenig übertrieben, das Buch kann aber sicher ein relativ großes und breites Leserpublikum finden. Allerdings kann man in jedem Fall auch einige Kritik anbringen, kommt unter den beschriebenen anarchistischen Persönlichkeiten z.B. keine Frau vor, Emma Goldmann hätte sich hier sicher angeboten, fehlen z.B auch wichtige Stationen anarchistischer und sozialistischer Geschichte, z.B. die Pariser Kommune oder die 68-er Bewegung, Kapitel hierüber hätten in jeden Fall gut in das Buch hineingepaßt. Insgesammt muß man auch sagen, daß in den verschiedenen Kapiteln zu sehr für die Anarchisten Partei genommen wird und zu wenig Objektivität und Selbstkritik enthalten ist. Förderlich könnten vielleicht einige kritische Bemerkungen zur anarchistischen Bewegung in Westdeutschland sein, die sich am Ende des Buches finden. Stowasser spricht das durch Sprache, Habitus, Aktionsform und Weltfremdheit selbstgeschaffene Ghetto vieler "Anarchisten" hierzulande an. Er plädiert die praktische Nutzanwendung verschiedener libertärer Strategien, Ideen und Erfahrungen auf das banale, tägliche, konkrete Leben, für einen "Anarchismus ohne Adjektive", jenseits von Schubladen wie syndikalistisch, pazifistisch, anarchokommunistisch, kollektivistisch, individuell oder subkulturell. Das ist sicher richtig, wenn man die teilweise stark vorhandene Zersplitterung der anarchistischen Bewegung anschaut, allerdings kann man auch nicht total an verschiedenen politischen und theoretischen Ansätzen vorbeigehen und alle Unterschiede verwischen, mehr Zusammenarbeit, ja, aber keine Gleichmacherei, die ohne Verdrängung von bestimmten Inhalten ohnedies nicht möglich ist.

Zu beziehen über den Eichborn Verlag, D-6000 Frankfurt 70 und den linken Buchhandel

Capital.